

Beilagen zum Bericht der
Finanzkommission zum Voranschlag
des Kantons Wallis für das Jahr 2013:

**Berichte der thematischen
Kommissionen über die Prüfung
der politischen Leistungsaufträge
2013**



Grand Conseil
Commission des finances

Grosser Rat
Finanzkommission

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Kantonale Finanzverwaltung Kantonale Steuerverwaltung

Die Finanzkommission ist am 25. September 2012, von 08.30 Uhr bis 12.10 Uhr, im Konferenzraum des Grossen Rates zusammengetreten.

FIKO:

Georges Emery, Präsident
Marianne Maret
Alexandre Caillet
Jérôme Favez
Gilbert Loretan
Frédéric Mivelaz
Christophe Perruchoud
Freddy Philippoz
Daniel Porcellana
Manfred Schmid
Alex Schwestermann

Sekretariat: Michel Roten, Finanzinspektorat

Entschuldigt:

Marylène Volpi Fournier
Markus Truffer

DFIG:

Maurice Tornay, Vorsteher des DFIG (10.20 Uhr - 12.00 Uhr)
Philomène Meilland, Verantwortliche für das Departementscontrolling (09.30 Uhr - 12.00 Uhr)
Pierre-André Charbonnet, Chef der kantonalen Finanzverwaltung (09.30 Uhr - 11.15 Uhr)
Damian Locher, Chef der Hauptbuchhaltung (09.30 Uhr - 11.15 Uhr)
Beda Albrecht, Chef der kantonalen Steuerverwaltung (11.15 Uhr - 12.00 Uhr)
Pascal Bridy, Mitglied der GPK (09.40 Uhr - 12.00 Uhr)

Kantonale Finanzverwaltung

| Elemente | | Kommentare |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Die Einführung des HRM 2 wurde vom 31. Dezember 2013 auf den 31. Dezember 2015 verschoben. Es werden bereits einige Vorarbeiten gemacht. Der Kanton möchte von den Erfahrungen der anderen Kantone profitieren. Der frühere interkommunale Finanzausgleich wurde mithilfe der Anwendung BS2000 berechnet. Für den neuen Finanzausgleich muss ein neues Programm vorgesehen werden. Gegenwärtig wird er mithilfe eines Excel-Programms berechnet. Die Kosten des neuen Programms wurden noch nicht veranschlagt. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 2015 wird das letzte Darlehen (30 Millionen Franken zu 2,625%) zurückbezahlt. Danach bleiben nur noch die Darlehen bei der PKWAL, die zum technischen Zinssatz für die Rentner (gegenwärtig 3,5%) verzinst werden. Daher ist es nicht sinnvoll, Indikator 6 durch einen neuen Indikator (durchschnittlicher Zinssatz ohne die Darlehen bei der PKWAL) zu ergänzen. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen Infolge des Parlamentsbeschlusses vom September 2012 betreffend die neue Aufteilung der LSWA muss das Budget entsprechend angepasst werden. Diese Anpassung wird zu einem Finanzierungsfehlbetrag führen (die KFV verfügt nicht über ein Spezialfinanzierungskonto für den Anteil zur Deckung der indirekten Kosten des Kantonshaushalts). Der Anteil der KFV wird als Ertrag der Laufenden Rechnung budgetiert. Wenn er teilweise einer anderen Dienststelle zugewiesen werden muss, wird man Einsparungen auf Ebene der Laufenden Rechnung und/oder der Investitionsrechnung finden müssen. | | |

Der Arbeitgeberbeitrag an die AHV-Überbrückungsrente für alle Mitarbeitenden wird bei der KfV verbucht. Infolge der Kantonalisierung der Lehrpersonen der obligatorischen Schulzeit musste diese Änderung auch für diesen Bereich vorgenommen werden. Man kann einer Dienststelle nicht den Personalaufwand für Mitarbeitende belasten, die nicht mehr in dieser Dienststelle arbeiten.

Die Regierung ist der Ansicht, mit der Aufkapitalisierung der Pensionskassen und dem Primatwechsel die nötigen Massnahmen ergriffen zu haben, damit inskünftig keine grösseren Kapitalspritzen für die neue PKWAL mehr nötig sein werden.

| | | |
|-------------------------------------|--|--|
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Die neue Aufteilung der LSVA wird Auswirkungen auf das vom Staatsrat unterbreitete Budget haben.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

--

Kantonale Steuerverwaltung

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Ja | |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

Die Einführung einer kantonspezifischen Smartphone-App für die Berechnung der Steuern ist in dem Sinne eine prioritären Massnahme, als dass sie ein modernes Image der Dienststelle vermitteln soll. Es handelt sich allerdings nicht um eine prioritäre Massnahme zur Verwaltung oder Entwicklung der Dienststelle.

Was das Projekt KSV-2015 anbelangt, wurde die Fakturierung der Steuern der natürlichen Personen mittels SAP um ein Jahr, also auf den 1. Januar 2014, verschoben.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|------|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

Indikator 9 (Anzahl Personen, die den Abzug für die Betreuung von betagten Personen geltend machen) wurde bereits integriert, damit er für 2014 nicht vergessen geht.

Alle juristischen Personen wurden für 2009 veranlagt (definitiv oder provisorisch).

Bis Ende September 2012 werden alle juristischen Personen für 2010 veranlagt sein (definitiv oder provisorisch). Provisorische Veranlagungen wurden namentlich in jenen Fällen durchgeführt, in denen Dokumente fehlten, eine Beschwerde des Vorjahres noch nicht behandelt wurde oder eine Expertise im Gange war.

Die Frage der steuerlichen Behandlung der Wasserkraftgesellschaften wird momentan geprüft. Die hauptsächliche Problematik besteht darin, dass die Mittellandkantone (Sitz der Partner) der Ansicht sind, dass die Mehrheit der Risiken von den Partnern und nicht von den Partnerwerken getragen werden. Das vom Kanton Solothurn vorgeschlagene Steuermodell stützt sich auf die Cost-plus-Methode. Die Gebirgskantone können diesem Besteuerungsmodus allerdings nicht zustimmen, da er nicht die effektive wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Einheiten widerspiegelt. Sie haben sich vielmehr für ein auf dem Marktpreis basierendes Modell entschieden. Die Anwendung dieses Modells könnte zu einem Einspracheverfahren und einem Urteil des Bundesgerichts führen.

| 4. Finanzressourcen | | |
|---|--|--|
| Erläuterungen | | |
| Die Einschätzung der Steuereinnahmen erfolgt jedes Jahr aufgrund der gleichen Methode. Im Bedarfsfall werden Anpassungen vorgenommen. | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Staatskanzlei Dienststelle für Personalmanagement Rechtsdienst für Finanzen und Personal Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten Sekretariat für Gleichstellung und Familie

Die Kommission für Institutionen und Familienfragen (IF) ist am Montag, 18. September 2012, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr zur Prüfung der politischen Leistungsaufträge der Dienststellen des DFIG und am Montag, 24. September 2012, von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr zur Prüfung des politischen Leistungsauftrags der Staatskanzlei zusammengetreten.

Kommission IF

| Mitglieder | Vertreten von | 18.09.2012 | 24.09.2012 |
|---|---------------------------|------------|--------------|
| CONSTANTIN René (Präsident) | | X | X |
| SCHMIDHALTER-NAEFEN Doris (Vizepräsidentin) | KRONIG Laura, am 18. | X | X |
| REY Pascal (Berichterstatter) | CORDONIER Gratien, am 18. | X | |
| BLANCHET Benoît | ECOEUR Christine, am 24. | X | |
| CASAYS Patricia | | X | X |
| COPT Jean-François | | X | X |
| GOTTET Edgar | | X | X |
| JACQUOD Eric | | X | Entschuldigt |
| MANGISCH Marcel | | X | X |
| THEODULOZ David | FURRER Carole | X | X |
| TURIN Alexis | MOTTET Xavier | X | X |
| WALTER Jakob | STUDER Rainer | X | X |
| ZUFFEREY MOLINA Francine | OBERHOLZER Bernard | X | X |

GPK: Pascal Bridy

Parlamentsdienst: Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Präsidium:

Esther Waeber-Kalbermatten, Präsidentin des Staatsrates

Philipp Spörri, Staatskanzler

Stéphane Theytaz, Regierungscontrolling

DFIG:

Maurice Tornay, Departementsvorsteher

Carine Knubel-Mariéthoz, Adjunktin und interimistische Chefin der Dienststelle für Personalmanagement

Gilles de Riedmatten, Chef des Rechtsdienstes für Finanzen und Personal

Maurice Chevrier, Chef der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

Nicole Langenegger Roux, Verantwortliche des Sekretariats für Gleichstellung und Familie

Philomène Meilland, Departementscontrolling

Allgemeine Überlegungen zur Darstellung der politischen Leistungsaufträge

Zusätzlich zu den anlässlich des Budgets 2012 gestellten und wiederholten Forderungen ist die Kommission IF der Ansicht,

dass die Verwendung der Indikatoren deutlich verbessert werden kann. Zu diesem Zweck schlägt sie zwei Stossrichtungen vor:

- 1) Sämtlichen Dienststellen und Departementen sollten einheitliche Vorgaben zur Rolle der Indikatoren auf politischer Ebene gemacht werden. Anlässlich der Annahme des Systems mit drei Ebenen (politisch, strategisch und operativ) durch das Parlament war klar, dass die Indikatoren (damals Leistungskriterien) nicht lediglich zur Messung der operationellen Tätigkeit der Dienststellen dienen sollten. Das ist in erster Linie Sache der Dienstchefs. Für die Kommission sind Wirkungsindikatoren, die der Politik einen Sinn und eine Ausrichtung verleihen, unabdingbar und haben in den politischen Leistungsaufträgen durchaus ihren Platz.
- 2) Bei der Darstellung der politischen Leistungsaufträge muss klar zwischen den Wirkungsindikatoren, den Tätigkeitsindikatoren (und/oder Realisierungsindikatoren) und den statistischen Informationen unterschieden werden.

Staatskanzlei

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| Stéphane Theytaz ist seit zwei Jahren auf Ebene des Regierungscontrollings tätig. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| PM 2: Förderung und Verteidigung der Interessen des Kantons Wallis auf Bundesebene: Zu Beginn des Jahres wurde eine Einheit auf die Beine gestellt. Die ersten Echos sind bereits positiv. Die Kommunikation muss allerdings insbesondere in den Dienststellen noch verbessert werden. Die Dienststellen haben denn auch einen direkten Draht zu den Geschehnissen in Bern und müssen die Informationen weiterleiten. Je früher ein wichtiges Thema analysiert wird, desto besser kann Einfluss genommen werden. | | |
| PM 3: Einführung von ECM: Die Einführung dieses Systems, das die elektronische Dossierverwaltung | | |

ermöglicht, wurde 2010 in Angriff genommen. Auf Ebene des Staatsrates ist die elektronische Dossierverwaltung bereits umgesetzt. Im Rahmen der nächsten Etappe werden die Dienstchefs mit diesem Werkzeug ausgerüstet, bevor es in der gesamten Kantonsverwaltung eingeführt wird.

PM 4: Optimierung des Informationsmanagements: Die Staatskanzlei kümmert sich um die Information. Sie möchte die Präsenz des Staates Wallis auf den sozialen Netzwerken, die sich zu unumgänglichen Kommunikationsmitteln gemausert haben, verstärken. Gegenwärtig bleibt dies ein frommer Wunsch. Die Dienststelle für Informatik hat den Zugang zu diesen Netzwerken aus Sicherheitsgründen gesperrt. Im Übrigen kommen die Probleme der Dienststelle für Informatik zur Sprache. Gemäss einer im Juli 2011 durchgeführten Studie liegt die Internetseite des Staates Wallis im gesamtschweizerischen Vergleich auf dem enttäuschenden 23. Platz.

PM 5: Pressezentrum: Im «Espace Porte de Conthey» sollte ein kantonales Pressezentrum eingerichtet werden. Dieser Ort wird bereits für die Medienkonferenzen genutzt und seine Lage im Herzen der Stadt ist ideal. Er muss nur noch mit verschiedenen Kommunikationsmitteln (Telefone, WiFi usw.) ausgerüstet werden.

PM 8: Sicherheit des Staatspersonals: Angesichts der verbalen und manchmal sogar physischen Angriffe gegen gewisse Staatsangestellte wird ein Konzept zur Verbesserung der Sicherheit dieser Personen, beispielsweise durch die Installation von Sicherheitsschleusen am Eingang, geprüft.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|---|----|---|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | Es müsste ein Indikator über die Nutzung der sozialen Netzwerke angefügt werden, sobald der Staat darauf präsent ist. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>Ind. 2: Jährlich finden vier Treffen zwischen dem Staatsrat und den Bundesparlamentariern statt. Der Kanton hat allerdings noch andere Mittel, um den Entscheiden auf Bundesebene vorzugreifen. Oft schickt der Bund seine Entwürfe in die Vernehmlassung und es ist wichtig, dass die Dienstchefs die entsprechenden Informationen weiterleiten.</p> <p>Ind. 10: Der in der Rechnung 2011 angegebene Prozentsatz ist falsch. Er beläuft sich nicht auf 100%, sondern lediglich auf 72%. Dieser Prozentsatz kann in der Rechnung allerdings nicht geändert werden. Die Kommission fordert, dass der exakte Prozentsatz im Titel des Indikators angegeben wird.</p> <p>Ind. 11: Der Prozentsatz der innerhalb einer Frist von 6 Monaten behandelten Beschwerden ist sehr aufschlussreich. Es wäre auch interessant zu wissen, wie viele innerhalb von 12 Monaten behandelt werden. Gewisse Dossiers sind allerdings sehr komplex. Die zahlreichen Konsultationen in den Dienststellen sind zeitraubend und haben einen direkten Einfluss auf die Behandlungsdauer der Dossiers.</p> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen: | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| <p>P 1403: Übersetzung: Der Posten «Übersetzung» spiegelt lediglich die Übersetzungskosten für die Staatskanzlei wider. Es wurde ein neues departementsübergreifendes Übersetzungskonzept vorgeschlagen. Die verschiedenen Departemente haben sich allerdings für das aktuelle System ausgesprochen.</p> | | |

Verschiedenes:

Bemerkung betreffend die allgemeine Darstellung des Budgets: Um die Einheit der Materie im gesamten Finanzkapitel zu gewährleisten, sollten die «zusätzlichen Informationen» direkt nach den «Finanzressourcen» erscheinen.

Zudem sollten im Kapitel «Finanzressourcen» die Zahlen des Vorjahres aufgeführt werden, um die Ergebnisse zwischen den einzelnen Jahren vergleichen zu können. **Diese Forderungen müssen der Finanzkommission übermittelt werden.**

Ein Vertreter der Delegation für auswärtige Angelegenheiten will wissen, warum der Bericht 2010 den Abgeordneten noch immer nicht übermittelt worden ist. Die Staatskanzlei erklärt, dass der Bericht dem Büro übermittelt worden sei und es nun an ihm läge, diesen weiterzuleiten.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Nicht alle (vgl. Bemerkungen unter «Verschiedenes»)

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Personalmanagement

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| Carine Knubel-Mariéthoz, Adjunktin, leitet die Dienststelle interimistisch bis zum Stellenantritt des neuen Dienstchefs am 1. November 2012. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | Die ständige Aufgabe « <i>Unterstützung bei Anfragen im Bereich der Organisationsoptimierung stellen</i> » ist im Einklang mit den Forderungen der Kommission endlich aus den prioritären Massnahmen gestrichen worden. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | Das Postulat Massy «Equal-salary» wird mittels Lohnumfragen verwirklicht. Die Kantonsverwaltung kann den Anforderungen von «Equal-salary» allerdings nicht gerecht werden, da sie nicht über die Informationen betreffend die Grundausbildung ihrer Mitarbeitenden verfügt. Die Kommission zeigt sich erstaunt über diese Tatsache! |

| | | |
|--|------|--|
| | | Es müssten zeitraubende Nachforschungen angestellt werden, um diese Informationen über die rund 3'000 Mitarbeitenden in Erfahrung zu bringen. Die Kommission möchte anlässlich des nächsten Controllings über den Stand dieser Lohnumfragen informiert werden. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <p>PM 1: elektronisches Personaldossier: Der Übergang zum «papierlosen» Personaldossier wird vorbereitet. In diesem Zusammenhang will man einen umfassenden Workflow erarbeiten.</p> <p>PM 2: Massnahmen betreffend die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben: Es handelt sich in erster Linie um eine Partnerschaft mit dem Roten Kreuz für die Betreuung kranker Kinder und um die Übernahme der Betreuungskosten. Für 2013 wird die Zertifizierung «Familie UND Beruf» angestrebt.</p> <p>PM 3: Teilrevision des Besoldungsgesetzes: Es geht hier um die Besoldung des Staatspersonals. Diese Revision wird sich über mehrere Jahre erstrecken. 2013 werden Umfragen durchgeführt. Die Frage der Erwerbsausfallversicherung für die Mitarbeitenden wird im Rahmen dieser Revision behandelt werden.</p> <p>PM 4: Zufriedenheitsumfrage: Diese Umfrage wird 2013 durchgeführt werden. Gestützt auf die Resultate wird Ende 2013 ein Aktionsplan erarbeitet werden.</p> <p>PM 6: Verstärkung der Kaderausbildung: Die Kommission hofft, dass dieses in Verzug geratene Projekt 2013 konkretisiert werden kann. Die Dienststelle will eine umfassende Ausbildung für die Kader der Verwaltung auf die Beine stellen.</p> <p>PM 7: Zielsetzungen und HR-Indikatoren in den strategischen Leistungsaufträgen: Die Kommission begrüsst diese Massnahme, welche die Verwendung der operativen Leistungsaufträge in den Dienststellen verbessern soll. Indikatoren über die Anzahl Ausbildungstage oder die Übereinstimmung zwischen Funktion und Pflichtenheft könnten in sämtlichen Dienststellen eingeführt werden (auf operativer Ebene).</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <p>Ind. 9: Total Ausbildungstage: Die Kommission möchte die Ausbildungsfreudigkeit der Staatsmitarbeitenden verbessern. Sie bedauert deshalb, dass die Planung 2013 nicht ehrgeiziger ist, hat aber Verständnis für die realistische Planung. Die Dienststelle für Personalmanagement weist auf die Schwierigkeit hin, den Dienstchefs die Ausbildung ihrer Mitarbeitenden schmackhaft zu machen, während sie selbst an der Erreichung der operativen Zielsetzungen der Dienststelle gemessen werden. Die Kommission bedauert diese Tatsache.</p> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <p>30: Der für die Integration von behinderten Personen bestimmte Betrag von 200'000 Franken wird folgendermassen aufgeteilt: 150'000 Franken für die Dienststelle für Personalmanagement und 50'000 Franken für die Dienststelle für Sozialwesen. Der Staat möchte zwischen 50 und 60 Personen integrieren. (Ind. 3: 2% der Angestellten)</p> <p>Das Praktikumsbudget (P1205) wurde um rund 100'000 Franken (+ 160'000 Franken im Jahr 2012) aufgestockt. Die Kommission begrüsst zwar die Anstrengungen zur Erhöhung der Anzahl Praktikanten, will aber nicht, dass diese Erhöhung zur Überbrückung des chronischen Personalmangels in gewissen Dienststellen missbraucht wird. Aus diesem Grund fordert sie, dass anlässlich der Rechnung 2012 über die Entwicklung der Anzahl Praktikanten informiert wird.</p> <p>36: Da OVAP (Oeffentliche Verwaltung Administration Publique) zu einem Verein geworden ist, werden die Beiträge für die Kommission nicht mehr bei der Dienststelle für Personalmanagement verbucht. Die in den vergangenen Jahren unter dieser Rubrik verbuchten Subventionen betrafen diese Kommission.</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen: - | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| P1305: Alltronic-Lesegeräte: Es handelt sich um die Stempeluhren für die Mitarbeitenden. Diese müssen bei einer Panne ersetzt werden. | | |

Verschiedenes:

Der Kommissionspräsident spricht die Problematik der **späten Ernennungen** im Bereich der Berufsbildung an. Ohne auf die Details einzugehen, fordert er eine Lösung dieses Problems.

Die Kommission wirft die Frage des Personalmangels bei der Dienststelle für die Jugend im Zusammenhang mit der Suche, Unterstützung und Koordination im Bereich der **Pflegefamilien** auf. Anlässlich der Behandlung des Budgets 2012 wurden im Grossen Rat entsprechende Forderungen gestellt. Das Budget der Dienststelle für die Jugend ist zwar Sache der Kommission EBKS, diese Problematik geht aber auch die Kommission IF etwas an. Der Vorsteher des DFIG erklärt, dass der Staatsrat von den 146,2 beantragten neuen Stellen lediglich 26 bewilligt hat: 4 für die Justiz, 12 für die Polizei und 2 für jedes der 5 Departemente. Innerhalb der einzelnen Departemente haben die Vorsteher dann eine Interessenabwägung vorgenommen.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja, die Kommission lobt die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Dienststelle.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-

Rechtsdienst für Finanzen und Personal

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| - | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | - |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | - |
| Handelt es sich bei den prioritären | Ja | - |

| | | |
|--|------|---|
| Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Nein | Die Behandlung der Motion 1.128 betreffend die Altersgrenze bei der WKB bedingt eine Änderung des Gesetzes über die WKB, die momentan vorbereitet wird. Im Leistungsauftrag sucht man allerdings vergeblich nach einer prioritäre Massnahme für 2013 betreffend die Revision dieses Gesetzes. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | Inskünftig müssten die vom Grossen Rat angenommenen Motionen als prioritäre Massnahmen erscheinen. |

Ergänzende Bemerkungen:

PM 1: Revision der Gesetzgebung über die Ruhegehaltsordnung der Magistraten: Nach der Revision des Gesetzes über die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen müssen die Gesetzesgrundlagen im Bereich der Ruhegehaltsordnung der Magistraten im Einklang mit der Änderung des Bundesrechts und den Forderungen der interkantonalen BVG-Aufsichtsbehörde angepasst werden. Die Arbeitsgruppe muss sich bis Ende 2012 zwischen zwei Varianten entscheiden: entweder Schaffung einer dem Bundesrecht unterstellten Ruhegehaltsordnung oder Schaffung einer dem Bundesrecht nicht unterstellten Ruhegehaltsordnung, die über das Budget finanziert wird. Sollte diese zweite Minimallösung gewählt werden, die laut Schreiben vom April 2012 vom BSV toleriert wird, so würde dies nur eine geringfügige Anpassung des geltenden Gesetzes bedingen.

PM 2: Weiterbetreuung des Beteiligungsgesetzes: Diese Aufgabe wird in Zusammenarbeit mit dem Regierungscontrolling wahrgenommen. Es wird darum gehen, die strategischen und finanziellen Vorgaben für die Staatsvertreter festzulegen, die Controllingberichte zu erarbeiten und den Grossen Rat zu informieren.

| | | |
|--|------|--|
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Nein | Der Dienstchef ist der Ansicht, dass gewisse Indikatoren nicht aussagekräftig sind und im Rahmen des Budgets 2014 im Zusammenhang mit der Redimensionierung gewisser Tätigkeitsbereiche der Dienststelle überarbeitet werden könnten. Die Kommission möchte bei diesen allfälligen Streichungen anlässlich des Budgets 2014 ein Wörtchen mitreden, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | 2014 neu zu beurteilen. |

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 2: schriftliche Stellungnahmen innert Monatsfrist: Indem die Dienststelle 90% plant, obwohl 2011 94% realisiert wurden, legt sie viel Vorsicht an den Tag. Die Dienststelle präzisiert, dass die meisten Stellungnahmen innerhalb von zwei Wochen abgegeben werden (gemessen durch einen Indikator auf operativer Ebene).

| | | |
|--|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| - | | |
| 5. Personal | | |
| <u>Erläuterungen:</u> Die in der Rechnung 2011 angegebene Zahl ist falsch. Richtig wäre 3.9 gewesen. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

In Sachen OHG-Entschädigungen hatte die Dienststelle im April 2012 (Rechnung 2011) darauf hingewiesen, dass das DFIG von Gesetzes wegen verpflichtet sei, die geleisteten Beträge bei den haftbaren Dritten einzufordern. Eine Zusammenführung der Entscheidungskompetenz (DSSI) und der Inkassokompetenz (DFIG) würde eine Gesetzesänderung bedingen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Falls möglich die Angaben der Rechnung 2011 zum Personalbestand ändern.

Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

| Elemente | | Kommentare |
|--|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <p>Das Budget 2013 dieser Dienststelle wird durch drei Punkte geprägt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • finanzielle Verpflichtungen für die Gemeindefusionen von 14 Millionen Franken; • Verfassungs- und Gesetzesrevisionen, die einerseits die territoriale und institutionelle Organisation und andererseits die persönlichen Freiheiten und die Grundrechte betreffen; • die Aufhebung des Indikators betreffend die Anzahl Gemeinden im Genuss eines Sanierungsplans, da keine Gemeinde mehr einen solchen Sanierungsplan braucht. <p>Die Priorität der Dienststelle in der zweiten Hälfte 2012 und im Jahr 2013 wird in der Behandlung der Beschwerden infolge der Annahme der Zweitwohnungsinitiative bestehen. Bis Mitte September 2012 waren 242 Gesuche und 93 Beschwerden im Zusammenhang mit der «Lex Weber» eingegangen.</p> | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>Die Walliser Gemeinden sind finanziell gesund, was sicher auch der strikten Verwaltung seitens des Staates zu verdanken ist. Die Frage, ob die Gemeinden aufgrund einer unkontrollierten Investitionspolitik Gefahr laufen, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten, wird klar verneint. Die finanzielle Tendenz in den Gemeinden ist günstig. Das Gemeindegesetz hat zwar positive Auswirkungen, es ist aber an jeder Gemeinde, ihre Investitionen zu konsolidieren und den Überblick über ihre Verpflichtungen zu behalten.</p> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | Die prioritären Massnahmen im Zusammenhang mit den Verfassungsrevisionen sowie dem Gesetz über die Unvereinbarkeiten wurden auf die nächste Legislatur verschoben (Ende 2013). |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und | Ja | Die Verwirklichung der Motionen 1.019 über die Unvereinbarkeiten und 1.072 über die Änderung der |

| | | |
|--|-----------|---|
| Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | | Wahlkreise ist für Ende 2013 vorgesehen. Die Motion 1.018 betreffend die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte wird mit der Anpassung des Wahlkalenders und den Massnahmen zur Vermeidung der ungültigen Wahlzettel als verwirklicht betrachtet. Die Motion 1.057 betreffend die Anpassung des Gemeindegesetzes wird gegenwärtig mit dem Verordnungsentwurf über die Gemeindefinanzen, der vom Staatsrat im Herbst 2012 angenommen werden dürfte, verwirklicht. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>PM 4: elektronische Abstimmung: Der Kanton ist momentan dabei, mit dem Kanton Genf eine Vereinbarung für das Hosting der Stimmen der Auslandschweizer auszuhandeln. Für das erste Halbjahr 2013 ist eine Testphase vorgesehen.</p> <p>PM 5: Organisation der kantonalen Wahlen 2013: Farbige Listen und Umschläge sowie klarere Hinweise (insbesondere der Hinweis auf der Rückseite des Wahlzettel, dass pro Umschlag nur ein Wahlzettel erlaubt ist) sollten ermöglichen, die Zahl der ungültigen Wahlzettel, die sich anlässlich der letzten Staatsratswahlen auf fast 6'000 belief, zu verringern.</p> <p>Initiative «Jede Stimme zählt»: Der Staatsrat wird die gesetzlichen Fristen strikt einhalten (Art. 117 GORBG besagt, dass er eine Initiative zusammen mit einer Botschaft und den Anträgen im Verlaufe des Jahres, das der Übermittlung der Vormeinung der Justizkommission folgt, überweisen muss). Die Frist läuft bis Mitte April 2013.</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | Der Dienstchef schlägt vor, dass einmal pro Legislatur eine wirkliche Zufriedenheitsumfrage bei den Gemeinden durchgeführt wird. Die Kommission unterstützt diesen Vorschlag, der in Richtung einer auf die Bedürfnisse und die Zufriedenheit der Begünstigten der staatlichen Leistungen ausgerichteten Verwaltung geht. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Zufriedenheitsindikator ab 2014. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <u>Erläuterungen:</u> - | | |
| 5. Personal | | |
| Die Erhöhung um 0,5 VZS (vormals eine befristete Stelle) ist durch die Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Übertragung der Gemeindefinanzen und der Arbeit für das Register der Auslandschweizer gerechtfertigt. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| P1101: Rückgang um 100'000 Franken im Zusammenhang mit dem Abschluss der Arbeiten der Kommission R21. | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Keine Änderungen

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Keine spezifischen Forderungen

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-

Sekretariat für Gleichstellung und Familie

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|-----------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| Die Regierung will die Anstrengungen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt verstärken. Das neue Gesetz über die häusliche Gewalt, das sich gegenwärtig in der Vernehmlassung befindet, dürfte eine bessere Koordination der Massnahmen zur Bekämpfung dieser Gewalt ermöglichen. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: PM 1: Weiterbildung zum Gleichstellungsgesetz: Es handelt sich um Informationen und Ausbildungen im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz, die sich an die in diesem Bereich tätigen Personen (Richter, Juristen usw.) richten. So wird beispielsweise eine Sensibilisierung für die Lohn- oder Belästigungsproblematik angestrebt. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Die Kommission ist der Ansicht, dass Wirkungsindikatoren (zur Messung des staatlichen Engagements im Bereich der Gleichstellung und der Familie) und nicht bloss Tätigkeitsindikatoren festgelegt werden sollten. |

Ergänzende Bemerkungen: -

Die Indikatoren zur Messung des Mädchen- oder Jungenanteils in gewissen Berufen decken lediglich zwei Bereiche (technische Berufe und Gesundheit/Soziales) ab. In anderen Bereichen und Berufen gibt es ebenfalls deutliche Unterschiede bei der Geschlechtervertretung (Gastgewerbe, obligatorische Schulbildung).

Nach Möglichkeit wünscht die Kommission anlässlich der Rechnung 2012 Informationen über den Prozentsatz an Mädchen im Bereich des obligatorischen Unterrichts, welche die PH absolvieren.

Es scheint zwar etwas makaber, die Anzahl Opfer oder die Anzahl Fälle von häuslicher Gewalt zu planen, aber die Indikatoren des Budgets (geplant) sind schlussendlich dazu da, eine Tendenz aufzuzeigen. Der Forderung verschiedener thematischer Kommissionen wurde Folge geleistet und die Tendenzpfeile wurden in den allermeisten Dienststellen richtigerweise durch Zahlen ersetzt. Eine Rückkehr zu den Tendenzpfeilen wäre nicht sinnvoll.

| | | |
|-------------------------------------|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| - | | |
| 5. Personal | | |
| - | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| - | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Sinn und Zweck der letztjährigen Forderung hinsichtlich der Anfügung von Indikatoren über die Anzahl PH-Diplomandinnen oder Jungen im Gastgewerbe war es, die Unterschiede in diesen Bereichen aufzuzeigen. Da diese Forderung, die keinerlei finanzielle Auswirkungen gehabt hätte, vom Staatsrat abgelehnt worden war, zog es die Kommission vor, ihren Vorschlag zurückzuziehen und somit eine Debatte und eine Abstimmung im Plenum zu vermeiden. Über die Indikatoren hinaus ist die Kommission überzeugt, dass diese Problematik einer eingehenderen politischen Überlegung bedarf.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

**Dienststelle für Landwirtschaft
Dienststelle für Raumentwicklung
Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik
Dienststelle für Wald und Landschaft
Dienststelle für Umweltschutz
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere**

Die Kommission LTU ist am Montag, 24. September 2012, von 9.00 bis 17.00 Uhr zusammengetreten, um die politischen Leistungsaufträge der Dienststellen des DVBU und des DVER zu prüfen.

Kommission LTU

| Mitglieder | 24.09.2012 |
|---|---------------------------|
| CARRUPT Yves, PDCC (Präsident) | X |
| ZURBRIGGEN Stefan, CVPO (Vizepräsident) | BUMANN Konstantin |
| BRIGGER Liliane, CSPO | X |
| BRUCHEZ Jean-Daniel, PDCB | X |
| ECOEUR Marie-Claude, PLR (Berichterstatlerin) | X |
| ECOEUR Roger, UDC | X |
| FAVRE Christian, PDCC | X |
| FAVRE Stéphanie, PLR | SAUTHIER-LUYET Anne-Marie |
| MORET Xavier, PLR | X |
| RABOUD Grégoire, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS) | X |
| RIEDER Beat, CVPO | GRAND Erno |
| TURIN Olivier, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS) (Berichterstatter) | X |
| WELLIG Diego, CSPO | X |

Parlamentsdienst:

Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Vertreter der FIKO: Freddy Philippoz (Vormittag), Alex Schwesternmann (Nachmittag)

Vertreter der GPK: Stefan Andenmatten

DVER:

Jean-Michel Cina, Departementsvorsteher; Isabelle Theytaz-Reuteler, Verantwortliche für das Departementscontrolling DVER; Gérald Dayer, Chef der Dienststelle für Landwirtschaft; Jérémie Denis, administrativer Adjunkt bei der Dienststelle für Landwirtschaft; Damian Jerjen, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung; Leander Williner, Chef der Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik; Didier Giroud, Amtschef; Herbert Imoberdorf, Kantonsgeometer.

DVBU:

Jacques Melly, Departementsvorsteher; Daniel Moix, Verantwortlicher für das Departementscontrolling DVBU; Olivier Guex, Chef der Dienststelle für Wald und Landschaft; Cédric Arnold, Chef der Dienststelle für Umweltschutz; Simon Reist, Adjunkt bei der Dienststelle für Umweltschutz; Peter Scheibler, Chef der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere; Philippe Dubois, Wildhüter und Fischereiaufseher.

Dienststelle für Landwirtschaft

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <p>Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass die vom Parlament in der Septembersession beschlossene Wiedereinführung der Blockierung-Finanzierung für die Weinbranche gemäss KfV im Budget 2013 mit rund 5% zu Buche schlagen könnte. Auch wenn effektiv keine Gelder abfliessen, sollte man im Hinblick auf allfällige Verluste in Zusammenhang mit diesem System vielleicht doch die Schaffung eines Spezialfinanzierungsfonds ins Auge fassen. Letztmals kam es im Jahr 1994 zu einem Verlust.</p> | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | <p>PM 4 des Budgets 2012: «Beobachtung der internationalen Verhandlungen (FHAL - WTO)» (Frist: 31.12.2014) wurde im Budget 2013 gestrichen, da die entsprechenden Verhandlungen momentan nicht fortgeführt werden und somit für 2013 keine prioritäre Massnahme mehr darstellen.</p> <p>PM 14 des Budgets 2012: «Anpassung der Gebäude und der Tätigkeiten der Gutsbetriebe gemäss Prioritäten und Integration der neuen Ausbildungen» (Frist: 31.12.2013) wurde im Budget 2013 gestrichen, da diese Massnahme zu einer ordentlichen Aufgabe geworden ist. Ausserdem erklärt die Dienststelle, dass sie keine Entscheidungsgewalt habe, was die Integration der Ausbildungen angehe.</p> |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p><i>Wieso gibt es keine prioritäre Massnahme zum politischen Teilziel 4 «Die Professionalisierung der Walliser Landwirtschaft verbessern»?</i></p> | | |
| <p>Es gibt im Jahr 2013 keine Prioritäten in Zusammenhang mit diesem Teilziel, doch die ordentlichen Aufgaben bleiben bestehen. Das Parlament hat eine entsprechende Motion angenommen, die sich auf den Prozess auswirkt. Die Finanzierung hängt vom gewählten Modell ab. Im Falle eines Verlustes gelangt ein Fonds zum Einsatz, der über das ordentliche Budget der Dienststelle finanziert wird. Der LSVA-Fonds weist Reserven von ca. Fr. 2.5 Mio. auf. Man schätzt, dass der Restbetrag bis Ende 2013 bei Fr. 300'000.-</p> | | |

liegen wird. Allerdings sind einzelne Faktoren noch nicht bekannt, weshalb diese Zahlen mit Vorsicht zu geniessen sind. Der Kanton kennt den Bundesbeitrag nicht im Vorherein. Wenn ein Prozess eröffnet wird, der erfahrungsgemäss rund 10 Jahre dauert, ist es schwierig, alle Zahlen zu kennen.

PM 1: Die Dienststelle tätigt Investitionen, um angesichts der künftigen Entwicklung der Direktzahlungen maximal profitieren zu können. Die Verfolgung dieser Strategie ist sehr wichtig, da das Wallis bei den Direktzahlungen im Wettbewerb zu anderen Kantonen steht.

PM 2: Im Rahmen der Debatten zur AP 2014-2017 beschloss der Nationalrat am 26. September 2012, die gegenwärtigen Bildungsanforderungen beizubehalten. Dadurch ist die Eringerzucht weiterhin gewährleistet. Mehr als 90% der Züchter hätten die ursprünglich vorgesehenen verschärften Bildungsanforderungen für den Erhalt von Direktzahlungen nicht erfüllen können.

PM 3: Es werden auch weiterhin Subventionen für landwirtschaftlich genutzte Böden in Bauzonen ausgerichtet. Im Rahmen der AP 2014-2017 hat der Nationalrat beschlossen, die Direktzahlungen in Bauzonen beizubehalten, was für die Walliser Landwirte etwa 12 Millionen Franken pro Jahr ausmacht.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|---|-----------|---|
| <p>Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?</p> | <p>Ja</p> | <p>Ind. 2: <i>Besteht Hoffnung auf eine Zunahme?</i> Ja, dank der Umweltprojekte kann man mehr Direktzahlungen erhalten. Ist zusätzliches Personal (Direktzahlungsberater) vorgesehen, das den Landwirten zur Verfügung steht? Die Dienststelle hat interne Umstrukturierungen vorgenommen und betraut zwei ihrer Mitarbeitenden mit dieser Aufgabe. Doch die Förderung und Beratung in Zusammenhang mit den neuen Direktzahlungen sind nicht nur Sache des Staates, auch die Branchen (Verband, Landwirtschaftskammer, Vitival usw.) müssen hier aktiv werden. Für die Erlangung von Direktzahlungen müssen gewisse Kriterien erfüllt werden. Bezüglich der Einhaltung der Kriterien und der Zuteilung der Direktzahlungen, die unter den Landwirten, Züchtern usw. immer wieder für Diskussionen sorgt, wird festgehalten, dass die Dienststelle die Zahlungen stets korrekt gemäss den geltenden Kriterien und in enger Zusammenarbeit mit dem Bund entrichtet hat (jedes Jahr mehrere Kontrollen).</p> <p>Ind. 6: <i>Ist das angesichts der Marktentwicklung nicht ein bisschen zu optimistisch?</i> Der Umsatz hat seit 2005 jährlich um 2% zugenommen, aber im Jahr 2012 ging er zurück, weshalb für 2013 mit einem Rückgang von 45% gerechnet wird. <i>Weiss man, wie die Lagerbestände per 30. Juni aussehen?</i> Nein, die Dienststelle erhält nur die Lagerbestände per 31.12. Ende 2011 waren diese auf demselben Niveau wie Ende 2009. Bei den Lagerbeständen der Weine des unteren Preissegments befinden sich die Kantone in einem Konkurrenzkampf. Langfristig gesehen liegt die Lösung des Problems in der allgemeinen Qualitätssteigerung der Weine, denn im Bereich der preiswerten Weine kann man nicht mehr konkurrenzfähig bleiben.</p> <p>Ind. 14: Man wird im Jahr 2012 das Ziel von 4 finanzierten Projekten nicht erreichen können (dazu müssten diese Projekte noch 2012 abgeschlossen</p> |

| | | |
|---|------|--|
| | | werden), doch man wird diese auf das Jahr 2013 übertragen, so dass es 2013 sicherlich mehr als nur ein Projekt geben wird. Ind. 15: Für das nächste Budget muss eine neue Formulierung für diesen Indikator gefunden werden. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |

| | | |
|---|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| <p>Erklärungen:</p> <p><i>Wie wird den Bienenzüchtern unter die Arme gegriffen?</i></p> <p>Diesem Dossier wird angesichts seiner Bedeutung besondere Beachtung geschenkt. Der Kanton kompensiert die aufgrund des NFA-Entscheids von 2008 zurückgegangenen Bundesbeiträge für die Verbände.</p> <p>Die Kommission schlägt vor, den Bienenzüchtern eine zusätzliche Subvention von Fr. 25'000.- auszurichten, dies durch Kürzung der Rubrik 36 der DLW um denselben Betrag oder durch Entnahme aus dem LSVA-Fonds.</p> <p>Rubr. 36: Walliser Landwirtschaftskammer WLK (500'000) + Agrotourismus (100'000): Fr. 600'000. Dieser Betrag, der im Budget 2013 der Dienststelle für Landwirtschaft erscheint, wird für das Rechnungsjahr 2013 auf die Gesellschaft Valais/Wallis Promotion übertragen.</p> <p>Anmerkung: Die DLW wird die Zweckmässigkeit und Effizienz des Mandats der WLK im Bereich der allgemeinen Verwaltung der Landwirtschaftsabgaben analysieren (im Budget 2013 sind Fr. 115'000.- vorgesehen) – dies angesichts der Tatsache, dass die Datenbanken für die Erhebung der Abgaben auf SAP migriert und grösstenteils von der DLW bewirtschaftet werden.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| 5. Personal | | |
| <p>Erklärungen</p> <p>Es haben sich ein paar Fehler bei den Zahlenangaben zu den Vollzeitstellen (VZS) eingeschlichen. Hier die richtigen Zahlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechnung 2011: 107.9 statt 107.4 <u>Erklärungen:</u> Die DPM hat das 50%-Pensum eines Lehrers, der seit 2002 teilweise fürs DEKS und teilweise für die Landwirtschaftliche Schule Visp arbeitet, nicht berücksichtigt. Es gilt zu beachten, dass das Küchen- und Reinigungspersonal, das seit September 2011 monatsweise bezahlt wird (1.1 VZS), in der Rechnung 2011 erscheint. Ausserdem hat die DPM eine Angestellte mit befristetem Arbeitsverhältnis (40%-Pensum, 1.11.2011 bis 30.04.2012) mit eingerechnet, wohingegen in den vorangehenden Jahren Angestellte mit befristeten Arbeitsverhältnissen nicht berücksichtigt wurden und auch nicht im Organigramm erschienen. Aufgrund der entsprechenden Diskussionen im Rahmen der Rechnung 2011 wurde der FIKO im April 2012 ein umfassender Bericht unterbreitet. • Budget 2012: 114.16 statt 113.06 <u>Erklärungen:</u> Die DPM hat 1.1 VZS für Küchen- und Reinigungspersonal, welches gemäss Staatsratsentscheid von 2008 für unbestimmte Dauer eingestellt wurde, nicht eingerechnet (mindestens ab 2011). Dieses wurde früher stundenweise bezahlt. Die Lohnmasse bleibt unverändert, da die entsprechenden Löhne 2012 unter den Hilfsangestellten für Reinigung und Küche budgetiert wurden (Globalposten von ca. Fr. 200'000.-). • Budget 2013: Die Zahl 113.06 ist korrekt. <u>Erklärung der Abweichung von 1.1 VZS zwischen dem Budget 2012 und dem Budget 2013:</u> | | |

0.6 VZS: Provisorischer Transfer einer 60%-Stelle eines landwirtschaftlichen Arbeiters zur Dienststelle für Energie und Wasserkraft für eine Dauer von 2 Jahren gemäss Entscheid des Vorstehers des DVER vom 14. März 2012.

0.5 VZS: Provisorischer Transfer von 50%, aufgeteilt auf mehrere Stellen der Dienststelle für Raumentwicklung für eine Dauer von 2 Jahren gemäss Staatsratsentscheid vom 28. September 2011, also bis Ende 2013.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

2013 werden die Werbetätigkeiten auf Valais/Wallis Promotion übertragen. Die Aufgaben der Walliser Landwirtschaftskammer und die Subvention in der Höhe von Fr. 300'000.- bleiben unverändert.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Ja, +25'000 Franken Subventionen für Bienenzüchter. Dieser Betrag könnte den LSVA-Beiträgen für die Umstellung und Modernisierung der Obst- und Gemüsekulturen entnommen werden.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Rubr. 36: Erhöhung der Subventionen für Bienenzüchter um Fr. 25'000.-

Dienststelle für Raumentwicklung

| Elemente | | Kommentare |
|--|---------------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja, teilweise | <p>PM 7: Weshalb wurde für diese Massnahme eine derart lange Frist gewählt?</p> <p>Das Gesetz über die Wege des Freizeitverkehrs ist 2012 in Kraft getreten und das Konzept wird 2013 erarbeitet. Das Coaching der Gemeinden ist hingegen etwas, das sich über mehrere Jahre erstreckt. Es wäre möglich, diese Massnahme in zwei Massnahmen aufzuteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung des generellen Konzepts für den Freizeitverkehr (2013) - Begleitung der Gemeinden bei der Planung ihrer |

| | | |
|---|----|---|
| | | Wegnetze für den Freizeitverkehr (2016) |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Ad5 PM 7: Erarbeitung des generellen Konzepts für den Freizeitverkehr (31.12.2013) Ad5 Neue Massnahme: Begleitung der Gemeinden bei der Planung ihrer Wegnetze für den Freizeitverkehr (31.12.2016) |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Ad9 Neuer Indikator: Prozentsatz der Gemeinden mit homologiertem Zonennutzungsplan. (Bemerkung: 12 Gemeinden haben bisher noch keinen homologierten Zonennutzungsplan.) Ind. 6: Zufriedenheitsgrad der Gemeinden (erste Umfrage 2010: 78%). |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erklärungen: | | |
| 5. Personal | | |
| Erklärungen: | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |
| <p>Es wird gefragt, ob man nicht ein Monitoring der Walliser Raumentwicklung organisieren könnte. Bezüglich der Fruchtfolgeflächen sind die Daten verlässlich. Was die Bauzonen angeht, verfügt die Dienststelle nicht über sämtliche notwendigen Daten, um ein Monitoring auf die Beine zu stellen. Die Gemeinden müssen die offiziellen Daten liefern.</p> | | |
| Fragen | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützt die Dienststelle das Megaprojekt in Aminona? Sie tut dies im Sinne des politischen Teilziels 9. Ansonsten läuft die Unterstützung dieses Projekts über die Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung. Jedes Projekt ist anders und hat unterschiedliche Aspekte. In Aminona stellt sich zum Beispiel das Problem der Trockenwiesen. • Projekt R3, Autobahn, Fruchtfolgeflächen – in gewissen Fällen sind keine Kompensationsmassnahmen nötig. Die Fruchtfolgeflächen und Landwirtschaftszonen sind eine der grossen künftigen Herausforderungen auf kantonaler und nationaler Ebene. • Die Dienststelle für Raumentwicklung und die Dienststelle für Umweltschutz haben viele gemeinsame Teilziele. In jedem Fall übernimmt aber immer nur eine Dienststelle die Führung. Die beiden Dienststellen teilen die Verantwortlichkeiten unter sich auf. • Kann man mit der Zweigleisigkeit zwischen der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung und der Dienststelle für Raumentwicklung leben? Die beiden Dienststellen befassen sich nicht zwangsläufig mit derselben Art der Entwicklung. Das zweigleisige Vorgehen ist möglich, solange | | |

man politisch weiss, welche Entwicklung vorangetrieben werden soll und welches Projekt man unterstützen möchte.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Die Änderung von Indikator 6 wurde nicht vollständig berücksichtigt.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Prioritäre Massnahmen:

Ad5 PM 7: Erarbeitung des generellen Konzepts für den Freizeitverkehr (31.12.2013)

Ad5 Neue Massnahme: Begleitung der Gemeinden bei der Planung ihrer Wegnetze für den Freizeitverkehr (31.12.2016)

Indikatoren:

Ad9 Neuer Indikator: Prozentsatz der Gemeinden mit homologiertem Zonennutzungsplan.

Ind. 6: Zufriedenheitsgrad der Gemeinden (erste Umfrage 2010: 78%).

Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | <p>PM 3 des Budgets 2012: «Kantonales Gesetz über die Geoinformation»: Die Vernehmlassung ging im Februar 2012 zu Ende. Diese Massnahme erscheint im Budget 2013 nicht mehr, ebenso der Indikator 3 des Budgets 2012 (Frist für die erste Lesung des Gesetzesentwurfs – 31.12.2012).</p> <p>Die Vernehmlassung wurde 2012 durchgeführt. Der Entwurf muss dem Staatsrat unterbreitet werden. Die finanziellen Auswirkungen sind beträchtlich. Das ganze Projekt wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Die finanziellen Mittel werden bis ins Jahr</p> |

| | | |
|--|------|---|
| | | 2019 aufgeteilt. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Indikator 5 und 6: Die Bezeichnungen wurden gemäss Wunsch der Kommission angepasst. Der Indikator ist zwar neu. Trotzdem sollten die Zahlen für 2012 verfügbar sein. Die Kommission wünscht diese, um die Entwicklung des Indikators mitverfolgen zu können. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erklärungen | | |
| 5. Personal | | |
| Erklärungen: Der vom Parlament im Jahr 2010 angenommene Verpflichtungskredit von Fr. 20'000'000 für die Modernisierung des Grundbuchs sollte es unter anderem ermöglichen, die nötigen Stellen für die Überprüfung der amtlichen Vermessungsdaten zu schaffen, d.h. 10 Stellen für Hilfskräfte während 10 Jahren. Die Kommission schlägt vor, 4.5 zusätzliche Vollzeitstellen für die Dienststelle vorzusehen, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Die Finanzierung dieser Stellen ist durch die jährlichen Gebühreneinnahmen der Dienststelle gedeckt. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkung: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Indikatoren:

Ind. 5 und Ind. 6: In Klammern die Werte der letzten Jahre angeben.

Personal:

4.5 zusätzliche VZS für das Projekt GB 2020

Dienststelle für Wald und Landschaft

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | <p><u>Massnahmen zum politischen Ziel 2</u></p> <p>Teilziel 4: Warum geht es in diesem Bereich nicht schneller voran? Schwierig, da die Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Dienststellen verbessert werden muss, so dass die Aktionen (Landwirtschaft, Wälder usw.) aufeinander abgestimmt und bestimmte Prioritäten festgelegt werden können. Hauruckaktionen können sehr kostspielig sein.</p> <p>Teilziel 4: Betrifft auch einige Insektenarten (Kastaniengallwespen), die zu Problemen führen.</p> <p>Teilziel 2: Ein Dossier betreffend Errichtung eines neuen Parks im Simplongebiet ist in Erarbeitung (betrifft momentan nur die Errichtung).</p> <p><u>Massnahmen zum politischen Ziel 3</u></p> <p>Gemäss prioritärer Massnahme 6 läuft die Frist für die Planung der kantonalen Fuss- und Wanderwege bis 31. Dezember 2016, beim dazugehörigen Indikator (Nr. 7) sind für 2013 aber bereits 100% vorgesehen. Weshalb diese Inkohärenz? Frist muss korrigiert werden: 31. Dezember 2013 statt 2016.</p> |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | Ja | |

| | | |
|---|------|--|
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: <i>Könnte man eventuell eine prioritäre Massnahme bezüglich der Bewirtschaftung von Unwetterholz ins Auge fassen?</i> Nein, denn es handelt sich um unvorhergesehene Ereignisse. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | PZ 1 Die Kommission schlägt in Zusammenhang mit dem Teilziel 2 vor, einen Indikator zur durchschnittlichen Regenerationszeit nach dem Fällen zu definieren. Die Regenerationszeit ist nicht für alle Wälder gleich. Die durchschnittliche Regenerationszeit des Schutzwaldes (in Jahren) wird auf Grundlage einer Schutzwald-Gesamtfläche von 82'162 ha (gemäss Silvaprotect CH) und eines idealen Zeitraums von ca. 30 Jahren berechnet. Indikator ad 2 (neu): Durchschnittliche Regenerationszeit des Schutzwaldes (in Jahren) (realisiert 2011: 52.26; geplant 2012: 54.77; geplant 2013: 50,59; Differenz 12/13: -4.18) PZ 3 Ind. 3: Fehler im französischen Text: (Part des services d'observation) |
| Ergänzende Bemerkungen: PZ 1 Ind. 2: Die Arbeiten begannen mit den Subventionen anfangs der 80er-Jahre. Aber man macht immer noch nur die Hälfte von dem, was eigentlich vorgesehen war. Ind. 8: Bei dieser Studie kam es zu Verzögerungen. Die Forstreviere müssen zusammenarbeiten. Das Konzept und die kantonsweite Begleitung der Arbeiten haben weiterhin Priorität. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erklärungen: <i>Hat die Ablehnung des Regionalen Naturparks Hérens-Grône Auswirkungen aufs Budget?</i> Im Budget 2012 betrug die kantonale Beteiligung an diesem Projekt Fr. 420'000.- . Der Rückgang des Aufwands der Laufenden Rechnung um Fr. 397'700.- in der Rubrik 36 spiegelt den Wegfall dieses Projekts teilweise wider. Es gilt zu beachten, dass sich gegenwärtig ein Projekt für einen Regionalen Naturpark in Ausarbeitung befindet, nämlich jenes von Brig-Simplon, das Anfang 2013 dem Bund vorgestellt werden soll. | | |
| 5. Personal | | |
| Erklärungen: <i>Es wurde die Schaffung eines neuen Postens für Aufgaben in Zusammenhang mit den neuen gesetzlichen Grundlagen verlangt. Um welche neuen gesetzlichen Grundlagen handelt es sich?</i> Es handelt sich um: <ul style="list-style-type: none"> - Bundesverordnung über den Schutz der Trockenwiesen und -weiden - Bundesverordnung über das Bundesinventar der historischen Verkehrswege (Viastoria) | | |

- Revision des kantonalen Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz sowie der dazugehörigen Verordnung (NFA)

Daraus ergeben sich insbesondere folgende Aufgaben:

CH - Trockenwiesen und -weiden:

Lösungssuche und Begleitung der Dossiers für entsprechende Inventarobjekte in Zusammenhang mit Bauzonen.

Ausarbeitung eines Beschlusses und interdepartementale Koordination der Massnahmen zur Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung + Begleitung der Schutzmassnahmen (via Raumplanung).

Zahlreiche Bewirtschaftungsverträge mit den Landwirten in diesem Bereich.

Kantonsweites Monitoring.

CH - Viastoria:

Schaffung einer Koordinationsgruppe zwischen den betroffenen Dienststellen.

Erarbeitung einer internen Weisung für die Prüfung und Finanzierung der Gesuche.

Dossierverwaltung und -kontrolle.

VS- Neophyten:

Erarbeitung und ständige Aktualisierung des Inventars bzw. der Datenbank.

Überwachung der Umsetzung des kantonalen Konzepts.

Koordination zwischen den Dienststellen der Kantonsverwaltung.

Lancierung/Koordinierung/Verlaufskontrolle der Aktionen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Zivilschutz usw.

VS- Kantonale Strategie:

Erarbeitung eines kantonalen Konzepts für den Natur- und Landschaftsschutz (im Rahmen der NFA-CH, Basis für das Projekt Dt2020), Umsetzung über regionale Konzepte.

VS - Ausbildung:

Anbieten von Kursen oder Unterstützung bei der Ausbildung – insbesondere im Bereich Unterhalt (Böschungen, Wasserläufe) – zur Förderung arterhaltender Praktiken => Zusammenarbeit mit DSFB, DLW und Gemeinden.

Die Sektion Natur der Dienststelle für Wald und Landschaft wurde trotz neuer Aufgaben und der Weiterentwicklung bestehender Aufgaben lange nicht mehr personell aufgestockt. Im Bericht zur Revision der Gesetzesgrundlagen wurde der Personalbedarf im Rahmen der NFA auf zwei Stellen geschätzt.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

PG 33 Wanderwege

Die Dossiers, die der Dienststelle unterbreitet werden, werden immer umfangreicher und planungsintensiver. Ihre Realisierung erstreckt sich vielfach über mehrere Jahre. Das Inventar der Suonen und ihres touristischen Nutzens wurde noch nicht abgeschlossen. Um den Gesuchen der Gemeinden entsprechen zu können, wären Fr. 1,5 Mio. für die Dienststelle nötig (momentaner Betrag: Fr. 700'000.-).

Rubr. 56: Mit 11 Ja, 0 Nein und 1 Enthaltung beschliesst die Kommission, die Subventionen an die Gemeinden für die Wanderwege um Fr. 400'000.- zu erhöhen.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Ja: + Fr. 400'000.-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Indikatoren:

PZ 1:

Indikator ad 2 (neu): Durchschnittliche Regenerationszeit des Schutzwaldes (in Jahren) (realisiert 2011: 52.26; geplant 2012: 54.77; geplant 2013: 50,59; Differenz 12/13: -4.18)

PZ 3:

PM 6: Inkohärenz zwischen PM 6 und Indikator 7 betreffend Planung der kantonalen Fuss- und Wanderwege. Datum bei PM 6 entsprechend korrigieren, d.h. 31. Dezember 2013 statt 2016.

Ind. 3: Fehler im französischen Text: **Part** des services d'observation

Finanzressourcen:

Rubr. 56: Erhöhung der Subvention an die Gemeinden für die Wanderwege um Fr. 400'000.-.

Dienststelle für Umweltschutz

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|-------------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Nein | <p>Bei der Prüfung des Budgets 2012 hatte die Kommission festgestellt, dass die Umsetzungsfristen der prioritären Massnahmen zu lange sind. Sie hatte gewünscht, dass bei der Erarbeitung des Budgets 2013 ein Unterschied zwischen den laufenden Aufgaben und den zeitlich begrenzten prioritären Aufgaben der Dienststelle gemacht wird. Im Budget 2013 der DUS wurden aber einfach die prioritären Massnahmen aus dem Jahr 2012 übernommen. Lediglich die Frist hat sich geändert: 31.12.2016.</p> <p>Die DUS hat sich im Rahmen der Diskussionen zum Budget 2012 ebenfalls Gedanken gemacht. Einige Massnahmen haben eine etwas kürzere Frist, nämlich zwischen 2013 und 2016 (jedoch nur 4 von 16!). Beim Rest handelt es sich nicht um kurzfristige Prioritäten in direktem Zusammenhang mit dem Budget 2013, sondern um längerfristige Aktionen.</p> <p>Die Kommission möchte, dass prioritäre Massnahmen für das Jahr 2013 definiert werden, die als Etappenziele des Hauptziels von 2016 aufzufassen sind.</p> <p>Die Dienststelle verfügt jedoch über keine Instrumente, die es erlauben würden festzustellen, ob die Zwischenetappen grösserer Projekte erreicht worden sind. Sie möchte deshalb eine zusätzliche Spalte «Permanente Priorität» einführen, mit Angaben zum Verlauf bei den Indikatoren.</p> <p>Die Kommission ist der Meinung, dass eine permanente Priorität nicht eine prioritäre Massnahme im Sinne des Budgets sein kann, anerkennt aber, dass es unter Umständen nicht immer zu jedem Teilziel eine prioritäre Massnahme gibt. Die prioritären Massnahmen müssen die Hauptaktionen widerspiegeln, welche die Dienststelle</p> |

| | | |
|--|------|--|
| | | für das Jahr 2013 plant. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Nein | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | <p>Ind. 7: Pfeile durch Zahlen ersetzen.</p> <p>Dieser Indikator wird anhand des Langzeit-Belastungsindex an typischen Standorten berechnet. Es gibt keinen typischen Standort, der für das gesamte Wallis repräsentativ wäre.</p> <p>Können die drei Indikatoren aufgegliedert werden?</p> <p>Ja, dies geschieht im Rahmen der Rechnung.</p> |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Es werden einige Zusatzinformationen zu den Indikatoren abgegeben:</p> <p>Ind. 13: Es handelt sich um die Anzahl illegaler Deponien.</p> <p>Ind. 11: Bezieht sich auf Gemeinden mit einer oder mehreren ungeschützten Wasserfassung(en). Einige Gemeinden weisen ungeschützte Schutzzonen auf, wiederum andere haben überhaupt keine genehmigten Schutzzonen. Die Zahl steht für die Anzahl der Gemeinden ohne genehmigte Schutzzonen. Es wäre besser, die Zahl durch einen Prozentsatz zu ersetzen, mit dem Endziel 100% (alle Gemeinden haben ihre Wasserfassungen in genehmigten Schutzzonen).</p> <p>Ind. 23: Nicht sehr genaue Angaben. Abnahme der Anzahl Besuche je nach Zeitaufwand.</p> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <p>Erklärungen</p> <p>PG13: Die Beträge stammen aus dem Globalbudget, das dem Kanton für die verschiedenen wichtigen Projekte zur Verfügung steht. Ende 2012 werden noch rund 1 Mio. Franken Subventionen für die Gemeinden ausstehend sein. Bis Ende 2013 wird sich möglicherweise ein Zahlungsrückstand von 4,5 Mio. Franken anhäufen. Die Gemeinden werden entsprechend informiert. Wird das Globalbudget nicht angepasst, wird der Kanton grosse Rückstände bei den Subventionszahlungen aufweisen.</p> | | |
| 5. Personal | | |
| <p>Erklärungen:</p> <p>Ein zusätzlicher Posten im Jahr 2013: Im Wallis gibt es grosse Flächen mit Altlasten. Das Risiko besteht darin, dass die Verursacher vielfach juristisch und faktisch nicht greifbar sind. Die Sanierungskosten muss dann oft die öffentliche Hand übernehmen. Der zusätzliche Posten ist dafür vorgesehen, diese Sanierungen voranzutreiben.</p> | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Nein, siehe Bemerkung bezüglich der prioritären Massnahmen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Die Kommission verlangt, dass hinsichtlich der Erarbeitung des Budgets 2014 tiefgreifende Überlegungen angestellt werden, damit die prioritären Massnahmen klar von den laufenden Aufgaben der Dienststelle getrennt werden. Die Kommission möchte, dass prioritäre Massnahmen definiert werden, die als jährliche Etappenziele eines längerfristigen Hauptziels aufzufassen sind.

Indikatoren:

| |
|--|
| Ind. 7: Pfeile durch Zahlen ersetzen. |
|--|

Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>Politisches Teilziel 2: Wie will man den Fischbestand angesichts der vom Parlament verlangten Abschaffung der Restwassermengen sichern? Seit wann brauchen Fische kein Wasser mehr?!</p> <p><i>Könnte man ein neues Teilziel betreffend Bekämpfung invasiver Parasiten ins Budget aufnehmen?</i></p> <p>Die Bekämpfung nicht-einheimischer Spezies ist bereits Teil des gesetzlichen Auftrags der Dienststelle. Natürlich kann man die Anstrengungen intensivieren. Es müssen jedoch klare Prioritäten festgelegt werden. Die Probleme in Zusammenhang mit invasiven Parasiten stehen in keinem Vergleich zu den Schäden in Zusammenhang mit invasiven Pflanzen wie z.B. dem Riesen-Bärenklau.</p> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss | Ja | |

| | | |
|---|------|--|
| über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 2: Die Stabilität dieses Indikators steht für eine gute Regulierung des Wildbestands. Ind. 4: Die Dienststelle betont, dass die Anzahl Wildruhezonen im Einvernehmen mit den Gemeinden festgelegt wird. Ind. 10: Die ersten Zonen wurden vor 7-8 Jahren geschaffen. In drei dieser Zonen muss die Kennzeichnung erneuert werden. Ind. 17: 800 Reflektoren wurden angebracht, der Rest folgt 2013. Ind. 19: Es handelt sich um nationale Forschungsprojekte zu Pflanzengeschwulsten und Pneumonien bei Wildschweinen. Vielfach geht es um Krankheiten des Wildes, der Fische oder der Wildvögel (Birkhühner). Ind. 18: Die Dienststelle möchte die Qualität der Internetseite und der darauf verfügbaren Informationen verbessern. Allerdings hat die Dienststelle laut eigenen Aussagen nicht die Möglichkeit, die Anzahl Seitenbesucher pro Jahr zu sehen! | | |

| | | |
|---|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erklärungen: Rubr. 30: Rückgang um 113'000.-: Viele neue junge Mitarbeitende, die weniger kosten als ältere Mitarbeitende... PG 12, P1203: Verkaufte Abschüsse: ca. Fr. 700'000.- Einnahmen pro Jahr. Der Wetterfaktor ist hier ausschlaggebend. Aufgrund der Witterungsverhältnisse verendeten dieses Jahr 20 bis 30 Stück Steinwild auf natürliche Weise. | | |
| 5. Personal | | |
| Erklärungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013



Grand Conseil
Commission de la sécurité publique

Grosser Rat
Kommission für öffentliche Sicherheit

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Strafanstalten
Dienststelle für Bevölkerung und Migration
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
Betreibungs- und Konkursämter
Verwaltungs- und Rechtsdienst
Kantonspolizei
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

Datum: 17.09.2012, 08.30 Uhr - 16.15 Uhr; 18.09.2012, 09.30 Uhr - 12.00 Uhr
Ort: Konferenzraum 5, Espace Porte de Conthey, Sitten; Schwerverkehrskontrollzentrum St-Maurice

Kommission ÖS

| Mitglieder | 17.09.2012 | 18.09.2012 |
|-------------------------------------|-------------------|------------------|
| RICHARD Claude-Alain, Präsident | X | X |
| FRABETTI Bernhard, Vizepräsident | MARINO Alessandro | X |
| ROH Sébastien, Berichterstatter | X | X |
| BORGEAT Raymond | X | |
| BÜRCHER Laurent | LEHNER Elisabeth | LEHNER Elisabeth |
| DARBELLAY GHALMI Carole | X | X |
| FURRER Egon | X | X |
| FURRER Urban | X | X |
| PICON-FURRER Margrit | MAIRE Roland | X |
| REY Bernard | X | X |
| ROTHEN Michel | X | X |
| SAUTHIER-LUYET Anne-Marie | X | X |
| WEGER Hans-Ulrich | ERPEN Bernhard | X |

FIKO: Marianne Maret (17.09.2012, Vormittag), Daniel Porcellana (17.09.2012, Nachmittag und 18.09.2012, Vormittag)
GPK: Erno Grand (17.09.2012); Marcel Bayard (18.09.2012, entschuldigt)
Parlamentsdienst: Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

DSSI: Esther Waeber-Kalbermatten, Departementsvorsteherin
Damian Mottier, Generalsekretär und Verantwortlicher für das Departementscontrolling
Anne-Laure Zufferey Terrettaz, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Departementscontrolling
Christian Varone, Kommandant der Kantonspolizei
Pierre-Martin Moulin, Adjunkt des Kommandanten
Michel Perrin, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes
Boris Balthasar, Adjunkt des Chefs des Verwaltungs- und Rechtsdienstes
Jacques de Lavallaz, Chef der Dienststelle für Bevölkerung und Migration
Uli Bregy, Adjunkt bei der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
Pierre-Joseph Udry, Chef der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt
Georges Seewer, Direktor der Strafanstalten
Myriam Fournier, Controllingverantwortliche der Strafanstalten
Cédric Moix, Delegierter für die Betreibungs- und Konkursämter

Strafanstalten

| Elemente | | Kommentare |
|--|-----------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <p>Für die Strafanstalten handelt es sich um ein ordentliches Budget in Erwartung der Resultate des Auditberichts. Von den sieben beantragten Stellen wurden lediglich zwei bewilligt.</p> <p>Zusammenarbeit mit dem GNW für die Gefängnismedizin / Beurteilung der Abteilung für Gefängnismedizin: Die tripartite Vereinbarung zwischen dem GNW, der Dienststelle für Gesundheitswesen und den Strafanstalten wurde überprüft und neu ausgehandelt. Die Abteilung für Gefängnismedizin muss über einen gewissen Handlungsspielraum verfügen und gleichzeitig die strengen Regeln der Strafanstalten befolgen.</p> | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Angesicht der begrenzten Mittel der Strafanstalten schlägt ein Abgeordneter vor, die beiden Teilziele zu priorisieren. Dabei sollte der Sicherheit gegenüber dem zweiten Ziel betreffend die sozialen Wiedereingliederung Priorität eingeräumt werden. Die Dienststelle erinnert daran, dass die Teilziele vom Strafgesetzbuch vorgegeben werden. Eine Priorisierung ist deshalb nicht möglich.</p> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Teilweise | <p><u>Die PM 6 des Budgets 2012 erscheint 2013 nicht mehr: Verbesserung der sozialen Wiedereingliederung durch Aufnahme der Arbeit des Sozialdienstes bereits in der Untersuchungshaft – Frist 31.12.12.</u> Im Rahmen der Rechnung 2011 war darauf hingewiesen worden, dass die Massnahme bis Ende 2011 nicht realisiert werden konnte, da die Strafanstalten über keine Sozialarbeiter in den Untersuchungsgefängnissen verfügten. <i>Wird die Massnahme bis Ende 2012 realisiert werden können?</i></p> <p>Nein, das Problem besteht nach wie vor. Diese Massnahme wurde gestrichen, da die Strafanstalten weder über die nötigen Mittel noch über das nötige Personal verfügen.</p> |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilweise | <p>PM 2: Man spricht schon seit zehn Jahren von diesem Projekt und es ist immer noch in der Anfangsphase. Warum wird die Realisierung immer wieder hinausgeschoben?</p> <p>Der Wettbewerb wurde durchgeführt. Im Auditbericht ist von der Erstellung eines neuen Gebäudes die Rede. Das Projekt ist prioritär und wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2013 unterbreitet werden.</p> |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |

| | | |
|--|------|--|
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Die Entschädigungen für private Sicherheitsfirmen werden in den Bemerkungen zu den Finanzressourcen erläutert. Die Strafanstalten betonen, dass ihnen in diesem Bereich ein gewisser Handlungsspielraum gelassen werden muss. Der Einsatz dieser privaten Sicherheitsleute ist nötig, um die Wärter während der Festtage zu vertreten. Auf diese Weise können punktuelle Absenzen überbrückt werden. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: In den Rubriken 39 und 49 ist eine Zunahme von 2 Millionen Franken zu verzeichnen. Die Kommission hat in den Bemerkungen zu den Finanzressourcen vergeblich nach Erklärungen für diese Zunahme gesucht. Diese namhaften Beträge sind auf die Zunahme der Insassenzahl in den Untersuchungsgefängnissen und in Pramont zurückzuführen. Für 2012 wurde eine Zunahme der Insassenzahl in den Untersuchungsgefängnissen um 40% prognostiziert, im Budget wurden allerdings nur 35% vorgesehen. Dieser Umstand ist auf die neue Strafprozessordnung zurückzuführen. Die Untersuchungsgefängnisse sind in der ganzen Schweiz voll. | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen: Im Budget 2013 sind zwei zusätzlichen Stellen vorgesehen: ein Kriminologe und ein Wärter. Lediglich die Strafanstalt "des Iles" verfügt über einen angemessenen Nachtdienst. In den übrigen Strafanstalten wird der Nachtdienst von einer einzigen Person gewährleistet, was problematisch ist. Die Kommission ist sich der unmittelbaren Gefahr aufgrund dieses Personalmangels bewusst. Aus diesem Grund fordert sie für das Budget 2013 vier zusätzliche Stellen. Diese Änderung wird im Einklang mit den im Auditbericht genannten Prioritäten verteidigt werden. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Ja, Erhöhung der Rubrik 30 (Personalaufwand)

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Rubr. 30: Erhöhung um 4 VZS.

Dienststelle für Bevölkerung und Migration

| Elemente | | Kommentare |
|---|-----------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> TZ 2.4: Es fehlen Plätze für die Administrativhaft. Einige Ausländer, für die ein Wegweisungsentscheid vorliegt, werden in den Untersuchungsgefängnissen untergebracht, obwohl die Haftbedingungen für diese Art von Insassen nicht geeignet sind. | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Teilweise | <p>PM 1 Budget 2013: Behandlung der Einbürgerungsgesuche innerhalb von zwei Jahren. --> Die Umsetzungsfrist für diese Massnahme wurde erneut um ein Jahr hinausgeschoben! Der Verzug wird auf 24 bis 26 Monate geschätzt. Die Einführung der informatisierten Dossierverwaltung wird es ermöglichen, diesen Rückstand abzubauen.</p> <p>Die Realisierungsfrist der PM 2, 5, 6 und 7 wird ebenfalls um ein Jahr hinausgeschoben → 2016. Es handelt sich zwar um eine langfristige Priorität, aber man muss sich die Frage stellen, ob diese Massnahmen 2016 überhaupt noch eine Priorität darstellen werden. Die Kommission weist darauf hin, dass die wiederkehrenden Aufgaben der Dienststelle keine prioritären Massnahmen sind. Vielmehr sollten die verschiedenen prioritären Projekte, die diese Aufgaben umfassen, detailliert werden.</p> <p>PM 4: Das Integrationskonzept wird 2013 abgeschlossen. Falls es vom Bund genehmigt wird, erhält die Dienststelle die Beiträge.</p> <p>PM 5 und 6: (Agenda 21) <i>Waren diese Massnahmen nicht bereits anlässlich der Behandlung der Rechnung 2011 vollständig umgesetzt?</i> Die Dienststelle versucht, das Niveau anzuheben, und sowohl das Angebot als auch die Hilfe zu verbessern. Die Ziele werden jährlich erreicht, aber das langfristige Ziel ist auf eine stete Verbesserung ausgelegt.</p> |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte | Teil- | |

| | | |
|--|-------|--|
| Aktionen oder Projekte? | weise | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |

| | | |
|--|------|---|
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | <p>Ind. 7: <i>Um welche Art von Projekten handelt es sich?</i></p> <p>Es gibt Integrationsprojekte, die zusammen mit den Gemeinden realisiert werden (Sprachkurse, Integrationsmassnahmen für junge Mütter) und ein Pilotprojekt, das zusammen mit dem Kanton Waadt umgesetzt wird. Ziel ist es, den Anforderungen des Bundes gerecht zu werden. Man will auch die Integrationsmassnahmen in den Agglomerationen zwischen Sitten und Siders ausbauen.</p> <p>Ind. 5: Es ist nach wie vor eine starke Zunahme der Einbürgerungsgesuche zu verzeichnen. Das beschert der JUKO viel Arbeit. Innerhalb der Dienststelle kümmern sich zwei Personen um diese Dossiers. Das Dokument zuhanden der Gemeinden betreffend die Einbürgerungskriterien ist so gut wie fertig. Dieses Dokument wird eine einheitliche Behandlung der Gesuche in den Gemeinden ermöglichen. Die Einbürgerung ist in der Tat zu einem Verwaltungsakt geworden. Die Zahl der Einbürgerungen ist im Wallis allerdings tiefer als in den anderen Kantonen. Die Hürden sind in unserem Kanton besonders hoch und das trotz der vom Parlament in der Septembersession beschlossenen Lockerung.</p> |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |

| | | |
|---|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: | | |
| <p>Rub. 35: Differenz von 50'000 Franken: Der Rückgang des Aufwands ist auf die Anpassung dieser Rubrik an die Rechnung 2011 zurückzuführen. Sie stellt einen Durchschnitt zwischen dem für das Jahr 2012 budgetierten Betrag und dem in der Rechnung 2011 ausgewiesenen Betrag dar. Die Weiterleitung der Beträge an den Bund hängt von der Anzahl Gesuche um Identitätspapiere ab.</p> | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |
| P1102 | | |

Sollte der für die Dokumente fakturierte Preis nicht kostendeckend sein?

Die Preise werden vom Bund festgelegt. Es besteht also kein Handlungsspielraum. Die Zunahme der Instruktionen führt zu zusätzlichen Kosten (z.B. Übersetzerhonorare). Diese Kosten können den Gemeinden nicht in Rechnung gestellt werden.

P1205

Wegweisung abgelehnter Asylbewerber

2011 wurden insgesamt 310 Personen durch die DBM weggewiesen. Diese Zahl setzt sich folgendermassen zusammen: Im Rahmen des Asylverfahrens wurden 168 Personen weggewiesen, darunter 121 aufgrund des Dublin-Assoziierungsabkommens. In Anwendung des Ausländergesetzes wurden 142 Personen weggewiesen. Bei diesen Personen handelt es sich teilweise um Illegale, Schwarzarbeiter oder um Personen, denen die Bewilligung entzogen wurde. Überdies haben 93 Personen (grösstenteils abgewiesene Asylbewerber) das Land freiwillig verlassen.

In buchhalterischer Hinsicht handelt es sich beim Aufwand *P1205 Organ. + Kontr. Wegweisung abgelehnter Asylbewerber* grösstenteils um Personalkosten und interne Verrechnungen. Zudem ist ein Betrag von 70'000 Franken für die medizinische Überwachung der Wegweisungen (Ambulanz, Arzt usw.) vorgesehen. Lediglich dieser Betrag von 70'000 Franken könnte sich je nach Anzahl Ausschaffungen verändern.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | <p>PM 1: Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über den Bevölkerungsschutz und die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen (GBBAL) wird noch in dieser Legislaturperiode stattfinden.</p> <p>PM 2: Nicht die Dienststelle, sondern die Polizei hat bei diesem Projekt die Federführung inne.</p> <p>PM 3: Das Erdbebenkonzept wird 2013 umgesetzt.</p> |

| | | |
|--|-----------|--|
| | | PM 5: Das Programm hat dieses Jahr begonnen und wird bis 2017 laufen. In diesem Zeitraum sollen verschiedene Themen behandelt werden. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilweise | Die Realisierungsfrist für die PM 5 (2017) scheint ziemlich lang. |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |

| | | |
|--|----|--|
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | Ind. 1: Könnten die Kriterien zur Messung der Einsatzfähigkeit genannt werden? Nein, da dies Sache der Gemeinden ist, welche die Beurteilung vornehmen. Zudem ist es an den Gemeinden, die Krisenstäbe auszubilden. Nicht alle Gemeinden erfüllen die Kriterien. Es besteht noch Verbesserungspotenzial. Nach Abschluss der Beurteilungen im Jahr 2013 wird es möglich sein, einen Indikator für das Budget 2014 zu liefern. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Ind. 2: Streichung der Präzisierung « während der letzten 4 Jahre ». In den Budgets der vergangenen Jahre wurden jeweils die Werte der letzten 4 Jahre aufgeführt (z.B. 2008 = 11, 2009 = 3, 2010 = 27, 2011 = 30). Diese Information wurde allerdings auf Ersuchen gestrichen. Der Wert von 30 wurde bestätigt und bleibt also gültig. Änderung von Indikator 2: <u>Anzahl Gemeinden, die während der letzten 4 Jahre an Stabsübungen teilgenommen haben.</u> |

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 3: Anlässlich der Revision des GBBAL war von 117 die Rede. Warum wurden hier 90 geplant?
Die Dienststelle antwortet, dass sie bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes keinen Einfluss auf die Anzahl Krisenstäbe hat.

| | | |
|--|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: Übertragung zwischen der Rubrik 30 und der Rubrik 31 (Tagesentschädigungen der FW-Instruktoren): Diese Übertragung wurde von der Finanzverwaltung angeordnet, da es sich ihrer Meinung nach nicht um einen Personalaufwand handelt. | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen: Die Dienststelle hat zwei zusätzliche Stellen beantragt, die vom Staatsrat allerdings | | |

| | | |
|-------------------------------------|--|--|
| abgelehnt wurden. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Indikatoren:

| |
|--|
| Ind. 2: Anzahl Gemeinden, die während der letzten 4 Jahre an Stabsübungen teilgenommen haben. |
|--|

Betreibungs- und Konkursämter

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| PM 6: Behandlung der elektronisch eingereichten Betreibungsbegehren (eSchKG-Standard): Es handelt | | |

sich um eine der Massnahmen, die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wurden. Das alte System wird wohl noch einige Jahre weiterbestehen. Die Dienststelle hat eine Beschleunigung des Prozesses verlangt und die ersten elektronischen Daten werden nächstes Jahr verfügbar sein.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|------|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 5: <i>Gibt es Vergleichszahlen mit der restlichen Schweiz?</i> Nein, es gibt keinen Gesamtüberblick über die Situation in der Schweiz. <i>Haben die Verzögerungen negative Folgen für die Privaten?</i> Momentan gibt es in den Ämtern keine grösseren Verzögerungen mehr zu verzeichnen. Allerdings müssen Abstriche bei der Qualität gemacht werden, um die Fristen einhalten zu können. | | |

| 4. Finanzressourcen | | |
|----------------------------|--|--|
| Erläuterungen | | |

| 5. Personal | | |
|---|--|--|
| Erläuterungen: <i>Werden die 5,5 zusätzlichen VZS ausreichen, um die Aufgaben der Dienststelle zu bewältigen?</i> Eine Arbeitsgruppe hat sich mit den Problemen der Betriebs- und Konkursämtern (BKA) befasst und schlägt in einem Bericht 11 Massnahmen zur Verbesserung der Situation in den Ämtern vor. Eine dieser Massnahmen ist die vorübergehende Erhöhung des Personalbestands. Es wurden auch Rationalisierungen durchgeführt, um den Personalbedarf zu senken. <i>Warum werden Personen mit befristetem Arbeitsverhältnis angestellt?</i> Momentan ist eine Zunahme der Anzahl Konkurse festzustellen, was allerdings nur vorübergehend sein könnte. Es ist wahrscheinlich, dass diese Zahl in den kommenden Jahren wieder rückläufig sein wird. Zudem werden die BKA momentan informatisiert, was einen Rückgang des Personalbedarfs zur Folge haben wird. | | |

| 6. Zusätzliche Informationen | | |
|-------------------------------------|--|--|
| Bemerkungen: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DSSI

| Elemente | | Kommentare |
|---|-----------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja/Nein | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilweise | PZ 2: PM 3: Ist die Frist (2016) angemessen? Die Dienststelle hat eine Vielzahl von Aufgaben, allerdings hat die Entschädigung der Opfer von Straftaten gemäss OHG oberste Priorität. |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1: PM 2: Die Departementsvorsteherin fordert Qualitätskriterien, wie beispielsweise Prägnanz. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen: | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Kantonspolizei

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | Ja | PM 8: Mit der neuen Strafprozessordnung sind verdeckte Ermittlungen gegen Pädophile im Internet nicht mehr möglich. Die vorgesehene Abänderung des Gesetzes über die Kantonspolizei wird die nötige Gesetzesgrundlage liefern, um diese Ermittlungen erneut durchzuführen (Motion 2.121). |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 2: Das Gesamtprojekt wird dem Grossen Rat Anfang 2013 unterbreitet werden. Die Umsetzung wird zwischen 2013 und 2014 erfolgen. PM 5: Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den Gemeindepolizeien: Der Bericht wird der Kommission ÖS am kommenden 16. Oktober in Savatan präsentiert. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den | Nein | |

| | | |
|--|--|--|
| Indikatoren angebracht werden? | | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Rubr. 31: Outsourcing der Gefangenentransporte: Da die Gefangenentransporte keine Sicherheitsprobleme aufwerfen, kann ein privates Unternehmen damit betraut werden. • Rubr. 43: Erhöhung im Zusammenhang mit den Ordnungsbussen. <p>Das Parlament hat in der Septembersession einen neuen Verteilungsschlüssel für den Kantonsanteil an der LSVA beschlossen und dabei den Anteil für die Kantonspolizei um 400'000 Franken gekürzt. Diese Kürzung wird eine Verringerung der Schwerverkehrskontrollen am Simplon und am Grossen Sankt Bernhard zur Folge haben. Der Kommandant der Kantonspolizei macht die Kommission darauf aufmerksam, dass es zu einer Zunahme der Verkehrsunfälle auf diesen beiden Verkehrsachsen kommen könnte. Er wiederholt, dass diese Kontrollen für die Verkehrssicherheit unabdingbar seien und dass die fehlenden Mittel nicht einfach bei der Kriminalitätsbekämpfung eingespart werden können. Der Kommissionspräsident schlägt vor, einen Abänderungsantrag einzureichen, um der Kantonspolizei die fehlenden 400'000 Franken aus der allgemeinen Staatskasse zuzuweisen. Wir haben es hier mit einem akuten Sicherheitsproblem zu tun und der Kommissionspräsident ist der Ansicht, dass die Kommission einschreiten muss, selbst wenn es nicht ihre Aufgabe ist, die Budgets auszugleichen. Der Kommissionspräsident erwartet Informationen seitens der FIKO, vertreten durch Daniel Porcellana, hinsichtlich der Vorgehensweise. Im vorliegenden Budget sind die 400'000 Franken nämlich nicht abgezogen.</p> | | |
| 5. Personal | | |
| Erläuterungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag mitberücksichtigt? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 5: Es sind Verbesserungen nötig, um die Kundenfreundlichkeit zu gewährleisten. Es gilt auch zu bedenken, dass diese Umbauarbeiten schlussendlich der Kantonspolizei, die diese Räumlichkeiten dereinst nutzen wird, zugutekommen werden. Es lohnt sich, diese Umbauarbeiten vorzunehmen, denn bis zur Eröffnung der neuen Niederlassung wird es mindestens noch fünf Jahre dauern. PM 6: Neuer Ökobonus. Das bestehende Bonussystem läuft 2012 aus und wird durch ein neues System ersetzt. Die Kriterien für den Ökobonus müssen verschärft werden, da mittlerweile die meisten Fahrzeuge nicht mehr als 130 Gramm CO ₂ pro Kilometer ausstossen. Für den neuen Ökobonus wird dieser Grenzwert auf 115 Gramm CO ₂ pro Kilometer gesenkt. Da weniger Fahrzeuge von diesem Bonus betroffen sein werden, ist bei Indikator 21 ein Rückgang vorgesehen. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: Die deutliche Zunahme des Ertrags ist auf die steigende Anzahl Fahrzeuge zurückzuführen. Da die Steuern in die Staatskasse fliessen, handelt es sich nicht um zusätzliche Einnahmen für die Dienststelle. | | |

| | | |
|--|--|--|
| 5. Personal | | |
| <p>Erläuterungen: Die von der Dienststelle beantragten zusätzlichen Expertenposten wurden nicht gewährt. Das neue Zentrum in St-Maurice steht zwar, ist aber aufgrund des Personalmangels (3 Experten fehlen) nicht voll ausgelastet. Die Dienststelle bedauert diesen Umstand, zumal diese Stellen mehr als selbstfinanziert sind. Es wurden Mitarbeitende mit provisorischem Arbeitsverhältnis (GETAC, KBM, IV, Praktikanten) angestellt. Ein Teil der Kontrollen wird durch den TCS gestützt auf einen Fünfjahresvertrag durchgeführt. Der Vertrag läuft bald aus und wird erneuert, da die Dienststelle nicht in der Lage ist, die 15'000 vom TCS durchgeführten Kontrollen zu übernehmen.</p> <p>Die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt ist ebenfalls von der Reduktion des LSVA-Anteils betroffen, zumal sie für die Erhebung der Abgabe zuständig ist. Die Fahrtschreiberkontrollen sind Voraussetzung für die Abgabenerhebung.</p> | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Der Präsident
Claude-Alain Richard

Der Berichterstatter
Sébastien Roh



Grand Conseil
Commission de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

Grosser Rat
Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
Dienststelle für Gesundheitswesen
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse
Dienststelle für Sozialwesen

Datum: 24.09.2012, 09.00 Uhr - 12.00 Uhr; 27.09.2012, 14.00 Uhr - 16.30 Uhr

Ort: Konferenzraum 6, Espace Porte de Conthey, Sitten

Kommission GSI

| Mitglieder | Vertreten von | 24.09.2012 | 27.09.2012 |
|---|----------------------|------------|------------|
| CACHAT Didier, PLR, Präsident | | X | X |
| MASSY-MITTAZ Marie-Noëlle, PDCC, Vizepräsidentin | | X | - |
| SCHMID Danielle, PDCC, Berichterstatlerin | | X | X |
| CARRON Camille, ADG (SPO-PS- VERTS-PCS) | | X | X |
| FOURNIER Didier, ADG (SPO- PS-VERTS-PCS) | | X | X |
| KALBERMATTEN Beatrice, Suppl., CVPO | | X | X |
| MONNEY Gilbert, Suppl., PLR | | X | X |
| PERROUD Bruno, Suppl., UDC | | LUYET Anne | X |
| REY Jérémie, PDCC | CORDONIER Gratien | X | X |
| ROCH Jean-Didier, PDCB | | X | X |
| SCHWESTERMAN Hans, CSPO | | X | X |
| VERNAY André, PLR | BALLAY Jasmine | X | X |
| VOIDE Nicolas, PDCB | BEYTRISON Anne-Marie | X | X |

Vertreter der FIKO: -

Vertreter der GPK: EMONET Daniel

Parlamentsdienst: SIERRO Nicolas

Departement für Sicherheit, Sozialwesen und Integration: Esther Waeber-Kalbermatten, Staatsrätin, Vorsteherin des DSSI; Anne-Laure Zufferey, Departementscontrolling; **Dienststelle für Sozialwesen:** Simon Darioli, Dienstchef; Pascal Dubuis, Finanzverantwortlicher; **Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse:** Nicolas Bolli, Dienstchef

Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|---------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Ja/Nein | |
| <p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>TZ 1.2: Jederzeit über die nötigen analytischen Kompetenzen für den Schutz des Konsumenten verfügen: Die Dienststelle bildet ihr Laborpersonal eher im Bereich des Trinkwassers, des Weins und der Authentizität der Lebensmittel aus. Dementsprechend werden die Investitionen für neue Analyseapparate in erster Linie in diesem Bereich getätigt. Im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung mit sämtlichen Westschweizer Verbraucherschutzdienststellen (GE, VD, NE, FR, JU und VS) beteiligt sich die Walliser Dienststelle an regionalen Kampagnen, um auch Kontrollen in Bereichen durchführen zu können, in denen sie selbst nicht über die nötigen Laborgerätschaften verfügt.</p> <p>TZ 1.3: Für die Kontrolle der aktiven Substanzen (Pestizide, Herbizide, Fungizide) in den Lebensmitteln arbeitet die Walliser Dienststelle mit der Genfer Dienststelle zusammen. Die Proben in diesem Bereich werden von der Walliser Dienststelle entnommen und von der Genfer Dienststelle analysiert. Die Folgemassnahmen betreffend diese Proben werden jeweils vom Kanton, der die Probe entnommen hat, ergriffen. Die Toleranz- und Grenzwerte für die aktiven Substanzen werden vom Bundesamt für Gesundheit gestützt auf toxikologische Untersuchungen festgelegt.</p> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | <p><i>Motion 1.118 (Zahnüberzug für Hunde): Wie weit ist man mit dieser vom Grossen Rat angenommenen Motion aus?</i></p> <p>Der Kantonstierarzt hat eine Anpassung des kantonalen Gesetzes, welches das eidgenössische Tierschutzgesetz vollzieht, vorbereitet. Zudem wurde eine diesbezügliche Weisung über die Verwendung von Maulkorb und Beisschutz verfasst. Nach einer positiven Vormeinung des Rechtsdienstes des Departements wird das Dossier an den Staatsrat weitergeleitet und schliesslich dem Grossen Rat unterbreitet werden.</p> |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ad 1: Das Trinkwasser wird als prioritäre Massnahme beibehalten. Gegenwärtig werden für diesen Bereich (Analysen und Inspektionen) 4,5 VZS eingesetzt. Die Inspektionen der Wasserversorgungsinfrastrukturen finden alle 5 Jahre statt. Künftig will man dieses Intervall verkürzen, was allerdings zusätzliches Personal bedingt.</p> <p>Ad 3: Informationen über die Bienen.</p> <p>Das Veterinäramt ist nur für die gesundheitlichen Aspekte (gewisse in der Tierseuchengesetzgebung spezifizierte Krankheiten) zuständig. Die Fragen im Zusammenhang mit den Hilfen, der Ausbildung und der</p> | | |

Beratung im Bereich der Bienenzucht fallen in die Zuständigkeit der Dienststelle für Landwirtschaft sowie der Verbände. Gegenwärtig durchleben die Bienenzüchter schwierige Zeiten. Die Bienen sterben ihnen weg und die Pflege des Bienenstocks wird immer schwieriger. Dieses Problem müsste vom künftigen Bienengesundheitsdienst behandelt werden. Dieser Dienst wird ein Kompetenzzentrum für die Bienenzucht sein und sich mit Fragen im Tätigkeitsbereich der Dienststelle für Landwirtschaft und unserer Dienststelle sowie mit Forschungsaspekten befassen. Wir setzen grosse Hoffnungen in diesen globaleren Ansatz.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|---|------|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <i>Welchen Einfluss hat die Schaffung einer zusätzlichen Vollzeitstelle für 2013 (Hundewesen) auf die Indikatoren?</i> Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Die Indikatoren spiegeln die im Verlauf des Jahres aufgetretenen Fälle wider (oder stellen Zukunftsprognosen dar). Sie sind nicht Ausdruck einer Gewichtung. Gegenwärtig räumt die Dienststelle der Behandlung der Hundeangriffe Priorität ein. Die Dienststelle behandelt also alle Meldungen, will aber mit der zusätzlichen Stelle die Verwaltung und Weiterverfolgung dieser Fälle verbessern.</p> | | |

| 4. Finanzressourcen | | |
|---|--|--|
| <p>Erläuterungen: <i>Können die neuen Personalressourcen durch zusätzliche Einnahmen finanziert werden?</i> Gestützt auf das Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände können Gebühren erhoben werden. Bei Nichtkonformität sind die Kosten für die Analysen und/oder Inspektionen von der betroffenen Person/Einrichtung zu zahlen. Das trifft auf rund 10% der Fälle zu. Es ist unwahrscheinlich, dass ein zusätzlicher Posten durch eine Gebührenerhöhung finanziert werden kann. Im Bereich der Tierseuchenbekämpfung werden zuweilen Bussen für Handlungen, die zu einer Tierseuche führen könnten, verhängt. In den übrigen Bereichen werden Gebühren erhoben. Die Tierschutz- und Lebensmittelgesetzgebung erlaubt es uns nicht, Bussen festzulegen. Die Gebührenerhebung soll ermöglichen, die vom Veterinäramt für die Behandlung der verschiedenen Fälle aufgewendeten Kosten zu decken. Eine Deckung der Kosten im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen Stelle wäre nur teilweise möglich.</p> | | |

| 5. Personal | | |
|---|--|--|
| <p>Erläuterungen: <i>Warum nehmen die Personalkosten bei der DVSV ab?</i> Es wurden jüngere Mitarbeitende angestellt. Anlässlich von Personalabgängen und bis zur Anstellung der neuen Mitarbeitenden kommt es während einiger Monate zu (unbezahlten) Vakanzen. <i>Könnte das bei der DVSV «eingesparte» Geld (Rubrik 31) für die Anstellung neuer Mitarbeitender verwendet werden?</i> Ausgeschlossen. Die Übertragung von Mitteln zwischen den Rubriken 31 und 30 ist nicht möglich.</p> | | |

| 6. Zusätzliche Informationen | | |
|---|--|--|
| <p>Bemerkungen <i>Kann der Mittelbedarf für die Ausbildung der Gemeindedelegierten (Hundewesen) beziffert werden?</i> Das Veterinäramt hat die Struktur dieser Ausbildung noch nicht erarbeitet. Falls die Dienststelle eine zusätzliche Stelle erhalten sollte, so könnte das nach Einarbeitung des neuen Mitarbeitenden erfolgen. Diese Ausbildung würde durch die Mitarbeitenden der Dienststelle erteilt werden, wie es bereits für die Aspiranten der Kantonspolizei der Fall ist. Die Kosten für diese Ausbildung wären also relativ bescheiden. Die Dienststelle hat den Gemeindepolizeiverband kontaktiert, um abzuklären, ob eine Integration dieser Ausbildung in die Weiterbildungskurse oder jährliche Treffen möglich wären.</p> | | |

Verschiedenes:

Welchen Einfluss hat die Anpassung des Tierseuchengesetzes auf das Budget des Veterinäramts?

Diese Anpassung sollte keine oder nur geringfügige finanzielle Auswirkungen haben.

Sollte die Prävention/Ausbildung im Bereich des Tierschutzes intensiviert werden?

Für viele Tierarten ist die Ausbildung der neuen Tierhalter obligatorisch.

Die Dienststelle für Landwirtschaft sowie die Verbände und Vereine sind für diesen Aspekt zuständig. Das Veterinäramt hat eine Reihe von Kontrollaufgaben, die in der Gesetzgebung klar definiert sind. Ausbildung und Beratung sind allerdings nicht Teil dieser Aufgaben.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Gesundheitswesen

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen TZ 1.6: <i>Wurde Radio Chablais endlich integriert?</i> Was die Prävention und die Radiosendungen anbelangt, führt die DGW Gespräche mit den Radiosendern (RRO und Radio Chablais) hinsichtlich der Erarbeitung «gemeinsamer» Sendungen, also über die gleichen Themen, aber mit unterschiedlichen Interviewpartnern. Diese Gespräche laufen und dürften 2013 zu einem Resultat führen. | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | PM 9: <i>Warum eine so lange Realisierungsfrist?</i> Diese Koordination ist Gegenstand eines Pilotprojekts. Die Diskussionen sollten im Januar 2013 zu einem Ergebnis führen. Probleme im Zusammenhang mit den Statuten und den gesetzlichen Fristen verzögern das Projekt. In der Zwischenzeit haben die Verbindungspflegefachpersonen ihre Arbeit aufgenommen. Die Formalisierung dieser Verbindungsstruktur in einem Gesetz dürfte noch eine Weile auf sich warten lassen (Referendum gegen das |

| | | |
|---|-----------|---|
| | | Gesetz über die Langzeitpflege und das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme). |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Teilweise | Wie ist der Stand der Verwirklichung der <u>Motion 1.170</u> betreffend die Unabhängigkeit der kantonalen Kommission für die Patientensicherheit und die Pflegequalität? Wie der Kommission GSI weiss, ist diese Kommission gegenwärtig nicht aktiv. Momentan werden Überlegungen angestellt, um sie in den kommenden Monaten zu reaktivieren. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 1: <i>Diese Massnahme ist unverständlich, können Sie sie erläutern?</i> Die Qualitätsindikatoren für die Spitäler werden gegenwärtig auf nationaler Ebene durch den ANQ (Nationaler Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken) verwaltet. Für die übrigen Tätigkeitsbereiche (APH, SMZ, Rettungswesen usw.) gibt es bislang keine nationalen Standards. Im Rahmen dieser Kommission könnten diese Qualitätsindikatoren erarbeitet werden. <i>Wie weit ist man mit der Bildung dieser Kommission? Wird sie bald einsatzbereit sein?</i> Es ist vorgesehen, die Zusammensetzung einer neuen Kommission bis Ende 2012 festzulegen. Die Daten betreffend die Qualität der Akutpflege werden auf nationaler Ebene bereits gesammelt. Die Einführung des Patientendossiers dürfte einen besseren Überblick über die Qualität der gesamten Behandlungskette ermöglichen.</p> <p>PM 3: <i>Verfügt die Dienststelle über einen präzisen Zeitplan?</i> Ende März 2013 wird die von Nationalrat Stéphane Rossini präsierte ausserparlamentarische Kommission dem DFIG einen Gesetzesentwurf zusammen mit einem Bericht unterbreiten. Das DFIG wird diesen Gesetzesentwurf voraussichtlich Mitte 2013 in die Vernehmlassung schicken. Im Anschluss an die Vernehmlassung wird das ordentliche parlamentarische Verfahren seinen Lauf nehmen.</p> <p>PM 5: <i>Welche hauptsächlich Massnahmen wurden bereits umgesetzt?</i> Die Schaffung eines Kantonsarztamts mit der Ernennung von Christian Ambord (noch nicht vollständig im Amt und für diese Sitzung entschuldigt), die Ernennung eines neuen Chefs der Dienststelle für Gesundheitswesen in der Person von Victor Fournier. Das Vorantreiben der Konzentration der Akutpflege. Die Studie betreffend die Zweckmässigkeit eines einzigen Standorts im Oberwallis. Die Schaffung einer Anlaufstelle für Anliegen von Patienten und Angehörigen im Spital Sitten für das Mittel- und Unterwallis. <i>Wird das kantonale Gesundheitsobservatorium endlich von der Dienststelle für Gesundheitswesen unabhängig sein?</i> Es wurde ein neuer Direktor ernannt. Das Walliser Gesundheitsobservatorium (WGO) hat den Auftrag, gesundheitsrelevante Daten zu sammeln, kontrollieren, analysieren, interpretieren und verbreiten. Das WGO bearbeitet diese Daten, um nützliche Informationen in Sachen Gesundheitswesen zu produzieren. Diese Informationen richten sich an die Gesundheitsbehörden, die Gesundheitsfachpersonen und die Bevölkerung. Die Angliederung des WGO wird momentan von einer ausserparlamentarischen Kommission analysiert. Staatsrat Maurice Tornay unterstreicht, dass die Aufgaben des WGO klar an den Kanton gebunden sind, mit Ausnahme der Kodierung der Spitalleistungen, die gegenwärtig vom GNW übernommen wird. Der Departementsvorsteher weist auch darauf hin, dass die erhaltenen Informationen neutral verwaltet werden müssen.</p> <p>PM 6: <i>Sollte nicht das neue Gesetz abgewartet werden, bevor man Studien über die Zweckmässigkeit der Schaffung eines neuen Spitalstandorts in Angriff nimmt?</i> Die Studie betrifft die Zweckmässigkeit der Schaffung eines einzigen Akutpflegestandorts im Oberwallis. Diese Studie muss parallel zur Erarbeitung des neuen Gesetzes durchgeführt werden. Staatsrat Maurice Tornay weist auch darauf hin, dass dies einige Zeit in Anspruch nehmen wird, da im Gesetz ein Akutpflegestandort für den deutschsprachigen Kantonsteil verankert werden muss. Die Schaffung eines einzigen Standorts im Oberwallis dürfte – falls die Studien die Notwendigkeit belegen – nicht vor 2020-</p> | | |

2030 erfolgen.

PM 11: *Wie ist der Stand der Dinge in Sachen Ambulanzenplanung? Welche Investitionen tätigt das GNW im Transportbereich?*

Die Transporte werden momentan von der KWRO organisiert und von kantonal zugelassenen Unternehmen durchgeführt. Die aktuellen Kosten sind im Budget der Spitäler (2,5 bis 3 Millionen Franken) integriert. Es handelt sich also um eine wirtschaftliche Nutzung des Vorhandenen.

PM 12: *Wie sehen diese Massnahmen aus?*

Die Unterstützung der Hausarztausbildung (Westschweizer Ausbildungsgang) beläuft sich auf 400'000 Franken. Die Anzahl Hausärzte, die diesen Ausbildungsgang absolviert haben, hat sich verdreifacht.

Das DFIG hat eine von Professor Pécoud präsierte Expertenkommission eingesetzt. Diese Kommission, die ihren ersten Bericht Ende Dezember 2012 unterbreiten sollte, prüft in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinwesen sämtliche Massnahmen, die den Zugang zur Hausarztmedizin in unserem Kanton erleichtern können. In diesem Rahmen werden auch Überlegungen hinsichtlich der Schaffung von Bereitschafts- oder Gesundheitspraxen angestellt.

PM 13: Erläuterungen:

Der Kanton versucht, den Walliser Versicherten die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht in einen finanziellen Engpass geraten. Die vom Bundesamt für Gesundheit durchgeführten Beurteilungen belegen die Qualität unseres Subventionierungssystems. Das DFIG möchte diese Praxis beibehalten.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|------|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 1: *Kann nach einem Jahr Tätigkeit von Dr. Dellabianca ein erstes Fazit gezogen werden?*

Dr. Dellabianca rekrutiert Assistenzärzte, die ihr Praktikum in den Spitälern und Arztpraxen absolvieren. Das Interesse an dieser Ausbildung nimmt ständig zu. Die Zahl der Berufsausübungsbewilligungen ist zwischen 2011 und 2012 stabil geblieben.

Ind. 2: *Liegen noch immer keine Zahlen vor?*

Da die Kommission nicht aktiv ist, werden die Zwischenfallmeldungen auch nicht durch diese Kommission behandelt.

Ind. 6: *Wie sieht das Verhältnis zwischen dem Pflegepersonal und dem Verwaltungspersonal aus?*

Die Entwicklung der VZS präsentiert sich folgendermassen:

| RSV sans HDC | Ø EPT 2010 effectifs | Ø EPT 2011 effectifs | Ø EPT 2012 BUDGET | Ecart s EPT Ø budget Qté | % |
|-----------------------------------|-------------------------|-------------------------|----------------------|-----------------------------|--------|
| MEDECINS | 404.10 | 410.89 | 434.40 | 23.51 | 5.72% |
| PERSONNEL SOIGNANT | 1'437.26 | 1'464.96 | 1'465.95 | 0.99 | 0.07% |
| PERSONNEL MEDICO-TECHNIQUE | 329.92 | 333.71 | 342.09 | 8.38 | 2.51% |
| PERSONNEL MEDICO-THERAPEUTIQUE | 113.20 | 118.12 | 121.45 | 3.33 | 2.82% |
| SERVCE SOCIAUX | 13.86 | 15.18 | 14.61 | -0.57 | -3.75% |
| PERSONNEL DE MAISON ET DE CUISINE | 485.28 | 493.85 | 506.15 | 12.30 | 2.49% |
| SERVCS LOGISTIQUE S ET TECHNIQUES | 57.64 | 69.70 | 77.36 | 7.66 | 10.99% |
| PERSONNEL ADMINISTRATIF | 478.16 | 494.33 | 537.36 | 43.03 | 8.70% |
| HONORAIRES MEDECINS | 11.43 | 21.22 | 22.55 | 1.33 | 6.27% |
| PRESTATIONS MEDICALES DE TIERS | 4.90 | 7.34 | 7.83 | 0.49 | 6.68% |
| TOTAL | 3'335.75 | 3'429.30 | 3'529.75 | 100.45 | 2.93% |

Die VZS 2013 des GNW wurden vom Verwaltungsrat noch nicht festgelegt.

Ind. 10: *Ist dies das Ergebnis einer Zunahme der ambulanten Behandlung?*

Ja, es handelt sich um eine neue Strategie, die vorsieht, dass nur die sehr ernstesten Fälle hospitalisiert werden. Die Behandlung von Psychiatriepatienten erfolgt also zunehmend ambulant und nicht mehr stationär. Diese Praxisänderung lässt sich auch in anderen Kantonen beobachten.

Ind. 13: *Macht das Infrastruktursystem die gleiche Entwicklung durch?*

Die Anzahl Pfl egetage umfasst auch die Pflege durch das mobile Team. Auch im Oberwallis ist es zu einer Entwicklung dieser Betreuung gekommen. Für die Struktur ist keine Entwicklung vorgesehen.

Ind. 18: *Warum sind die Stunden für Pflegeleistungen rückläufig, wenn der Staat die Pflege zu Hause doch verstärken will?*

Es handelt sich um eine Korrektur der Zahlen im Vergleich zur Planung und nicht etwa um einen Rückgang. Dieser Indikator zeigt, wie schwierig sich die Umsetzung der vom Staatsrat beschlossenen Planung der Langzeitpflege gestaltet. Diese von den Gemeinden verwalteten Leistungen entwickeln sich nicht so schnell, wie man sich das wünschen würde.

Ind. 19: Es werden zusätzliche Informationen betreffend diesen Rückgang verlangt.

Idem Ind. 18

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 36: *Was stellt die KWRO mit diesem zusätzlichen Geld an?*

Es wird für die Umsetzung des Katastrophenkonzepts und die Anschaffung eines im Chablais stationierten interkantonalen Fahrzeugs eingesetzt. Der Kanton muss einen Teil der Kosten der Ambulanzen übernehmen, da der festgelegte Finanzierungstarif nicht an die geografisch bedingten Mehrkosten angepasst ist (über 1 Million Franken).

Insgesamt beträgt die Zunahme 44 Millionen Franken. Die Rubrik 36 weist die stärkste Zunahme auf, da es sich um Ausgaben in drei Bereichen handelt:

- Langzeitpflege,
- Spitalwesen,
- Krankenkassen.

Was die KWRO anbelangt, ist die Zunahme um 1,7 Millionen Franken auf die Erhöhung der Beiträge für die Ambulanzunternehmen, die Umsetzung des Konzepts «Grossereignisse» und die Erhöhung des Personalbestands für die Notrufzentrale 144 zurückzuführen. Victor Fournier weist auf die Ungewissheiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Notrufzentrale durch die Versicherer hin, da sich diese nicht auf eine dauerhafte Beteiligung (rund 2,5 Millionen Franken) einlassen wollen.

Rubr. 5: *Die Reduktion der Investitionsausgaben in Höhe von 1,6 Millionen Franken durch die Übertragung von Infrastrukturen des Spitals Monthey auf den Kanton im Jahr 2012. Können Sie diese Bemerkung erklären?*

Dieser Betrag entspricht der Entschädigung, die der Kanton Wallis an den Spitalverein des Chablais für die Übertragung des Spitals Monthey auf den Kanton entrichtet hat.

5. Personal

Erläuterungen:

Wie werden die Bewilligungen für ausserkantonale Hospitalisierungen verwaltet?

Die Kostengutsprachen für die unterbreiteten Fälle werden von den drei Vertrauensärzten bewilligt oder abgelehnt. Im Zweifelsfall nehmen sie Rücksprache mit dem Spital Wallis.

Infolge der Einführung der freien Spitalwahl hat der Staatsrat der DGW eine halbe Stelle für die Verwaltung der ausserkantonalen Hospitalisierungen gewährt. Die Zahl der von der DGW bezahlten Fälle hat in der Tat stark zugenommen (von rund 18 Millionen Franken im Jahr 2011 auf geschätzte 38 Millionen Franken im Jahr 2012).

Handelt es sich um Allgemeinärzte oder um Spezialisten?

Bei komplexen Fällen kann ein Spezialist beigezogen werden.

| 6. Zusätzliche Informationen | | |
|---|--|--|
| <p>Bemerkungen:</p> <p>Punkt 364: Ärztlicher Bereitschaftsdienst - Erklärungen bitte!</p> <p>Der vom Kanton, der KWRO und dem Walliser Ärzterverband ins Leben gerufene ärztliche Bereitschaftsdienst gewährleistet die telefonische medizinische Beratung am Abend und am Wochenende. Dieses Projekt hat äusserst positive Auswirkungen und verhindert unnötige Hospitalisierungen. Die Krankenversicherer anerkennen diese positiven Auswirkungen zwar, sind aber nicht dazu bereit, sich direkt an der Finanzierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes zu beteiligen, da sich diese Anforderung nicht aus dem KVG ergibt.</p> <p>P 1203 Privatkliniken – Wie haben Sie diese Privatkliniken budgetiert?</p> <p>Für sämtliche Partner der DGW wird im Hinblick auf die Unterbreitung des Budgetentwurfs zuhanden des Staatsrates ein detailliertes Budget erstellt.</p> <p>P1201 GNW – Wie wurde budgetiert?</p> <p>Siehe obige Antwort.</p> <p>P1201 - 564 Umbau des Notfalls in Visp – Was rechtfertigt die Investition für den Umbau des Notfalls in Visp angesichts der Tatsache, dass die Studien betreffend die Schaffung eines Spitalzentrums im Oberwallis noch nicht abgeschlossen sind?</p> <p>Dieser Umbau war bereits geplant, was hier erscheint, ist lediglich die Realisierung. Diese Investition wird noch vor der Schaffung eines einzigen Spitalzentrums im Oberwallis amortisiert sein. Der Staatsrat hatte diesen Umbau für einen Betrag von 7,2 Millionen Franken bereits 2010 beschlossen. Der Umbau ist kurzfristig notwendig. Die Spitalorganisation im Oberwallis dürfte denn auch vor 2020-2030 keine grösseren Veränderungen erfahren (cf. ad2 Punkt 6).</p> <p>P1204 – Ausserkantonale Hospitalisationen – Wie ist man auf diese Zahl gekommen?</p> <p>Infolge der Einführung der freien Spitalwahl ist es sehr schwierig, die ausserkantonalen Hospitalisierungen für die Jahre 2012/2013 einzuschätzen. Nichtsdestotrotz konnten gestützt auf die Statistiken des Bundesamts für Gesundheit und die von den Spitälern ausgehandelten Tarife Hochrechnungen angestellt werden. Eine erste Bilanz kann allerdings erst im Juni 2013 gezogen werden.</p> <p>PG 13 P1303 – Wurde die Fusion der beiden Zentralen in der Rechnung/Bilanz der KWRO berücksichtigt? Können Erläuterungen zur Rechnung der KWRO abgegeben werden?</p> <p>Die Elemente betreffend die Fusion der beiden Notrufzentralen (Polizei und Rettungswesen) wurden natürlich von der KWRO eingeplant. Die Fusion der beiden Zentralen wurde für das Budget berücksichtigt. Gemäss Wunsch der Kommission wird die DGW den Verwaltungsbericht 2011 und die Rechnung der KWRO übermitteln.</p> <p>PG 13 P1305 – Verbindungsstruktur zwischen den Institutionen – Wie sieht diese Verbindungsstruktur konkret aus?</p> <p>Es handelt sich um Verbindungspflegefachpersonen (prioritäre Massnahmen ad2 - 9).</p> | | |

Verschiedenes:

Referendum gegen das Gesetz über die Langzeitpflege → Wie ist der Stand der Dinge?

Staatsrat Maurice Tornay unterstreicht, dass das Referendum nur gegen ein einziges Gesetz und nicht etwa auch gegen das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme ergriffen worden ist. Die Gültigkeit des Referendums wird momentan geprüft. Diese Fragen werden von den Juristen der Staatskanzlei analysiert, bevor sich der Staatsrat dazu ausspricht.

Tagesstätten

Wurde der Kantonsbeitrag für die Tagesstätten gekürzt?

Infolge des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung im Jahr 2011 wurde die Finanzierung der Tagesstätten angepasst. Im Jahr 2010 wurde den Tagesstätten noch ein Pauschalbetrag von 45 Franken für die Betreuung der betagten Personen entrichtet. Mit der neuen Pflegefinanzierung ist es an den Krankenversicherern und am Kanton, die Pflegekosten zu decken. Zusätzlich zu dieser Finanzierung gewährt der Kanton eine Pauschale von 25 Franken für die soziale Betreuung und die Hotellerieleistungen sowie für die Animation. Die kantonalen Budgets für die Tagesstätten wurden also infolge des Inkrafttretens des neuen Gesetzes nicht gekürzt.

Informatik APH-SMZ

Staatsrat Maurice Tornay informiert auch über das Projekt zur Informatisierung der APH-SMZ. Die Informatisierung des Walliser Gesundheitssektors ist unabdingbar, um einen kohärenten Überblick über die Betreuung der Patienten im Wallis zu erhalten. Im Rahmen des Projekts zur Informatisierung der APH-SMZ ist am kommenden 1. Oktober eine Sitzung geplant, an der die Anstalten über die globale Projektstrategie informiert werden sollen. Ziel ist es, sämtliche Anstalten für dieses Projekt zu gewinnen. Nur wenn alle mitmachen, kann der elektronische Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Leistungserbringern (Spitäler, APH, SMZ, private Ärzte, Apotheker usw.) gewährleistet und somit die Sicherheit und Qualität der Betreuung der Walliserinnen und Walliser verbessert werden.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Betreffend Indikator 2 (Anzahl weitergeleitete Zwischenfallmeldungen) hatte die Kommission anlässlich der Erarbeitung des Budgets 2012 verlangt, dass die Tendenzpfeile durch Zahlen ersetzt werden. Das ist noch immer nicht geschehen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| - | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

PM 1: Gibt es eine Planung für die Asbestsanierungen im Wallis? Seit 2-3 Jahren befasst sich eine vom Kantonsarchitekten Olivier Galletti präsierte Kommission mit diesem Thema. Das Problem wird nicht überall im Kanton gleich wahrgenommen. Es besteht keine Bescheinigungspflicht in Sachen Asbestanalyse, wie dies im Kanton Waadt der Fall ist. Die Kosten sind beträchtlich, wenn Asbest nachgewiesen wird. Die Analyse selbst ist allerdings nicht sehr kostspielig. Zudem müssen die Kosten für die Asbestsanierungen den sozialen Kosten im Zusammenhang mit den asbestbedingten Krankheiten gegenübergestellt werden. Die Kommission wird die Einreichung eines Postulats betreffend die Zweckmässigkeit einer Bescheinigungspflicht in Sachen Asbestanalyse prüfen. Die Dienststelle schlägt vor, als Schnittstelle zwischen der Kommission und der Dienststelle für Hochbau betreffend die ergriffenen Massnahmen in Sachen Asbest in den öffentlichen Gebäuden zu fungieren.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|------|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 1 - Ind. 2: Die Differenz zwischen der Planung 2012 und 2013 erklärt sich durch die Arbeit des neuen ASA-Inspektors, der 2012 angestellt wurde. Die Dienststelle weist darauf hin, dass sich die Investitionen im Bereich der Arbeitssicherheit durchaus lohnen, da dadurch beträchtliche Gesundheitskosten vermieden werden können.

Ind. 4: Die Kommission ist der Ansicht, dass ein Prozentsatz von 70% angesichts der im Jahr 2011 realisierten 88% doch sehr vorsichtig ist. Die Dienststelle erklärt, dass die anstehenden Veränderungen im Personalbereich (insbesondere Pensionierung erfahrener Mitarbeiter) wahrscheinlich zu einem Rückgang des Prozentsatzes führen werden. Wenn der Prozentsatz der beigelegten Arbeitsstreitigkeiten sinkt, bedeutet dies eine Zunahme der Fälle für das Arbeitsgericht.

Ind. 5: Der Bausektor verfügt seit dem 1. Januar 2012 über keinen nationalen GAV mehr. Der Kanton hat dem Problem seit 2011 vorgegriffen und einen obligatorischen Normalarbeitsvertrag eingeführt, der den Schutz der Arbeitnehmenden gewährleistet. Der Normalarbeitsvertrag wird so lange gelten, bis der nationale GAV eingeführt wird.

| 4. Finanzressourcen | | |
|--|--|--|
| Erläuterungen: | | |
| 30: Der Rückgang ist auf die Pensionierungen zurückzuführen. Die neuen Mitarbeitenden werden weniger Erfahrungsanteile haben. | | |

| 5. Personal | | |
|---|--|--|
| <i>Reicht der Personalbestand, um die Aufgaben der Dienststelle zu erfüllen?</i> Die Arbeitsbelastung ist hoch, aber der 2012 angestellte Arbeitsinspektor hat für eine Verbesserung der Situation gesorgt. Die Dienststelle wird mit den bestehenden Personalressourcen ihr Möglichstes tun. | | |

| 6. Zusätzliche Informationen | | |
|------------------------------|--|--|
| Bemerkungen | | |

Verschiedenes:

Der Parlamentsdienst unterbreitet ein Frage über die **Samstagsarbeit auf den Baustellen**. Diese Problematik wurde von der thematischen Kommission VE anlässlich der Prüfung des Leistungsauftrags der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit erörtert. Die Dienststelle erklärt, dass das Bundesgesetz die Samstagsarbeit nicht verbietet, solange nicht mehr als 5 Tage pro Woche gearbeitet wird. Unternehmen, die nicht einem erweiterten GAV unterstellt sind, können also die Samstagsarbeit vorsehen. Zwei Arbeitsinspektoren führen jeweils am Samstag Kontrollen durch, oft auf Anzeige von Konkurrenzunternehmen hin. Die erptapten Unternehmen werden gebüsst.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Keine Änderungsanträge

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-

Dienststelle für Sozialwesen

| Elemente | | Kommentare |
|---|------|------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <p>Einführung der Bestimmungen im Zusammenhang mit der NFA II: Das Gesetz über die Langzeitpflege und das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung wurden im Rahmen des NFA II-Pakets miteinander verknüpft. Das Referendum gegen das Gesetz über die Langzeitpflege hat zur Folge, dass sowohl dieses Gesetz als auch das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme nicht auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden können. Das bedeutet wiederum, dass der neue Aufteilungsschlüssel (70% Kanton / 30% Gemeinden) nicht in Kraft treten kann und der bislang angewendete Aufteilungsschlüssel (63% Kanton / 37% Gemeinden) im Jahr 2013 weiterhin gilt. In finanzieller Hinsicht hat dies eine Erhöhung des Gemeindeanteils im Sozialbereich von 9 Millionen Franken zur Folge. Dieser Betrag dürfte durch eine vergleichbare Mehrbelastung des Kantons (Dienststelle für Gesundheitswesen) kompensiert werden.</p> <p>Bedarf der Institutionen: Im Rahmen des Budgets 2012 fand eine ausgedehnte Debatte statt, die schliesslich dazu führte, dass der Grosse Rat die vom Departement vorgesehene Subventionierung um 3,1 Millionen Franken erhöhte. Für 2013 hat der Dialog mit den Institutionen früher stattgefunden und der Bedarf in Sachen Betrieb und Investitionen wird durch die Subventionierung 2013 gedeckt, die sich auf 75,5 Millionen Franken beläuft (P1203 Rubrik 365).</p> <p>Planung des Bedarfs der Institutionen: Die Dienststelle ist gerade dabei, eine Bedarfsplanung für 3-4 Jahre abzuschliessen. Der Bericht, der demnächst veröffentlicht wird, ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit mit sämtlichen Institutionen und den anderen Kantonen.</p> <p>Betriebsreservefonds: In ihrem Bericht zum Budget 2012 hatte die FIKO das Departement aufgefordert, den maximal zulässigen Betrag der Fonds, die in der Richtlinie betreffend die Institutionen festgelegt sind, nach unten zu korrigieren. Die Änderungen wurden vorgenommen und der Maximalbetrag reduziert (maximal 10%). Die Dienststelle weist darauf hin, dass diese Fonds nötig sind, um die Fluktuationen in den Institutionen zu kompensieren.</p> | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <i>Muss infolge der Änderung des Ausländergesetzes das Teilziel 4 angepasst und angegeben werden, dass die Aufnahme der Asylbewerbenden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfolgen muss. Die Departementsvorsteherin spricht sich gegen eine Änderung dieses Teilziels aus. Sie möchte den Expertenbericht und die Ergebnisse der mit dieser Frage betrauten Arbeitsgruppe abwarten.</i></p> | | |

| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
|--|------|---|
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | Postulat 2.169 betreffend die Schaffung eines dienststellenübergreifenden Pools für die administrative Begleitung der behinderten Personen. Die Dienststelle für Sozialwesen meldet Bedenken auf operativer Ebene im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Dienststelle an. Das Postulat wird entsprechend beantwortet werden. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1: Das Pilotprojekt besteht in der Bildung von Tandems zwischen einem Sozialberater und einem RAV-Berater zur gemeinsamen Dossierbearbeitung. Damit soll vermieden werden, dass die Dossiers zwischen den Dienststellen hin- und hergeschoben werden. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 5 Beherbergungsplätze: Walliser werden ausserhalb des Kantons in sehr spezialisierten Institutionen wie Nottwil oder Lavigny oder in spezialisierten APH (psychische Behinderungen) untergebracht. Die Bedarfsplanung wird den Gesuchen gewisser kantonaler Institutionen um die Aufnahme von Personen, die bislang ausserhalb des Kantons untergebracht waren, Rechnung tragen. Die Dienststelle weist auf die Schwierigkeit hin, Personen zurückzuholen, die seit Jahren in einer ausserkantonalen Institution leben. Ind. 6 Beschäftigungsplätze: Die Differenz ist auf die Nichtberücksichtigung der Tagesstätten unter Geplant 2012 zurückzuführen. Die effektive Zunahme beträgt 60 Plätze. Ind. 12: Der Kanton hat keinen Einfluss auf die Zahl der Asylbewerber und der Flüchtlinge, die der Bund im Wallis unterbringt. Das Wallis muss 3,9% übernehmen. Das entspricht über 1'000 Fällen per 30. Juni 2012. Ind. 13: Die Zahl der NEE beläuft sich per 30. Juni 2012 bereits auf 273. Ind. 16: Der erste Integrationsschritt besteht im Erlernen der Sprache. Deshalb wird auch der Schwerpunkt darauf gelegt, anschliessend werden Grundausbildungen (Landwirtschaft, Gastgewerbe) organisiert. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen 30: Die Zunahme hängt mit dem Asylwesen zusammen. Es handelt sich um Hilfsangestellte mit befristetem Arbeitsverhältnis, die vom Bund subventioniert werden. Der GAV für die Sozialarbeiter ist nicht in Kraft und wurde deshalb für das Budget 2013 auch nicht berücksichtigt. 36: Erhöhung der Subventionen an die Institutionen (rund 4 Millionen Franken) <ul style="list-style-type: none"> • La Castalie: + 43'000.- • SMZ: + 1'217'000.- • Platzierungen ausserhalb des Kantons: + 483'000.- • Betrieb der Institutionen: + 2'050'000.- (plus Lohnentwicklung von 1,5%). 2012 mussten die Institutionen ihre Reservefonds nicht anzapfen, um die Betriebskosten zu finanzieren, aber gewisse Entwicklungsprojekte wurden verschoben. Es kam zu keinen Leistungskürzungen und für 2012 werden mit Sicherheit keine zusätzlichen Subventionsgesuche gestellt werden. Insgesamt hat man | | |

die Finanzsituation der Institutionen im Rahmen des Budgets im Griff. Die Institutionen beklagen sich darüber, dass das Budget bereits Ende März vor Rechnungsabschluss übermittelt werden muss. Die Dienststelle präzisiert, dass die Lohnkosten 80% des Budgets der Institutionen ausmachen und man deshalb nicht unbedingt die endgültige Genehmigung des Rechnungskontrollorgans braucht, bevor man die Bedarfsplanung für das kommende Jahr in Angriff nimmt.

Die Bedarfsplanung sollte auch die Subventionierung erleichtern. Die Stossrichtungen für die kommenden Jahre sehen folgendermassen aus:

- insgesamt gibt es in der Westschweiz zu viele Plätze im Bereich der Suchtkrankheiten; eine Reduktion wäre denkbar;
- die Bedürfnisse im Bereich der geistigen Behinderung sind gedeckt;
- im Bereich der psychischen Behinderung wird sich ein deutlicher Mangel bemerkbar machen.

Im Wallis gibt es keine Unterbringungen in geschlossenen Einrichtungen zu therapeutischen Zwecken gemäss Artikel 56ff. des Strafgesetzbuches. Es muss eine Westschweizer Lösung gefunden werden.

46: Die Zunahme hängt mit der Beteiligung der Gemeinden zusammen (37% anstatt der 30%, die gemäss NFA II für 2012 vorgesehen waren [siehe allgemeine Erwägungen weiter oben]). Die Dienststelle für Gesundheitswesen dürfte einen entsprechenden Rückgang der Gemeindebeteiligung verzeichnen.

| | | |
|--|--|--|
| 5. Personal | | |
| | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| <p>Bemerkungen</p> <p>P1202 <i>Wie sieht die Entwicklung der finanziellen Hilfe an Organisationen für behinderte Personen aus?</i> Die Dienststelle listet sämtliche Projekte auf, lässt aber keine mittelfristige Strategie in diesem Bereich erkennen.</p> <p>Für das nächste Controlling wünscht die Kommission eine Erklärung der Abkürzungen, wie sie beispielsweise die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse liefert. E-DIKS ermöglicht die Anfügung von Bemerkungen.</p> | | |

Verschiedenes:

Informationen betreffend die Transporte zwischen den Institutionen

Angesichts der Probleme im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Regelung der Ergänzungsleistungen in Sachen Transportfinanzierung wollte das Departement die gesamte Verwaltung der Transporte bei der Dienststelle ansiedeln. Diese hätte die momentan für die Transporte bezahlten Beträge (rund 1 Million Franken) übernommen und 100'000 Franken für die Verwaltung des gesamten Transportbereichs verlangt. Während der Dienstchef erklärt, dass das aktuelle System aufgrund des Personalmangels (die beantragte Stelle wurde abgelehnt) weitergeführt werde, schlägt die Departementsvorsteherin moderatere Töne an und erklärt, dass die Frage geprüft werde und interne Lösungen möglich seien.

Die Kommission zeigt sich erstaunt darüber, dass eine Dienststelle mit 91,4 VZS nicht flexibel genug ist, um diese neue Aufgabe zu übernehmen. Ganz allgemein fragt sie sich, ob die angekündigte Pensionierung des Dienstchefs und die neuen Aufgaben nicht zu einer Reorganisation der Dienststelle führen sollten. Es wird geantwortet, dass vorgesehen ist, die Bereiche Unterhaltsbeiträge und Sozialhilfe zusammenzulegen und die Dienststelle in drei Ämter zu unterteilen.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Keine Änderungen

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-



Grand Conseil
Commission de l'éducation, de la formation, de la culture et des sports

Grosser Rat
Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Verwaltungs-, Rechts- und Sportdienst
Kantonale Dienststelle für die Jugend
Dienststelle für tertiäre Bildung
Dienststelle für Unterrichtswesen
Dienststelle für Berufsbildung
Dienststelle für Kultur
Dienststelle für Informatik

Die Kommission EBKS ist am Freitag, 21. September 2012, von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Konferenzraum 5 «Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

Kommission EBKS

| Mitglieder | Vertreten von | 21.09.2012 |
|---------------------------------------|---------------------------|------------|
| KUONEN Urs, Präsident, CVPO | | X |
| RAUSIS Joachim, Vizepräsident, PDCB | | X |
| BOURGEOIS Gaël, Berichterstatter, ADG | PYTHON Sébastien | X |
| ALLENBACH Alexander, CSPO | BUMANN Konstantin | X |
| DELITROZ Pierre-Alain, PDCC | | X |
| FOURNIER Yves, PLR | | X |
| GAUCHAT Marc-Henri, PLR | SAUTHIER-LUYET Anne-Marie | X |
| KREUZER Michael, SVPO/FW | ERNE Sophie Sarah | X |
| MOOSER THELER Helena, ADG | | X |
| PENON Jean-Pierre, PLR | | X |
| REY Jérémie, PDCC | CORDONIER Gratien | X |
| WALKER SALZMANN Graziella, CSPO | IN-ALBON Rosina | X |
| Z'GRAGGEN Sonia, ADG | | X |

FIKO: FAVEZ Jérôme

COGEST: LEGER Laurent

Parlamentsdienst: SIERRO Nicolas, wissenschaftlicher Mitarbeiter

DEKS:

ROCH Claude, Staatsrat, Departementsvorsteher
CLEUSIX Jean-Marie, Generalsekretär des DEKS
BONVIN François, Controllingverantwortlicher des DEKS
DUC Arsène, Chef des VRSD
NANCHEN Christian, Chef der KDJ
LOVEY Jean-François, Chef der DU
MABILLARD Pascal, DU
BUMANN Stefan, Chef der DTB
CRETTON Yves, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der DTB
POTTIER Claude, Chef der DB
CORDONIER Jacques, Chef der DK

Verwaltungs-, Rechts- und Sportdienst

| Elemente | | Kommentare |
|--|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Welche Auswirkungen hat die NFA II auf die Dienststelle? Im Budget der Dienststelle hat die NFA II vor allem die Stipendien und Studiendarlehen betroffen. Die Änderungen aufgrund der NFA II hatten bereits Auswirkungen auf das Budget 2012. • Welche Aufgaben hat das Generalsekretariat? Sie sind unter dem Teilziel 1 aufgeführt. Das Generalsekretariat steht unter der direkten Verantwortung des Departementvorstehers, ist verwaltungs- und budgettechnisch (P1101) aber dem Verwaltungsdienst angegliedert. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Die Teilziele wurden entsprechend den Stabsaufgaben des Generalsekretariats und aufgrund der Schaffung einer Sektion Finanzen im Departement angepasst. Diese Sektion kümmert sich unter anderem um die Buchhaltung der Berufsbildung und der Dienststelle für Unterrichtswesen. | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | PZ 1: Die fünf Massnahmen des Budgets 2012 sind umgesetzt (Kontrolle: bei der Rechnung 2012). Die Dienststelle hat für 2013 keine neue Massnahme im Zusammenhang mit diesem Ziel festgelegt. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | <ul style="list-style-type: none"> • Neue Massnahme: Ausarbeitung eines Berechnungstools für die Internetsite, mit dem die Anspruchsberechtigung auf Stipendien und Studiendarlehen errechnet werden kann. • Neue Massnahme: Ausarbeitung des Konzepts für die Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Sportgesetz • Neue Massnahme: Verwaltung des Lehrpersonals (im Zusammenhang mit dem Gesuch um neue Stellen innerhalb der Dienststelle) |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Bevor die Budgetbeträge im Zusammenhang mit dem neuen Sportgesetz vorgesehen werden können, will und muss das Departement das Konzept definieren. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Einen Controllingindikator finden? |

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 5: Bruttobetrag der im Wallis gewährten Stipendien: Während der Betrag angestiegen ist, hat das neue Gesetz die Anspruchsberechtigung neu definiert und es gibt mehrere hundert Gesuche mehr. Der Durchschnittsbetrag pro Stipendienbezüger hat also abgenommen. Die Einführung des neuen Systems hat zu keinen Problemen geführt.

In Sachen Sprachausaustausche wird den Familien ein eine Unterstützung von 500 Franken pro Austausch gewährt. Es stimmt, dass Familien in einer schwierigen finanziellen Situation Probleme haben können. Die Dienststelle muss im Rahmen ihres begrenzten Budgets globale Lösungen finden. Im Allgemeinen ist das Wallis grosszügig und das neue Gesetz hat bemerkenswerte Verbesserungen gebracht.

Was das **online Berechnungstool** anbelangt, ist die Dienststelle noch skeptisch und befürchtet, dass die von den Nutzern eingegebenen Daten nicht korrekt sein könnten. Mehrere Kantone haben bereits ein solches Tool eingeführt und scheinen damit zufrieden zu sein. Die Kommission fordert, dass das seit den Gesetzgebungsarbeiten geforderte Tool 2013 in Betrieb sein wird.

4. Finanzressourcen

- Die Situation des **Palladiums** und des Eissportzentrums von **Leukerbad** beunruhigt die Kommission. Gemäss Beschluss des Grossen Rates sind im Budget 2013 für diese beiden Zentren null Franken vorgesehen.

Für das Palladium, das sein Schicksal selbst in die Hand nimmt, beginnen sich Lösungen abzuzeichnen. Was Leukerbad anbelangt, weist das Departement jedoch darauf hin, dass es enorm schwierig sei eine Ansprechperson zu finden, und dass das Zentrum aktuell ohne Hilfe des Staates nicht überlebensfähig sei.

5. Personal

Im Zusammenhang mit dem Sportgesetz gibt es im Organigramm für 2013 keine neuen Stellen. Eine direkt über den Sportfonds finanzierte Person wird an der Schaffung der im Gesetz vorgegebenen Plattform arbeiten.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen: -

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein, sie müssen im Rahmen des Budgets 2013 umgesetzt werden.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Keine besonderen Bemerkungen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Die definitiven Formulierungen werden anlässlich des Eintretens auf das Budget unterbreitet werden.

PM (neu):

Ausarbeitung des online-Berechnungstools für Stipendien und Studiendarlehen

PM (neu):

Ausarbeitung des Konzepts für die Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Sportgesetz

PM (neu):

Verwaltung des Lehrpersonals

Dienststelle für die Jugend

| Elemente | | Kommentare |
|---|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <ul style="list-style-type: none"> Welche Auswirkungen hat die NFA II auf die Dienststelle? Die Dienststelle war auf Ebene der Erziehungsbeistandschaften gemäss den Artikeln 307 und 308 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches betroffen (Kindesschutz: geeignete Massnahmen und Beistandschaft). Die Dienstleistungen der Vormundschaftsämter werden inskünftig den Gemeinden in Rechnung gestellt (300 Franken pro Monat, plus eine maximale Beteiligung der Eltern von 105 Franken pro Monat). Diese Finanzierung kann zu Spannungen bei der Übernahme gewisser Mandate führen. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Zusätzliche Bemerkungen: - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | siehe Punkt IV |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <p>PM 3: Ausarbeitung eines Konzeptes, wonach die schulischen Mediatoren, die Delegierten Familie / Schule und die Streetworker (Gassenarbeiter) zusammengeführt werden: Es geht nicht darum, den kommunalen Kompetenzrahmen zu sprengen, sondern ein Konzept zu definieren (keine Schaffung einer neuen Struktur). Beabsichtigt wird eine transversalere Jugendpolitik, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Akteuren ermöglicht (vernetzte Arbeit). Die Mediatoren und Sozialberater arbeiten innerhalb von regionalen Netzwerken, gehören aber nicht zu diesem Konzept. Wer hat die Führung in der Ausarbeitung dieses Konzeptes? Die Dienststelle wird diese Antwort noch liefern.</p> <p>PM 4: Information der neuen Gemeinderäte des Ressorts Jugend: Ein Kommissionsmitglied fordert, dass die Möglichkeiten im Bereich Jugendförderung und Projektunterstützung von Beginn an klar definiert sind, um nicht Erwartungen zu schaffen, die dann nicht erfüllt werden.</p> <p>Betreffend die Löhne im Kleinkinderbereich versucht die mit den Gemeinden gebildete Arbeitsgruppe Lösungen zu finden, doch die Gemeinden scheinen sich nicht ganz sicher zu sein, was sie wollen. Die Aufsicht über die Kinderhorte erfolgt auf der Grundlage einer Qualitätskontrolle.</p> <p>Jugendobservatorium: In der kantonalen Jugendpolitik gibt es keine Indikatoren zur Situation der Jugendlichen im Kanton. Es gibt keine Statusberichte über die aktuelle Situation, die als Grundlage für eine öffentliche Politik dienen könnten. Der Staatsrat hat die Schaffung eines Observatoriums angenommen, das alle Akteure zusammenfasst (transversale Vision durch eine Vernetzung der Partner), da gegenwärtig eine reaktive Politik betrieben wird. Dieses Observatorium wird einen Jahresbericht erstellen. Im Bereich der Jugend ist dieses Projekt ein Novum, im öffentlichen Gesundheitswesen hingegen ist es seit der Schaffung des Walliser Gesundheitsobservatoriums im Jahr 2001 schon lange Fakt.</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |

| | | |
|---|----|--|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 11: Die Zufriedenheitsbefragung wird eine Diplomarbeit eines KBM-Praktikanten sein. Die Kommission wird über die Ergebnisse informiert werden. Ind. 12: Anzahl Dossiers von Kindern, welche eine spezialisierte Hilfe oder Schutzmassnahmen beanspruchen: Es handelt sich um über 6'000 Kinder und die Zahl steigt stetig an. Der Staat hat gegenwärtig wenig Ressourcen, um dieser Aufgabe nachzukommen (namentlich im ZET). Das Departement ist der Ansicht, dass die einfachen Massnahmen innerhalb der Schule getroffen werden sollten, und dass die ZET und die privaten Akteure sich auf die schwierigeren Fälle konzentrieren sollten. Gegenwärtig hat die Dienststelle mit einer Abwanderung der Logopäden vom Staat zum privaten Sektor zu kämpfen, da dieser bessere Arbeitsbedingungen zu bieten hat (Möglichkeit der Teilzeitarbeit, Komfort einer privaten Praxis, bessere Entlohnung). Das Problem ist, dass die privaten Logopäden nicht in die Schulen gehen wollen, und dass die Kinder und ihre Eltern während der Schulstunden zu den Logopäden gehen müssen. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <u>Erläuterungen:</u> Die erste Bemerkung wurde von 2012 übernommen (zu korrigieren). | | |
| 5. Personal | | |
| Unterstützung der Pflegefamilien: Der Forderung des Grossen Rates im Rahmen des Budgets 2012 (1,5 VZS in der Rubrik 31 hinzuzufügen) konnte nicht nachgekommen werden, da die Dienststelle den Betrag für die Logopädie reduzieren musste. Zudem ist es schwierig, einen privaten Leistungserbringer (Mandat) für diese Aufgabe zu finden. Es wurden dienststelleninterne Ressourcen gefunden (+ 0,2 VZS). | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: - | | |

Verschiedenes:

Pflegefamilien: Die Dienststelle will drei professionelle Pflegefamilien finden (Entschädigung von 60 Franken pro Kind und Tag, maximal 6 Kinder). Einer der Partner muss arbeiten, damit der Haushalt nicht durch die Unterbringung der Kinder finanziert wird.

Für die bis siebenjährigen Kinder gibt es keine Alternative zur Pflegefamilie, da sie nicht in einer Institution untergebracht werden können.

Die «nicht-professionellen» Pflegefamilien können nicht mehr als zwei Kinder aufnehmen.

Leistungsverträge mit den Institutionen: Die Verträge werden gemeinsam mit der Dienststelle für Sozialwesen abgeschlossen, für die Dienststelle für die Jugend werden aber eigene Indikatoren definiert. Es wird die Software «Valogis» verwendet.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Erläuterungen zu den Finanzressourcen:

Streichen der veralteten Erklärung.

Dienststelle für tertiäre Bildung

| Elemente | | Kommentare |
|--|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| - | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Zusätzliche Bemerkungen: - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | Die Massnahmen erstrecken sich über mehrere Jahre, es wird aber das Jahr 2013 genannt. |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | Der Gesetzesrahmen der FH (Motion 3.107) wird gegenwärtig geändert. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 2 Projekt EPFL Valais Wallis: Es wurde eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet und die Diskussionen zur Finanzierung sind am Laufen. Die Übertragung der Gebäude der FH muss noch ausgehandelt werden. An diesem Projekt sind private Partner interessiert, doch sind sie bezüglich Investierung momentan eher zurückhaltend. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Anfügen eines Indikators für die Werkstattleiter. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 14: Das IUKB zählt 85 Studierende, die FS-CH 1'500. Die Zahlen 2012 für die Fernstudien waren falsch (die bei der deutschen Partneruniversität immatrikulierten Studierenden waren ebenfalls berücksichtigt worden). | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| 31: Buchhalterisch werden die Lehrmittel zunächst vollständig von den Gemeinden bezahlt und der Kanton wird danach die Subvention in Höhe von 30% ausrichten. Die Weiterbildung der Primar- und Sekundarlehrpersonen wird in das Budget 2013 der Dienststelle für tertiäre Bildung eingefügt. | | |
| 5. Personal | | |
| - | | |

| | | |
|-------------------------------------|--|--|
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| | | |

Verschiedenes: (Fragen der Kommissionsmitglieder anlässlich des Besuchs der PH)

PH:

- Werden die Zulassungsbedingungen geändert? Die Antwort wird am 15. Oktober gegeben werden.
- Das Anerkennungsverfahren läuft.
- Das Gouvernance-Projekt ebenso.
- Liegt das versprochene Dokument zum Kommunikationskonzept der PH vor? Der Kommission wird noch vor der Novembersession ein Dokument mit den Zielsetzungen und einem Entwurf des Zeitplans vorgelegt werden.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2012

Indikator (neu)

Indikator betreffend die Werkstattleiter (mit der Dienststelle zu definierende Formulierung)

Dienststelle für Unterrichtswesen

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| Welche Auswirkungen hat die NFA II auf das Budget der Dienststelle? Da die NFA II bereits 2012 eingeführt wurde, haben die Budgetänderungen 2013 nichts mit diesen Gesetzesänderungen zu tun. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Zusätzliche Bemerkungen: | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | Wenn sich die Massnahme über mehrere Jahre erstreckt, werden die Phasen und Fristen klar angegeben. |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag | Ja | Die Motion 3.085, mit der ein Gesetz über die Primarschule gefordert wurde, befindet sich in der Umsetzung (PM 1). Die Motion 3.129 betreffend die gewalttätige |

| | | |
|---|-----------|--|
| berücksichtigt? | | Vergangenheit der Schüler wird im Rahmen des Gesetzes über die Primarschule und des künftigen Gesetzes über das Unterrichtswesen geprüft werden. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Anfügen einer Massnahme über die Verbesserung der Indikatoren und einer Massnahme über die Definition einer Strategie für den Informatikerhalt. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1: Gesetz über die Primarschule: Eine erste Lesung in dieser Legislatur ist vorstellbar. Für zwei Lesungen vor dem März wird es allerdings knapp. PM 3: Einführung der Lehrpläne (PER / Lehrplan 21): Die Umsetzung des Westschweizer Lehrplans (PER) ist nicht optimal, da einige neue Lehrmittel Anfang Jahr noch nicht verfügbar sein werden. Im Einvernehmen mit der Lehrgewerkschaft wurde indes beschlossen, den Rhythmus beizubehalten. Das Schuleintrittsalter 2013 wird nicht geändert werden, da die neue Bestimmung des Gesetzes über die Primarschule im August 2013 noch nicht in Kraft sein wird. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Zwischen den Statistiken und den Leistungsindikatoren unterscheiden und für die obligatorische Schule Qualitätsindikatoren schaffen (vom Departement erteilter Auftrag und von der Kommission als prioritäre Massnahme eingefügt). |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <u>Erläuterungen:</u> 30: <ul style="list-style-type: none"> Die vom Grossen Rat angenommene Erhöhung des Grundlohns des Primar- und Kindergartenlehrpersonals um 200 Franken ist seit dem 1. September 2012 in Kraft. Unter Berücksichtigung der Erfahrungsanteile beträgt die durchschnittliche Erhöhung 270 Franken. Das macht für das Kalenderjahr 2013 rund 6 Millionen Franken aus. Die Lohnanpassung der Stellvertreter führt zu einer Budgeterhöhung um 1 Million Franken. (Die Besoldungstabelle der Stellvertreter wird den Kommissionsmitgliedern noch übermittelt werden.) Der Übergang von 33 auf 30 Unterrichtseinheiten wird parallel zum neuen Gesetz über die Primarschule erfolgen. Die Beträge sind im Budget 2013 nicht vorgesehen. Die Zusatzausbildungen und Weiterbildungen des Lehrpersonals fallen unter das Budget der Dienststelle für tertiäre Bildung. Die Stellvertretungen werden indes von der Dienststelle für Unterrichtswesen bezahlt. 56: <ul style="list-style-type: none"> Sind die künftigen Verpflichtungen für die Schulhausbauten in der IMP vorgesehen? Gegenwärtig werden grosse Projekte realisiert. Ab 2015 müssen grosse Beträge aufgebracht werden, die in die IMP eingefügt wurden. | | |
| 5. Personal | | |
| Seit dem 1. September 2012 gehören die 3'500 Lehrpersonen der kommunalen Schulen zum Staatspersonal. Innerhalb des DEKS mussten für dieses Personalmanagement zwei VZS geschaffen werden (0,5 bei der DUS und 1,5 im Verwaltungsdienst). Diese beiden Stellen wurden über Einsparungen bei den Lehrerstellen kompensiert. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| <u>Bemerkungen:</u> | | |

Kumulierung der Stellen als Direktor und Lehrperson in einer Schule: Ohne bei einem besonderen Fall ins Detail zu gehen, fordert die Kommission, dass gemeinsam mit den Gemeinden Lösungen gefunden werden, damit so etwas nicht wieder vorkommt.

Verschiedenes:

Weiterbildung der Direktoren: Die Direktoren unterstehen den Gemeinden, das Lehrpersonal dem Kanton. Was also, wenn ein Direktor auch unterrichtet? Es wurde eine Vereinbarung für die Weiterbildung der Schuldirektoren getroffen. Für die Primar- und die Orientierungsschule werden die Weiterbildungskosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden zu je 50% aufgeteilt. Die Kosten für die Stellvertretung während der Schulstunden werden auf Gesuch hin vom Kanton übernommen, meist werden jedoch interne Lösungen gefunden.

Informatik (ISM): Die Lokalisierung auf Deutsch hat zu Problemen geführt. Man wird einen deutschsprachigen ISM-Mitarbeiter suchen und dies entsprechend kommunizieren.

Nach der thematischen Sitzung mit der Dienststelle:

1. Frustration des Lehrpersonals: Die Studie und der Bericht wurden nicht erstellt. Die Dienststelle war mit dem Abschluss der Arbeiten zum Statut und zur Besoldung des Lehrpersonals sowie zu den Gesetzen über die Orientierungsschule und über die Primarschule überlastet.

Der Departementsvorsteher erklärt, dass die Lehrervereinigung eine Arbeit über das Image der Lehrer erstellt (wie sie gesehen werden und wie sie sich selbst sehen). Die SPVal wird vermutlich im Laufe des Schuljahres 2012/2013 selbst darüber berichten (für den 15. Oktober zu präzisieren).

2. Informatikunterhalt: Die Informatik in den Walliser Schulen kann sich inzwischen auf 10 Jahre Erfahrung stützen und es kann Bilanz gezogen werden. Das Departement will einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation und die künftigen Bedürfnisse (Ausrüstung, allgemeiner Unterhalt der Tablets und Laptops usw.). Der Generalsekretär ist dafür zuständig, eine Zusammenfassung des einer Arbeitsgruppe anvertrauten Mandats zu machen. Das aktuelle System ist an seine Grenzen gestossen. Es soll ein kantonales Kompetenzzentrum geschaffen werden und qualifizierten Personen soll mehr Verantwortung übertragen werden. Die Kommission ist der Meinung, dass es sich dabei um eine prioritäre Massnahme für 2013 handelt.

3. Zweisprachigkeit: Der Bericht über den Stand in den Fächern wird der Kommission übermittelt werden.

4. Investitionen und Infrastrukturen: Die IMP ist sehr allgemein gefasst. Die detaillierte Planung und die Prioritäten müssen noch im Staatsrat besprochen werden. Für die Sekundarstufe II wird mit der DHDA zusammengearbeitet. Das Departement ist der Ansicht, dass in Sachen Finanzplanung alles unter Kontrolle ist.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2012

PM (neu):

Verbesserung der Indikatoren

PM (neu):

Umsetzung des Konzepts der Schulinformatik

Dienststelle für Berufsbildung

Da die Kommission diese Dienststelle als erste behandelt hat, bezieht sich der untenstehende Kommentar zu den Indikatoren auf das gesamte Departement:

Die Indikatoren sollen der Steuerung dienen, doch die meisten von ihnen sind statistische Informationen. Die Kommission verlangt, dass der Informationsgehalt und die Darstellung der Indikatoren verbessert werden (vielleicht, indem die Leistungsindikatoren und die statistischen Informationen unterschieden werden). Der Departementsvorsteher erklärt, dass e-DIKS und SAP gerade global analysiert werden und dass das Departement auf die Resultate wartet.

| Elemente | | Kommentare |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Welche Auswirkungen hat die NFA II auf die Dienststelle? Alle Neuerungen wurden im Budget berücksichtigt. • Verwaltung der Lehrverträge und Arbeitsanfall während der Sommermonate: Das Problem der Dienststelle liegt darin, von den Unternehmen rasch die Lehrverträge zu erhalten. Die Kommission stellt fest, dass die Dienststelle mit den Lehrverträgen, die sie während der Sommermonate erhält, nicht immer à jour ist. Die Verspätungen bei der Übermittlung der Verträge haben auch Auswirkungen auf die Rail-Checks. Die Dienststelle geht die Berufsverbände mit Nachdruck wegen dieser Problematik an. Die Daten für die Ausgleichskassen werden periodisch verschickt. Die Kommission fordert, dass dieses Problem gelöst wird (prioritäre Massnahme für 2013). | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | Die Ziele wurden an die neuen Gesetzgebungen angepasst. Die Neuformulierung setzt den Akzent auf den Übergang und das Case Management infolge der Valais Excellence-Zertifizierung. Der Schulsport erscheint im Teilziel 3. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | Postulat über die Kinder von Asylbewerbern: Eine Arbeitsgruppe wird damit beauftragt werden, Lösungsvorschläge im Sinne des Gesetzes zu unterbreiten. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Eine PM, um die Verwaltung der Lehrverträge während des Höhepunktes im Sommer und der Rail-Checks zu verbessern. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>PM 4: Rail-Checks: Die Kommission fordert eine Verbesserung für 2013. Bei der Prüfung der Rechnung 2012 werden der Kommission Erläuterungen zu den Korrekturmassnahmen gegeben werden.</p> <p>Für das Problem verantwortlich sind die Schulen, das DEKS, das DVBU und die SBB gemeinsam. Die Koordination zwischen den verschiedenen Partnern ist schwierig.</p> <p>Die Mehrfahrtenkarte ist eine schlechte Idee, da sie zahlreiche Missbräuche (Weiterverkauf) nach sich zieht. In Sachen Mobilität hat der Rail-Check mehr Lehrlinge dazu motiviert, den ÖV zu benutzen.</p> <p>Die Idee eines Tarifverbands wurde von den SBB aufgegeben, doch die Arbeiten zum Walliser Jugendabonnement werden weiterverfolgt.</p> | | |

| | | |
|--|----|--------------------------------------|
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Den Wortlaut von Indikator 5 ändern. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| Ind. 4: Die Abweichung lässt sich dadurch erklären, dass das Budget 2012 vor der Rechnung 2011 erstellt wird. | | |
| Ind. 18: Das Ziel liegt bei 16 Jahren. In der Schweiz liegt der Durchschnitt bei 18,5 Jahren. Der Übergang gestaltet sich oftmals als schwierig (z.B. Nichtbestehen eines Kollegiumsjahres) und die OS muss ihre Rolle als <i>Orientierungs</i> -Schule besser wahrnehmen. Die Dienststelle spielt eine aktive Rolle, indem sie die Gesetzgebung schafft und sie den Berufsberatern zur Verfügung stellt. Wenn die Tendenz nach oben nicht abgewendet werden kann, sollte man sich Fragen zu den investierten Mitteln stellen. Dieser Indikator berücksichtigt ebenfalls die IV-Umschulungen und die Zweitausbildungen, was den Durchschnitt merklich erhöhen kann. | | |
| Ind. 10: Wie viele Unternehmen? | | |
| Ind. 20: Die Zahl im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit stammt von der Arbeitsmarktbeobachtung. Die Auswirkungen der Weber-Initiative und die Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Raumplanungsgesetz schlagen sich dieses Jahr nicht in einer Verringerung der Anzahl Lehrverträge in den betroffenen Sektoren nieder. | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| - | | |
| 5. Personal | | |
| Keine Bemerkungen | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| - | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2012

PM (neu):

Die Verwaltung der Lehrverträge während der Höhepunkte verbessern

PM (neu):

Verwaltung der Rail-Checks

PM 4:

Neuformulierung «in der Zuständigkeit des Dienststelle für Verkehrsfragen»

Dienststelle für Kultur

| Elemente | | Kommentare |
|--|--------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| Welche Auswirkungen hat die NFA II auf die Dienststelle? Der Bereich Kultur war von der NFA II nicht betroffen. Der Finanzierungsschlüssel der Musikschulen wurde nicht in die NFA II eingefügt. Es handelt sich um eine prioritäre Massnahme (PM 9), die es in den nächsten zwei Jahren zu konkretisieren gilt. | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | Es sind dieselben wie im Jahr 2012. Mit der Revision der Kulturförderungspolitik (PM 1) ist vorstellbar, dass die Ziele 2014 geändert werden. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilw. | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | - |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Eine PM definieren, damit das Programm im Zusammenhang mit Wallis 2015 im kommenden Jahr (2013) festgelegt wird. Eine feinere Gliederung der PM würde die Schwerpunkte der Dienststelle für das kommende Jahr besser hervorheben und das Controlling bei der Rechnung erleichtern. Für 2014 zu revidieren. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| - | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| - | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Keine Bemerkungen | | |
| 5. Personal | | |
| Die Pensionierungen an der Spitze der Museen führen zu einer Neubeurteilung der Aufgaben. Die Direktorenstelle wird von 60% auf 100% erhöht. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |

| |
|-------------------|
| Keine Bemerkungen |
|-------------------|

Verschiedenes

Aufteilung der finanziellen Unterstützung der Museen ausserhalb der Kantonsverwaltung:

Gegenwärtig erhalten drei Museen, die Teil des *MuseumsNetz.Wallis* sind, eine Finanzhilfe: das Lötschentaler Museum, das Museum Bagnes und das Walliser Reb- und Weinmuseum. Einzig das Walliser Reb- und Weinmuseum erhält eine regelmässige Subvention, die anderen werden punktuell unterstützt (60'000 Franken pro Jahr). Es ist nicht vorgesehen, die Unterstützungen in Zukunft zu erhöhen, aber sie werden weiterhin gewährt werden.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2012

PM (neu):

Festlegung des Programms im Zusammenhang mit Wallis 2015

Dienststelle für Informatik

Schon das zweite Mal in Folge seit der Rechnung 2011 antworten der Departementsvorsteher und sein Stab auf die Fragen der Kommission, da die Dienststelle nicht direkt vertreten ist.

Die Rolle einer thematischen Kommission besteht nicht darin, in den Betrieb einer Dienststelle einzugreifen. Die Kommission EBKS sorgt sich allerdings um die aktuelle Situation dieser Dienststelle und um ihre Fähigkeit, ihren Aufgaben nachzukommen (vor allem in Sachen Grossprojekte).

Der Staatsrat präzisiert, dass mithilfe einer in diesem Bereich spezialisierten externen Gesellschaft gerade eine eingehende Analyse der Strukturen der Dienststelle, des Bedarfs und der Aussichten für die nächsten 10 Jahre durchgeführt wird. Das Problem der Doppelfunktion des Dienstchefs wird gelöst werden. Ende Jahr wird der aktuelle Dienstchef nur noch die Funktion des Delegierten für Informatikfragen wahrnehmen und es wird ein neuer Dienstchef eingestellt werden. Momentan ist es prioritär, das Pflichtenheft des neuen Dienstchefs auszuarbeiten.

Die Kommission ist vor allem um das Controlling und die Begleitung der Informatikprojekte besorgt, die mit mehreren Millionen Franken zu Buche schlagen. Der Departementsvorsteher gibt zu, dass die aktuelle Führung der Projekte nicht optimal ist und dass diese Problematik durch die neue Organisation besser gehandhabt werden sollte, vor allem was die Verbindung zwischen den externen Institutionen und der Informatik des Staates anbelangt.

Die Kommission möchte wissen, wer die Informatikstrategie erstellt und ob diese dem neuen Chef aufgezwungen werden wird, ohne dass er seine eigene Vision einbringen könnte. Der Departementsvorsteher bestätigt klar, dass die Strategie des Staatsrates verfolgt wird, die von Experten untermauert wird.

Nach den Erkenntnissen, welche die Kommission EBKS nach vier Jahren Controlling der Dienststelle für Informatik gewonnen hat, findet sie eine Angliederung der Informatik an das DEKS wenig sinnvoll. Es sollte eine direkte Angliederung an das Präsidium geprüft werden.

Bereichsübergreifende Leistungsaufträge und Politik

Auf der Ebene des politischen Leistungsauftrags stellt die Kommission fest, dass es mit der aktuellen Struktur des Dokuments nicht möglich ist, die bereichsübergreifenden Geschäfte im Blick zu behalten. Die Projekte und Budgets sind zwischen mehreren Dienststellen und Departementen aufgeteilt, ohne dem Grossen Rat eine globale Übersicht über den Stand der Realisierungen, über die Verantwortlichkeit für die Projektführung oder über die zur Verfügung gestellten und verwendeten Finanzmittel zu ermöglichen.

Wenn die thematische Kommission die Dienststellen zu Problemen oder Verspätungen bei der Realisierung befragt, wird die Verantwortung oft auf einen anderen Ansprechpartner abgeschoben. Die Kommission weist darauf hin, dass es nötig ist, die bereichsübergreifenden Projekte und Politik an einer einzigen Stelle im Dokument zusammenzufassen, damit alle in den verschiedenen Dienststellen verteilten prioritären Massnahmen und diesbezüglichen Finanzmittel klar identifizierbar sind. Ansonsten ist das politische und finanzielle Controlling nicht möglich.

| Elemente | | Kommentare |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| - | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |

| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
|---|--------|--|
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | Die Aufgaben des Delegierten für Informatikfragen wurden aus dem Leistungsauftrag der Dienststelle herausgenommen. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Hängig | – |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Die Festlegung einer Informatikstrategie, eines angemessenen Controllings und einer geeigneten Betriebsstruktur sind prioritäre Massnahmen für 2013. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 3: Die Frist für die Migration auf Windows 7 und Office 2010 wurde auf Ende 2013 festgelegt. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilw. | Es handelt sich hauptsächlich um Tätigkeits- und Volumenindikatoren. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | Überlegung für 2014. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Die Kommission weist darauf hin, dass es unmöglich ist, die Beträge der bereichsübergreifenden Informatikprojekte zu konsolidieren (siehe Bemerkung unter «Bereichsübergreifende Leistungsaufträge und Politik»). | | |
| 5. Personal | | |
| - | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| - | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

PM (neu):

Festlegung einer Informatikstrategie, eines angemessenen Controllings und einer geeigneten Betriebsstruktur



Grand Conseil
Commission de l'économie et de l'énergie

Grosser Rat
Kommission für Volkswirtschaft und Energie

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte der thematischen Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

**Verwaltungs- und Rechtsdienst
Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit
Dienststelle für Energie und Wasserkraft**

Die Kommission VE ist am Montag, 24. September 2012, von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, im Konferenzraum 105 des Regierungsgebäudes in Sitten zusammengetreten.

Kommission VE:

| Mitglieder | Vertreten von | 24.09.2012 |
|--|----------------------|-------------------|
| CLAUSEN Diego (Präsident), CSPO | | X |
| BRESSOUD François (Vizepräsident), PDCB | | X |
| DELESSERT Frédéric (Berichterstatter), PLR | | X |
| ANDENMATTEN Anton, CVPO | | X |
| ARNOLD Fredy, SVPO/FW | | X |
| BRIGUET Bernard, ADG | | X |
| CENTELLEGGHE Moreno, PLR | DECAILLET Eric | 1/2 |
| | BALLAY Jasmine | 1/2 |
| CHAPPOT Florian, ADG | DUMONT Jean-Henri | X |
| GAILLARD Joël, PDCB | RODRIGUEZ Yann | X |
| RESENTERRA Aldo, PLR | LEHNER Elisabeth | X |
| ROSSIER Jean, PDCC | MARTIN Gilles | X |
| SCHMID Jean-Marie, CVPO | | X |
| ZUFFEREY Joseph, PDCC | | X |

GPK: MASSY Laetitia (1/2 Tag)

FIKO: PHILIPPOZ Freddy (1/2 Tag)

Parlamentdienst: SIERRO Nicolas, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Vertreter des DVER:

Jean-Michel Cina, Staatsrat, Departementsvorsteher,
Isabelle Theytaz-Reuteler, Verantwortliche für das Departementscontrolling,
Martin Zurwerra, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes,
Pierre-Marie Rappaz, Delegierter für Wirtschaftsfragen,
Eric Bianco, Chef der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung,
Murielle Evéquo, Controlling Risikomanagement, Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung,
Peter Kalbermatten, Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit,
Oliver Ittig, Qualitätsverantwortlicher, Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit,
Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie und Wasserkraft,
Joël Fournier, Ingenieur, Dienststelle für Energie und Wasserkraft.

Verwaltungs- und Rechtsdienst

| Elemente | | Kommentare |
|---|------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen</u> | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Einführung von ECM in sämtlichen Dienststellen des Departements |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>PM 1 Ausbildung im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens: Die Dienststelle tritt auf Anfrage der anderen Dienststellen in Aktion. Es sind keine besonderen Ausbildungstage vorgesehen. Die Gemeinden werden mit einem Newsletter über die Neuigkeiten informiert. Ein Leitfaden über das öffentliche Beschaffungswesen (aus dem Jahr 2011) und die ständigen Listen sind auf dem Internet verfügbar.</p> <p>PM 3 ECM: Die Kommission fragt sich, wer für dieses Projekt verantwortlich ist und wie die bereichsübergreifende Planung für dieses Projekt aussieht? Es wird geantwortet, dass die Staatskanzlei die Federführung innehat. Nach den Entscheiden des Staatsrates sollen nun die Dienststellen ausgerüstet werden, um den nächsten Schritt in Richtung papierlose Verwaltung zu tun. Gemäss Dienststelle ist das Budget für ECM bei der Staatskanzlei angesiedelt. Die Kommission bedauert den Umstand, dass die politischen Leistungsaufträge keinen Gesamtüberblick (Realisierung und Finanzmittel) über diese Art von Projekten ermöglichen.</p> <p>PM 4 Juristische Unterstützung im Bereich Raumplanung: Die Gesuchs- und Beschwerdeverfahren infolge der Zweitwohnungsinitiative werden nicht von dieser Dienststelle behandelt, die «lediglich» mit der juristischen Unterstützung der Dienststellen bei Fragen im Bereich der Raumplanung betraut ist. Die Einsprachen betreffend Bauten ausserhalb der Bauzone (in der Zuständigkeit der KBK) werden von den Juristen des DVBU behandelt. Die Gesuche und Einsprachen betreffend die Zonen, die in der Zuständigkeit der Gemeinden liegen, werden von der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten behandelt. Zwischen diesen drei Dienststellen finden regelmässig Koordinationsgespräche statt, insbesondere über eine Arbeitsgruppe. Für die juristische Auslegung der Texte (Initiative, Verordnung und RPG) ist der Verwaltungs- und Rechtsdienst zuständig, der diese Arbeitsgruppe präsidiert. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es namentlich, die Verordnung zu analysieren und die Informationen, die demnächst an die Gemeinden abgegeben werden, vorzubereiten.</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der | Ja | |

| | | |
|--|------|--|
| politischen Ziele und Teilziele? | | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>IND 1 Anzahl behandelter Dossiers: Der Rückgang der Anzahl Dossiers zwischen der Planung 2012 und 2013 um rund 10% erklärt sich folgendermassen: Im Bereich des bäuerlichen Bodenrechts kam es Ende 2011 zu einer enormen Zunahme der eingereichten Dossiers aufgrund der Befürchtungen im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Erbstiftungssteuerreform». 2012 ist also ein aussergewöhnliches Jahr.</p> <p>ECM: Wie soll die Kommission den Fortschritt kontrollieren, wenn im Leistungsauftrag kein Indikator erscheint? Die für die prioritäre Massnahme festgelegte Realisierungsfrist (31.12.2013) stellt den Indikator «Realisierungsfrist» dar. Im Rahmen der Rechnung 2013 wird die Dienststelle eine Standortbestimmung vornehmen.</p> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| <p>Budget der Generalsekretariate: Gibt es einen gemeinsamen Rahmen für die 5 Departementsstäbe in Sachen Budget und Personal? Das Statut der Generalsekretäre ist in einem internen Reglement festgelegt. Für den Rest haben die Departemente freie Hand.</p> | | |
| 5. Personal | | |
| - | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| <p>Öffentliches Beschaffungswesen: Der Kanton hat kein wirtschaftliches Interesse daran, die interkantonale Vereinbarung einseitig zu kündigen, weil dann auch die Gegenrechtsklausel nicht mehr gelten würde. Mehrere Walliser Unternehmen profitieren gegenwärtig von öffentlichen Aufträgen in anderen Kantonen. Der Dienstchef hat der Kommission diesbezügliche Erläuterungen unterbreitet.</p> | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein, da das Budget für die Einführung von ECM in sämtlichen Dienststellen des Departements bei der Staatskanzlei vorgesehen ist.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

Keine besonderen Bemerkungen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

PM 3

Implementieren der Plattform ECM (Informatisierung des Prozesses der Staatsratsentscheide) in **sämtlichen** Dienststellen des Departements.

Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| - | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| Änderung der Ziele im Vergleich zu 2012: Das Teilziel 3.4 «Fördern von Innovationen und der Schaffung neuer Unternehmen» wurde in die Ziele der Geschäftseinheit «Neue Unternehmen» (Teilziel 1) integriert. | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | - |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | Anfügen der Gesetzesreform betreffend die Strukturen und die Finanzierung bei der PM 2. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| <p>PM 2 Verbesserung der Rahmenbedingungen des Walliser Tourismus: Der Departementsvorsteher hat drei Schwerpunkte bis 2015 festgelegt: Valais/Wallis Promotion, die Schaffung des Tourismusobservatoriums und die gesetzliche Verankerung der Struktur- und Finanzierungsmodelle, die von der Arbeitsgruppe entwickelt wurden. Der Departementsvorsteher liefert folgende Informationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Tourismusobservatorium wird mittels eines Leistungsvertrags mit der HES-SO Wallis realisiert werden. Das Observatorium ist startklar, aber es hat noch keine Information stattgefunden, da die Internetsite noch nicht bereit ist. Für dieses Observatorium wird die Schwierigkeit darin bestehen, die richtigen Indikatoren festzulegen. In einer ersten Phase wird sich das Observatorium auf den Tourismus konzentrieren. Das Departement denkt über die Einrichtung eines Observatoriums für die Walliser Wirtschaft nach, ohne dabei Doppelspurigkeiten mit privaten oder halbstaatlichen Institutionen (z.B. WKB) schaffen zu wollen. Die Arbeitsgruppe «Strukturen und Finanzierung» hat ihren Bericht unterbreitet, der vom Lenkungsausschuss angenommen und zur Prüfung an die Regierung weitergeleitet wurde. Die Stossrichtungen sehen folgendermassen aus: Auf Ebene der Strukturen soll es flexible Destinationen mit offenen Führungsstrukturen geben (keine Zwangszusammenlegungen von Destinationen) und für die Finanzierung sollen die Destinationen die Wahl zwischen verschiedenen Werkzeugen (existierende Instrumente und neue Zweitwohnungstaxe) haben. Die Idee einer kantonalen Steuer oder Abgabe wurde fallen gelassen. Es bedarf noch umfangreicher Arbeiten, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in der Gesetzgebung zu konkretisieren. <p>PM 3: Strategie zur Entwicklung der touristischen Beherbergung: Wie sieht es mit dem 2012 als prioritäre Massnahme vorgesehenen Masterplan touristische Beherbergung aus? Nach Annahme der Zweitwohnungsinitiative durch das Volk musste das Departement dieses Projekt neu ausrichten und ausweiten. Für die Projektleitung ist neu die DWE (zuvor Raumentwicklung) zuständig. Die Strategie sollte 2012 fertig sein, damit die Aktionen 2013 umgesetzt werden können.</p> | | |

PM 4 Ansiedlung der EPFL: Was ist unter «Schaffung günstige Rahmenbedingungen» zu verstehen? Am Ark Energy waren bereits mehrere Partner beteiligt, um das Wallis im Energiebereich gut zu positionieren. Mit der EPFL wurde eine Grundsatzvereinbarung hinsichtlich der Schaffung mehrerer Lehrstühle im Rahmen einer ständigen EPFL-Zweigstelle im Wallis abgeschlossen. Als Standort ist das Gebiet «Bahnhof Süd» in Sitten vorgesehen. Die definitive Vereinbarung muss noch ausgearbeitet werden, wobei es die Führungsmodelle und die finanziellen Aspekte zu regeln gilt. Dringlichkeit ist vor allem beim Architekturwettbewerb geboten, da die ersten Lehrstühle bereits 2014 eingerichtet werden sollen und die FH gleichzeitig ihren Campus an den gleichen Standort verlegen muss.

PM 7: Anwendung der aktualisierten Bergbahnstrategie: welche Strategie? Das beauftragte Büro hat seinen Bericht unterbreitet und es wird demnächst eine Präsentation stattfinden. Gestützt auf diesen Bericht wird das Departement bis Ende 2012 eine Strategie erarbeiten und 2013 die politischen Diskussionen initiieren.

PM 8: GGBa: Der Betrag wurde gekürzt – ist das der Anfang vom Ende dieser Partnerschaft? Das Wallis gewährleistet eine minimale Finanzierung, aber eine weitere Kürzung der Beträge könnte diese Zusammenarbeit ernsthaft infrage stellen. Der Departementsvorsteher ist der Ansicht, dass die Mitgliedschaft des Wallis bei der GGBa positive Auswirkungen hat, auch wenn nicht jedes Jahr ein Erfolg im Stile von Schollglas in Steg verbucht werden kann. Die Alternative wäre eine Rückkehr zu einem System mit Vertretern jedes Kantons in den Nachbarmärkten und einer Zusammenarbeit mit dem OSEC (Business Network Switzerland) für die weiter entfernten Märkte.

PM 9 Zufriedenheitsumfrage: Die seit Jahren (Budget 2011) versprochene Umfrage wird 2013 endlich durchgeführt.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|---------------------------|---|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | Der neue Dienstchef wollte Indikatoren streichen, die keine Berechnungsgrundlage haben. Zuvor stützten sich gewisse Indikatoren auf «sehr empirische» Schätzungen. |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja, Überlegungen für 2014 | Die Indikatoren des politischen Leistungsauftrags sollten nicht nur die Tätigkeit der Dienststelle messen (es handelt sich in erster Linie um die Rolle des Dienstchefs und des Departementsvorstehers auf operativer und strategischer Ebene), sondern auch die politische Ausrichtung widerspiegeln. Die Kommission zeigt sich erstaunt darüber, dass es das Departement nicht für nötig erachtet, die Auswirkungen der Subventionen von 30 Millionen Franken, welche die DWE entrichtet, zu messen und zwar unter dem Vorwand, dass die Dienststelle nicht alle externen Faktoren beeinflussen könne. Würde man beispielsweise die Entwicklung der Übernachtungszahlen den Tourismusinvestitionen gegenüberstellen, könnte man sicherlich eine Tendenz ausmachen. Natürlich ersetzen diese Indikatoren in keiner Weise eine umfassende Evaluation der Politik. |

Ergänzende Bemerkungen:

IND 8: Anzahl Baubewilligungen (im Zusammenhang mit der Wohnbauhilfe in den Bergregionen). Die Mitnahmeeffekte müssen analysiert werden (werden Personen subventioniert, die so oder so in diesen Regionen gebaut hätten oder trägt diese Hilfe wirklich dazu bei, neue Einwohner anzulocken?)

IND 9: Anzahl neue Arbeitsplätze. Die Kommission fragt sich, wie es mit der Wertschöpfung der im Kanton geschaffenen Arbeitsplätze aussieht. Der Bericht der Uni Luzern wird weitergeleitet werden. Der Departementsvorsteher ist der Ansicht, dass es sich der Kanton nicht leisten kann, bei den Unternehmen, die sich auf seinem Gebiet ansiedeln wollen, wählerisch zu sein. Die Probleme im Zusammenhang mit der Mobilität oder der Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte betreffen in erster Linie die grossen Wirtschaftszentren des Landes. Die Diversifizierung des Wirtschaftsgefüges bleibt ein Anliegen der Kommission.

IND 14: Anzahl der Nichtkonformitäten: Es handelt sich um gemeldete Fehler oder nicht eingehaltene administrative Verfahren.

| | | |
|---|--|--|
| 4. Finanzressourcen | | |
| <p>30: Die Zahl ist rückläufig, obwohl der Personalbestand stabil ist. Dies erklärt sich durch die vakanten Temporärstellen innerhalb der Dienststelle.</p> <p>36: Subventionierung Valais/Wallis Promotion. In den Bemerkungen wird erklärt, dass von den 10 Millionen Franken für Valais/Wallis Promotion 3,1 Millionen Franken bereits im ordentlichen Budget der DWE enthalten waren. Addiert die Kommission die Beträge des P1205 des Budgets 2012 kommt sie allerdings auf 3,8 Millionen Franken. (Fonds Kultur und Tourismus 300'000 Franken, Wallis Tourismus 3 Millionen Franken, Verein Marke Wallis 300'000 Franken, Förderung der Marke Wallis internationale Märkte 200'000 Franken). Die Dienststelle bestätigt den Betrag von 3,1 Millionen Franken. Die Differenz wird nicht erklärt.</p> <p>48: Der Investitionshilfefonds beläuft sich auf maximal 6 Millionen Franken. Die Budgetierung von 1 Million Franken für Verluste scheint korrekt.</p> <p>49: Gegenbuchung der Rubriken 38 und 48.</p> | | |
| 5. Personal | | |
| <p>Der Dienstchef hat eine Analyse sämtlicher Arbeitsplätze in seiner Dienststelle, die zahlreiche Veränderungen durchmacht (Pensionierungen, Beförderungen innerhalb der Dienststelle, Abgänge), initiiert.</p> | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| <p>PG 11: Die Erhöhung erklärt sich durch die 6,9 Millionen Franken für Valais/Wallis Promotion und durch die Zusammenfassung sämtlicher Leistungsverträge in dieser Produktegruppe.</p> <p>P 1104 365 The Ark: Es handelt sich um die Beträge für die Übergangsphase vor der Ansiedlung der Lehrstühle. Für 2012 wird ein Nachtragskreditbegehren für The Ark unterbreitet werden. Die Beteiligung des Wallis erhöht sich, da die Subventionierung zuvor durch die Programmvereinbarung abgedeckt war. Mit der Änderung der Programmvereinbarung wird der Kanton zur Kasse gebeten.</p> <p>P 1108 361 Unterstützung der Wirtschaftsdelegation des Staatsrates: Alle Programme wurden in einem einzigen Produkt zusammengefasst (zuvor waren sie auf sämtliche Produkte verteilt).</p> <p>P 1205 363 Fonds Kultur und Tourismus: Es handelt sich um Hilfen für kulturtouristische Veranstaltungen, die nicht ins Subventionierungskonzept der Dienststelle für Kultur, das einen professionellen Rahmen verlangt, passen.</p> <p>Die Finanzierung von VSLink wurde von der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit übernommen.</p> <p>Die Subventionierung für die Bürgschaftsgenossenschaft des Walliser Gewerbes ist im Betrag für das Kompetenzzentrum für Finanzhilfen enthalten.</p> <p>Dekret über die Sistierung der Amortisationen von IH-Darlehen: Die budgetären Auswirkungen für 2012 belaufen sich auf maximal 3 Millionen Franken. Dieser Betrag wurde für 2013 nicht neu beurteilt. Die gestützt auf dieses Dekret eingereichten Gesuche betreffen in erster Linie die Hotellerie.</p> | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Teilziele

Änderung der Nummerierung der Teilziele im deutschen Text.

PM 2

Umsetzung des Konzepts zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Walliser Tourismus, einschliesslich der Umsetzung des Tourismusobservatoriums, und Tätigkeitsbeginn von Valais /

Wallis Promotion **und Erarbeitung der Gesetzesreform betreffend die Strukturen und die Finanzierung.**

Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|-----------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| – | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Teilziel 4 Unterstützung der tripartiten Kommission: Die Kontrollen sind Sache der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz. Die Dienststelle unterstützt die tripartite Kommission, indem sie beispielsweise Analysen bei Unternehmen durchführt. Die Problematik der Samstagsarbeit fällt unter die Anwendung der Gesamtarbeitsverträge (falls vorhanden), da sie im Bundesgesetz nicht verboten ist. Es ist Sache der paritätischen Kommissionen, die mit den staatlichen Kontrolleuren zusammenarbeiten, sich mit dieser Problematik zu befassen. Teilziel 6 Streitigkeiten in Sachen Mietverhältnisse: Es wird keine proaktive Prävention betrieben. Die Kommission kümmert sich um Streitigkeiten und entscheidet wie ein Gericht. Die Missbrauchsstatistik wird der Kommission unterbreitet werden. | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilweise | Bei der PM 7 handelt es sich um eine ständige Massnahme. |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | - |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | PM 6 und 7: Frist 2013. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1 und 2: Das Projekt «Arbeitgeberkontakt» soll es ermöglichen, die Praxis im Bereich Verwaltung der offenen Stellen zu vereinheitlichen. Man will die Zahl der Akteure, welche die Unternehmen kontaktieren, begrenzen. Zu diesem Zweck wurde eine gemeinsame Plattform für sämtliche Ansprechpartner geschaffen. PM 3 Anpassung der RAV: Die Anmeldung der Arbeitslosen findet neuerdings in den RAV statt. Es wurden keine neuen Stellen geschaffen. Es gab einige Anpassungsprobleme, aber die Dienststelle hat es dennoch geschafft, diese neue Aufgabe zu bewältigen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig, die Auswirkungen der Lex Weber auf die Beschäftigung abzuschätzen, aber die Dienststelle hat keine Befürchtungen für das Jahr 2013. Die Konjunkturverlangsamung in der Schweiz wird allerdings zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen. PM 4: Es wurden lediglich 16 Bewilligungen an Personen aus Bulgarien und Rumänien (EU-2) erteilt. Für die übrigen Länder liegen aufgrund der Personenfreizügigkeit keine Zahlen vor. PM 5: Die Befragungen 2013 werden sich an die Dentalassistenten und die Bäcker richten. PM 6: Festlegung der Frist auf Ende 2013. Die mit diesem Dossier betraute Person ist krank geworden, | | |

was zu Verzögerungen geführt hat. Das Binnenmarktgesetz erlaubt keine Verschärfung der Betriebsbedingungen im Gastgewerbe. Die sehr hohe Fluktuationsrate und die zahlreichen Patentwechsel in den Gaststätten sorgt bei der Kommission für Stirnrunzeln. Für einen Kanton, der auf die Qualität des Gästeempfangs Wert legt, ist dieser Zustand alarmierend. Für das Departement ist das Problem nicht nur auf Ebene der Ausbildung zu suchen, sondern hängt auch mit dem Desinteresse der lokalen Bevölkerung für die Berufe im Gastgewerbe zusammen.

PM 7: Festlegung der Frist auf Ende 2013.

PM 8: Was ist mit diesem Coaching gemeint? Das aktuelle System ist fragmentiert und gewisse Dossiers werden zwischen den Institutionen hin- und hergeschoben. Mit einer neuen Vereinbarung soll die Zusammenarbeit verbessert und formalisiert werden. Mit diesem Projekt soll eine Früherkennung potenzieller Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger ermöglicht werden. Es muss die geeignetste Lösung gefunden werden, um diesen Personen unter die Arme zu greifen.

| 3. Leistungsindikatoren | | |
|--|-----------|---|
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Ja | Den nationalen Durchschnitt für jene Indikatoren angeben, bei denen ein Vergleich Sinn macht. |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> | | |
| IND 1: Es handelt sich um eine Schätzung, die sich auf die ersten im Jahr 2012 gemachten Erfahrungen stützt. | | |
| IND 9: Die Planung 2012 war zu hoch angesetzt. Gestützt auf die Erfahrungswerte konnte für 2013 eine realistischere Zahl eingeplant werden. | | |
| IND 13: Es handelt sich um das Projekt «3 Clicks». | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Das neue Gesetz über die Beschäftigung, das vom Parlament noch vor Ende des Jahres behandelt wird, hat keine Auswirkungen auf das Budget 2013 der Dienststelle. | | |
| 5. Personal | | |
| <u>Erläuterungen</u> | | |
| Das Problem der Abweichungen zwischen den Zahlen der DIHA und jenen der Dienststelle für Personalmanagement ist noch nicht gelöst. Momentan laufen entsprechende Abklärungen. | | |
| Die DIHA sollte über einen konjunkturbedingten Handlungsspielraum verfügen, aber der Rahmen im Bereich des Personalmanagements ist sowohl nach oben als auch nach unten starr. | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

PM 6

Frist: ~~31.12.2015~~ 31.12.2013

PM 7

Frist: ~~31.12.2015~~ 31.12.2013

Indikatoren

Wo vorhanden, den Schweizer Durchschnitt angeben.

Dienststelle für Energie und Wasserkraft

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|-----------|---|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Teilweise | Gewässersanierung: Das Projekt läuft zwar immer noch, kommt aber aufgrund des starken Widerstands der Naturschutzorganisationen nicht vom Fleck. Ziel ist es, sämtliche Entscheide vor Ende 2012 zu veröffentlichen. Dieses Projekt wurde aus den prioritären Massnahmen für 2013 gestrichen. |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Teilweise | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | Ja | Postulat über den Zustand der Wasserkraftanlagen Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass die heutigen Normen nicht jenen entsprechen, die in 25 Jahren anlässlich der Heimfälle angewendet werden. Das kantonale Gesetz verlangt, dass die Anlagen «in einem guten Zustand» übergeben werden, während das Bundesgesetz von einem «betriebsfähigen Zustand» spricht. Die paritätische Kommission hat die Anlagen besichtigt. Diese Kommission müsste reaktiviert werden. Auf Ebene der Klimaveränderung ist niemand wirklich proaktiv. Welche Investitionen werden sich mit den künftigen Veränderungen (z.B. neue Wasserfassungen) aufdrängen? Postulat 4.059: Wie sieht es mit der Umsetzung aus? Warum nicht alle thermischen Solaranlagen unterstützen? Angesichts der beschränkten finanziellen und personellen Mittel zieht die Dienststelle Programme |

| | | |
|---|-----------|---|
| | | mit einem höheren Wirkungsgrad vor. Für die Dienststelle ist die Behandlung eines Gesuchs immer mit dem gleichen Zeitaufwand verbunden, egal ob es sich um eine Wohnsiedlung oder um ein Einfamilienhaus handelt. Die energetischen Auswirkungen sind allerdings nicht vergleichbar. Die Strategie ist also auf die Grossprojekte ausgerichtet, da die Installation der Solaranlagen im Falle von Einfamilienhäusern auch ohne Hilfe bewerkstelligt werden kann. Die Gemeinden kümmern sich um die lokalen Projekte und der Kanton muss sich auf die grossen Infrastrukturen konzentrieren. |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Ja | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 1 Unterstützung der energetischen Raumplanung auf Gemeindeebene: Die Dienststelle möchte einen Ansatz entwickeln, der die Energiefragen in die Planung integriert. Die Fragen (Abwärmenutzung, erneuerbare Energien) sollen jeweils vor Baubeginn erörtert werden.</p> <p>PM 2 Energetische Strategie: Was die Ressourcen der Dienststelle anbelangt, wurden die Stellen von Fall zu Fall gewährt. Die nötigen Finanzmittel für die Externalisierung der Studien und Mandate sind vorhanden. Die Strategie für die Walliser Elektrizitätsgesellschaft ist bereit und muss dieser unterbreitet werden. Laut Departement ist man im Zeitplan. Was die Strategie in Sachen Konzessionsheimfälle anbelangt, gibt das Dekret jetzt einen Rahmen vor.</p> <p>PM 4: Höchstspannungsleitungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Für den Abschnitt Chamoson – Chippis hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass eine Freileitung gesetzeskonform sei. Die Gegner werden sich wahrscheinlich ans Bundesgericht wenden. Die Dienststelle präzisiert, dass der Expertenbericht die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Leitung hervorgehoben habe (2015 bis Chippis und 2020 für die gesamte Leitung). Der Bericht ist auch zum Schluss gekommen, dass eine teilweise Erdverlegung technisch machbar sei, wobei die Experten das Terrain nicht analysiert haben. Für den Departementsvorsteher sieht die entscheidende Frage folgendermassen aus: Wird die EICom (eidgenössische Elektrizitätskommission) damit einverstanden sein, dass die Mehrkosten einer Erdverlegung mittels einer Strompreiserhöhung auf die Konsumenten abgewälzt werden? Chippis – Mörel: Sachplanverfahren für die Leitungen und Auflage der Pläne für den Korridor der Freileitung. Der Entscheid des Bundesrats wird für diesen Herbst erwartet. Mörel – Ulrichen: Das Verfahren ist vor dem Bundesverwaltungsgericht. <p>PM 5 Dossier erneuerbare Energien: Die Dienststelle spricht sich entschlossen dafür aus, dass die Wasserkraft zu den erneuerbaren Energien gezählt wird. Für die Gewässersanierung hat sich das Departement für eine Gesamtplanung entschieden. Ziel ist es, sämtliche Entscheide bis zum 31.12.2012 zu fällen, auch wenn bereits Einsprachen und Beschwerden angekündigt sind.</p> <p>PM 7 VREN: Die Verordnung ist seit dem 1. Juli 2011 in Kraft. Es wurden zwar Informationskurse organisiert, aber diese Verordnung ist für viele immer noch ein Buch mit sieben Siegeln. Im Rahmen dieser Inkraftsetzung ist die Mitarbeit der Gemeinden mehr als erwünscht, denn über sie kann die Energiepolitik am einfachsten umgesetzt werden.</p> <p>PM 8: Energetische Förderprogramme: Wie kann die Dienststelle von einer Ausweitung sprechen, wenn gleichzeitig die Mittel gekürzt werden (Indikator 11)? 2011 hat das Programm zur Unterstützung der Wirtschaft für zusätzliche Budgetmittel gesorgt, aber was das laufende Budget anbelangt, so ist eine Zunahme zwischen 2012 und 2013 zu verzeichnen.</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Teilweise | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:

IND 1 Elektrizitätsproduktion aus neuen erneuerbaren Energien: Wie kann eine Schätzung vorgenommen werden, wenn die Strategie noch gar nicht steht? Die Dienststelle antwortet, dass von den geplanten 135 GWh 110 GWh aus den Kehrlichtverbrennungsanlagen, 20 GWh aus der Windkraft und der Rest aus der Photovoltaik stammen. Dieser Indikator soll die Entwicklung der neuen erneuerbaren Energien aufzeigen.

IND 2: Diese Statistik wurde reaktiviert, wobei Informationen aus dem Erdölsektor Mangelware sind.

IND 7 Anteil der kontrollierten Baustellen: Das Ergebnis 2011 hat die Dienststelle überrascht und sie zu einer Anpassung der Planung veranlasst.

IND 9 Anzahl der vergebenen MINERGIE Labels: Die neuen MINERGIE-Gebäude sind vor allem in den Ferienorten zu finden. Mit der Abkühlung des Zweitwohnungsbaus dürfte auch ein Rückgang der Anzahl verbogener MINERGIE-Labels einhergehen.

4. Finanzressourcen

Die Kommission wiederholt ihre Forderung: Die grossen Abweichungen müssen rubrikweise erklärt werden.

Die Restbeträge 2011 der Fonds werden im Leistungsauftrag der Rechnung 2011 erklärt.

5. Personal

Ein Kommissionsmitglied zeigt sich erstaunt über die Prioritätenordnung der personellen Ressourcen im Departement. Die Landwirtschaft verfügt beispielsweise über 113 VZS, während sich die Energie mit 17,4 VZS begnügen muss. Das Departement erklärt, dass der Staatsrat jedem Departement 2 neue Stellen gewährt habe. Die Kommission merkt an, dass der Staatsrat eine ausgewogene Verteilung der neuen Stellen vorgenommen hat, ohne Regierungsprioritäten festzulegen.

Die Arbeit wird teilweise auch mittels externen Mandaten bewältigt. (Rubrik 31)

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

-



Grand Conseil
Commission de l'équipement et des transports

Grosser Rat
Kommission für Bau und Verkehr

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Voranschlags 2013

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVBU
Amt für Nationalstrassenbau
Dienststelle für Verkehrsfragen
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie
Dienststelle für Strassen- und Flussbau

Die Kommission für Bau und Verkehr ist am Dienstag, 25. September 2012, von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr im Konferenzraum 6 «Espace Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

Kommission für Bau und Verkehr

| Mitglieder | 25.09.2012 |
|------------------------------|---------------------------------------|
| ALWIN Steiner (Präsident) | X |
| ROSSI Mario (Vize-Präsident) | X |
| BUTTET Jérôme | X |
| CLAIVAZ Christophe | X |
| DISERENS Brigitte | NANTERMOD Philippe (Berichterstatter) |
| GAILLARD Stéphane | X |
| LEVRAND Marie-Anne | X |
| MAYE-FAVRE Emmanuelle | ROUILLER Flavien |
| MICHAUD Patrice | X |
| SCHNYDER Reinhold | X |
| SCHYDRIG Georges | X |
| VARONE Gérald | X |
| ZURBRIGGEN Hans | ARNOLD Fredy |

FIKO: nicht vertreten

GPK: German Eyer

Parlamentsdienst: Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

DVBU: Jacques Melly, Departementsvorsteher; Daniel Moix, Verantwortlicher für das Departementscontrolling DVBU

Dienststelle für Strassen- und Flussbau: Jean-Michel Germanier, Chef der DSFB; Jean-Christophe Putallaz, Adjunkt des Chefs der DSFB; Roland Crettaz, Chef der Sektion Personal – Verwaltung – Finanzen; Jacques Rudin, Adjunkt des Sektionschefs

Verwaltungs- und Rechtsdienst: Adrian Zumstein, Chef des VRVBU; Rachel Duroux, Adjunktin des Chefs des VRVBU und Chefin der juristischen Sektion

Dienststelle für Verkehrsfragen: Pascal Bovey, Chef der DV; Stefan Burgener, Adjunkt des Chefs der DV

Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie: Olivier Galletti, Chef der DHDA; Valérie Chevalley, wirtschaftliche Mitarbeiterin

Amt für Nationalstrassenbau: Martin Hutter, Adjunkt des Amtschefs; Stéphane Delaloye, Sektionschef

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVBU

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|---|---------------|--|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja, teilweise | <p>PZ 1, PM 2:</p> <p>Es handelt sich um eine spezielle juristische Unterstützung zur Regelung der Streitsachen des Amtes für Nationalstrassenbau in den Bereichen R3 und A9. Die anderen Dienststellen des Departements haben keine eigenen Juristen; daher sind die Unterstützungsaufgaben so wichtig.</p> <p>Die Kommission will, dass für das Budgetjahr realisierbare prioritäre Massnahmen festgelegt werden, und stellt fest, dass immer noch eine Reihe von Fristen über das Jahr 2013 hinausgehen.</p> <p>Die Dienststelle erklärt, dass sich ihre Prioritäten nicht in den Haushaltsspielraum einfügen und dass sie auch prioritär bleiben, wenn sie bis 2018 befristet sind.</p> |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1: Ind. 3: Wurde der Entwurf zur Revision des Baugesetzes und der entsprechenden Verordnung schon in Angriff genommen? Ja, doch es gibt eine Änderung der interkantonalen Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Bauverfahren. | | |

Das Wallis hat diese Vereinbarung noch nicht ratifiziert. Einige Kantone, die der Vereinbarung beigetreten sind, haben in der Folge Widersprüche zu ihrer kantonalen Gesetzgebung festgestellt. Daher weist die Dienststelle darauf hin, dass besser abgewartet und im Gesetzesentwurf die harmonisierten Begriffe der Vereinbarung übernommen werden sollten. Sie merkt ebenfalls an, dass beim Ständerat eine Motion eingereicht wurde, die mit der Einführung eines Bundesgesetzes droht, wenn es die Kantone nicht schaffen, ihre Gesetzgebungen zu harmonisieren.

PZ 2:**Ind. 1: Ist man näher bei 79% oder bei 90%?**

Die Dienststelle weist darauf hin, dass dieser Indikator nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt und daher gestrichen werden sollte. Die Dossiers werden den kantonalen Organen zugestellt, womit die Schuldigkeit des VRVBU getan wäre. Wenn die verschiedenen Organe innerhalb der gesetzten Frist antworten, ist das Ziel erreicht. Es gibt auch eine ganze Reihe von unvollständigen Dossiers, die den Gemeinden zurückgeschickt werden müssen. Einige Dossiers müssen zudem durch die Dienststelle für Umweltschutz einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, wofür diese eine Frist von 60 Tagen hat. Die anfängliche Frist von 30 Tagen ist also kaum realistisch.

| | | |
|-------------------------------------|--|--|
| 4. Finanzielle Ressourcen | | |
| Erläuterungen: - | | |
| 5. Personal | | |
| | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: - | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Amt für Nationalstrassenbau

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| Ergänzende Bemerkungen: - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |

| | | |
|--|------|--|
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 11: Bitte präzisieren Sie diesen Punkt. Das «Generelle Projekt Pfyn» ist noch in Ausarbeitung. Solange das Dossier nicht nach Bern zurückgeschickt und vom Bund genehmigt wurde, will der Departementsvorsteher kein fixes Datum für den Abschluss der A9-Bauarbeiten angeben. Sobald sich der Bund dazu geäussert haben wird, kann ein Datum bekannt gegeben werden. Dank der Kenntnis des Dossiers wird man schlussendlich nicht so viel Zeit verlieren wie angenommen. Man wird sich auf eine ganze Reihe von Vorbereitungsarbeiten stützen können. Die Stossrichtung dürfte mehr oder weniger unverändert bleiben, doch wird es sich dabei nicht exakt um das im Jahr 2000 angenommene Projekt handeln. Es müssen z.B. zusätzliche Rodungsanträge gestellt werden.</p> <p>PM 12: Worum geht es? Es handelt sich um eine Ersatzmassnahme für die Kantonsstrasse T9. Die T9 wurde 2007 eröffnet und die Umsetzung dieser Ersatzmassnahme hat Verspätung.</p> | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |
| <p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 6: Wurde dieser Rückstand wirklich aufgeholt? Nein, die Planung wurde revidiert. Das Eröffnungsdatum 2008 wurde um ein Jahr verschoben.</p> | | |
| 4. Finanzressourcen | | |
| Erläuterungen: - | | |
| 5. Personal | | |
| <p><u>Erläuterungen:</u> <i>Was wird in diesem Bereich neu strukturiert?</i> Die Personen wurden ihren Kenntnissen entsprechend auf andere Dienststellen aufgeteilt. Es fanden Verhandlungen zum effektiven Ablauf der Versetzungen statt. Als Lösung bietet sich eine interne Versetzung an, ähnlich zu dem, was bei der Schliessung der Zeughäuser erfolgt ist. Das Departement wollte keinen Sozialplan machen und sich von jahrelangen Mitarbeitenden trennen.</p> | | |
| 6. Zusätzliche Informationen | | |
| Bemerkungen: - | | |

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Verkehrsfragen

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| <p><i>Schafft es die Dienststelle mit der Erhöhung ihres Budgets 2012 um 2 Millionen Franken, den Service Public aufrechtzuerhalten?</i></p> <p>Zuerst einmal bedankt sich die Dienststelle für die Unterstützung 2012. Ihr wurden neue Aufgaben zugeteilt. Ab Dezember 2012 wird die Linie RegionAlps im Halbstunden-Takt betrieben werden, womit das gesamte Gebiet zu den Stosszeiten gut bedient sein wird. Auch hat der Bund die Trassenpreise erhöht (Anwendung des Verursacherprinzips). Diese Elemente wurden im Budget 2013 berücksichtigt. Für 2014 dürfte das Budget anders aussehen, da der Bund weitere Forderungen stellen wird. Das Rollmaterial der SBB muss an die neue ETCS-Technologie (European Train Control System) angepasst werden, wodurch die Intervalle reduziert und die Kapazitäten erhöht werden können. Dieses System wird gegenwärtig auf der Simplonlinie getestet.</p> | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:**PZ 1:**

Ind. 3: *Berücksichtigt diese Zahl die Zunahme der Wohnbevölkerung und den Tourismus?*

Nein, das hat nichts mit der Bevölkerung zu tun, sondern hängt von der Auslastung der Linie ab. Die Dienststelle erstellt in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verkehr die Tabellen zur Auslastung jeder Linie. Daraufhin wird die Situation zusammen mit den betroffenen Unternehmen analysiert und die Fahrpläne werden je nach Auslastung festgelegt.

PZ 2:

Ind. 3: *Worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen?*

Es gibt zusätzliche Lasten und Kontrollen, die vom Bundesamt für Verkehr und durch ein europäisches Gesetz auferlegt werden. Für die erste Fahrt am Morgen braucht es drei statt zwei Personen. Zudem muss das Generalabonnement ab 2012 auf allen Linien gültig sein, was 2012 einen Einnahmerückgang mit sich bringt.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen: -

5. Personal

Erläuterungen: -

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

P1102 318 Studie zur Zukunft der staatsverwalteten Seilbahnen

Wie schaut die Strategie aus?

Die Studie wird bald abgeschlossen sein. Sie enthält Vorschläge für die künftige Finanzierung der Seilbahnen. Das Bundesamt für Verkehr hat sich schliesslich auch an der Durchführung dieser Studie beteiligt und Forderungen gestellt. Der Bund tritt auf die neue Finanzierung ein und schlägt vor, dieses System auf sämtliche Schweizer Seilbahnen auszuweiten. Die Subventionierungskriterien würden für das gesamte Gebiet vereinheitlicht werden. Die Ergebnisse werden gegen Ende Oktober 2012 bekannt gegeben.

P1102 318 Studie zur Modernisierung der Linie St-Gervais-Vallorcine

Beteiligt sich Frankreich auch an den Studien, die auf Walliser Boden durchgeführt werden?

Bei gewissen Projekten gibt es Querfinanzierungen. Auch wenn das Projekt nur französischen Boden betrifft, beteiligt sich das Wallis an seiner Finanzierung, da es in seinem Interesse liegt, über eine leistungsstarke Linie zu verfügen – insbesondere was die Linie Vallorcine-Chamonix anbelangt. Es gilt die Franzosen zu überzeugen, die Linie nicht einzustellen.

P1103 524

Ist die Modernisierungen der MGB und der TMR nötig?

Der Bund trifft eine Auswahl zwischen den Gesuchen und wählt die wirtschaftlichsten und der Kanton wird dann seinen Teil finanzieren. Bei der Renovierung der Schiffe der CGN verhält es sich anders, da drei Kantone gemeinsam entscheiden.

Können die Verbindungen von Visp nach Bern und Zürich verbessert werden?

Ab 2014 wird das Angebot alle zwei Jahre angepasst werden, eine Verbesserung der Verbindungen wird erst ab diesem Zeitpunkt möglich sein. Das Problem besteht darin, dass der Lötschberg-Basistunnel nachts für die Güterzüge reserviert ist. Darum kann der Tunnel nicht schon ab 5 Uhr morgens für Personenzüge genutzt werden.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1: PM 6: Kaserne Sitten Die Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär ist vor zwei Jahren umgezogen, vor allem um Platz für die Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem biometrischen Pass zu schaffen. Der Bund verlangt, dass diese Räumlichkeiten wieder für die Unterbringung der Offiziere genutzt werden. PM 10: <i>Wie ist der Stand der Dinge?</i> Sämtliche Studien wurden durchgeführt. Alle obersten Prioritäten wurden behandelt. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:**PZ 1:****Ind. 3:**

Wie wird sich der Schroeder-Index entwickeln, wenn die neuen Gebäude in der Berechnung berücksichtigt werden?

Der Gebäudepark des Staates Wallis besteht aus über 65% Gebäuden, die in den 60er- bis 80er-Jahren gebaut worden sind, die nicht mehr den Sicherheitsanforderungen (Feuer, Erdbeben) entsprechen und thermisch saniert werden müssen. Der Index sinkt, da die jährlichen Investitionen bei 1,5% des Neuwerts liegen sollten, der Dienststelle aber nur 1% zur Verfügung steht. Zudem will der Staat einige Sanierungsprojekte zurückstellen, um das Baugewerbe bei einer allfälligen künftigen Wachstumsstagnation wieder ankurbeln zu können. Aufgrund der neuen Gebäude, die 2013 integriert werden, wird der Index ansteigen – dies allerdings auf künstliche Weise, da der Zustand der alten Gebäude trotzdem nicht besser sein wird.

Ind. 4 und 5: *Weshalb wurden die Gebäude der Berufsfach- und Handelsschulen aus dem Indikator heraus genommen?*

Der Unterhalt dieser Gebäude wird in Höhe von 13 Millionen Franken durch einen Spezialfonds zur Finanzierung der Berufsbildung finanziert. Die für diese Gebäude bestimmte Finanzierung liegt über der für die anderen Gebäude zur Verfügung stehenden.

Wie weit ist man mit dem Kauf der Gebäude von St. Ursula?

Die ersten Kontakte wurde bereits aufgenommen. 50% der Gebäude werden von den Schülern der Berufsfachschule genutzt, es können also die Beträge des diesbezüglichen vom Bund gespeisten Spezialfinanzierungskontos verwendet werden. Der Berufsbildungsfonds schüttet die Bundesbeiträge aus, die fortan in der laufenden Rechnung (48) und nicht mehr in der Investitionsrechnung erscheinen werden. Die Verhandlungen mit der Stadt Brig sind nicht wirklich einfach, vor allem wegen des Schwimmbads. Die Stadt will keine bindende Zusage machen.

4. FinanzressourcenErläuterungen:

30: Personalaufwand: Diese Rubrik umfasst auch die Löhne des Reinigungspersonals. Die Löhne von 90 bis 100 Reinigungsfachkräften erscheinen in der Rubrik 301020 «Löhne von Hilfs- und Zeitangestellten» der PG13 «Immobilienverwaltung» (= Sektion Gebäudeverwaltung und Hauswartsdienste).

50: Eigene Investitionen: *Wo rührt der Unterschied zwischen den Investitionen 2011 und den künftigen Budgetbeträgen her?*

Der Rechnungsbetrag 2011 beläuft sich auf 11'150'000.- Franken und steht mit dem Kauf der Parzellen an der Rue de la Piscine in Sitten im Zusammenhang. Das war im Budget nicht vorgesehen und diese Gelegenheit konnte nur dank der Gewährung eines Nachtragskredits im Dezember 2011 ergriffen werden. 2011 ist das Investitionsbudget angestiegen.

42: Starke Zunahme:

Die Zunahme ist auf die Mietbeträge der Grundstücke an der Rue de la Piscine zurückzuführen.

5. PersonalErläuterungen:

Es werden Anträge um die Schaffung neuer Stellen im Zusammenhang mit der Kantonsarchäologie gestellt werden. Auf Verlangen des Departementsvorstehers wurde ein Bericht zuhanden des Staatsrates ausgearbeitet, der sich mit der Zukunft der Archäologie im Wallis befasst. Die Kantonsarchäologie ist zu 85% externalisiert. Das ist auf Schweizer Ebene eine Ausnahme. Gemäss NFA II werden vom Kanton Archäologieinventare verlangt, was neue Mittel bedingt.

Um den neuen Anforderungen zu entsprechen, wurden auch Stellen im Zusammenhang mit der Raumplanung gefordert, die allerdings nicht gewährt wurden.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen: -

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Dienststelle für Strassen- und Flussbau

| <i>Elemente</i> | | <i>Kommentare</i> |
|--|------|-------------------|
| Allgemeine Erwägungen | | |
| | | |
| 1. Politische Ziele und Teilziele | | |
| Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> - | | |
| 2. Prioritäre Massnahmen | | |
| Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand? | Ja | |
| Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte? | Ja | |
| Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen und Postulate im Leistungsauftrag berücksichtigt? | - | |
| Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden? | Nein | |
| <u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <i>Weshalb gibt es keine Informationen mehr zur Umfahrung von Liddes? Im Jahr 2000 wurde über ein Projekt von 75 Millionen Franken für die Umfahrung von Liddes (Pont Sec) abgestimmt. Dasselbe gilt für die Umfahrung von Vilette Richtung Verbier.</i> Diese Umfahrung ist für die Achse des Grossen Sankt Bernhard wichtig. Die Studien und die Arbeiten wurden nicht verlangsamt. Es gab jedoch Probleme bei der Lärmsanierung in Bovernier und Sembrancher (Dorfdurchfahrt). Ab 2014 wird allein der Bund das Ruder in der Hand haben. Die Vignette zu Fr. 100.- wird eine Sanierung des Grossen Sankt Bernhard ermöglichen. Der Kanton entrichtet eine jährliche Beteiligung. | | |
| 3. Leistungsindikatoren | | |
| Geben die Indikatoren Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele? | Ja | |
| Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden? | Nein | |

Ergänzende Bemerkungen:**PZ 1:**

Ind. 4: *Wird es möglich sein, bis 2018 alle Strassen zu sanieren? Können die Bundesbeiträge auch noch nach 2018 bezogen werden?*

Die Lärmsanierung ist eine langwierige Angelegenheit. Es gibt zwei Strassenkategorien, die vorrangig saniert werden müssen: die Strassen, bei denen a) die Alarmwerte und b) die Grenzwerte überschritten sind. Gemäss der Programmvereinbarung mit Bern gibt es eine Liste von Abschnitten, bei denen die Alarmwerte überschritten sind und die vorrangig saniert werden müssen. Ziel ist es, bis zum 31. März 2018 ein Maximum zu erledigen. Der Bund erhält den Druck aufrecht, indem er festhält, dass die Beiträge nach Ablauf der Frist wegfallen.

Ind. 5 *Sollte der Pfeil nicht zumindest horizontal sein?*

Die Strassen wurden talseitig verbreitert, wobei die Böschung verwendet wurde. Die für die Instandsetzung der Strassenränder nötigen Investitionen werden auf 18 Millionen Franken geschätzt. Es fehlen noch 3,5 Millionen Franken, um das Problem zu beheben. Wir haben oft gesagt, dass der Pfeil erst bei 2 Millionen Franken horizontal gesetzt werden kann. Idealerweise sollte der Indikator geändert werden, um über den maximalen Anteil der unterhalb des Qualitätsstandards liegenden Strassen Auskunft zu geben.

PZ 2:

Ind. 1: *Wie lässt sich dieser Rückgang um 11% erklären?*

Solange das Generelle Projekt R3 nicht homologiert ist, ist eine öffentliche Auflage nicht möglich. Die Massnahmen wurden folglich in die prioritären Massnahmen ad 1 2 verschoben, um dieses Problem zu umgehen und die Arbeiten trotzdem durchzuführen.

Ind. 3: *Weshalb kann der Staatsrat das Genehmigungsdatum noch nicht festlegen?*

Erst muss der Richtplan aktualisiert werden. Es ist wahrscheinlich, dass das GP-R3 vorher angenommen wird, doch die formelle Validierung wird gleichzeitig mit der Validierung des Richtplans durch den Grossen Rat erfolgen (01.12.2013).

Ist es zu einem Konsens mit den Gemeinden gekommen?

Man hat einen gemeinsamen Nenner gefunden und ist dabei, Übergangslösungen zu finden. Es sind jedoch noch nicht alle Probleme gelöst. Das GP-R3 wird allerdings mehrheitsfähig sein und sollte in der Form umgesetzt werden können.

4. FinanzressourcenErläuterungen:

Die Zunahme des Kantonsanteils an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe um 5% (LSVA), die für die Reduktion des Aufwands im Strassenbereich gewährt wird, erscheint nicht im der Kommission vorgelegten Budget 2013.

5. Personal

Erläuterungen: -

6. Zusätzliche InformationenBemerkungen:

Positionen 662 und 669: *Worauf basieren diese Zahlen?*

Dieser Betrag wurde geschätzt, ohne genau zu wissen, wie hoch die Beteiligung der Gemeinden und Dritter sein wird.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Voranschlag) berücksichtigt?

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2013

Der Präsident
Alwin Steiner

Der Berichterstatter
Philippe Nantermod